

## Studien zur Geschichte der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung

Bernd Balkenhol, Armut und Arbeitslosigkeit in der Industrialisierung – dargestellt am Beispiel Düsseldorfs 1850–1900 (= Studien zur Düsseldorfer Wirtschaftsgeschichte, H. 3), Droste Verlag, Abt. Ed. Lintz Verlag, Düsseldorf 1976, IV, 143 S., kart., 12 DM.

Studien über Armut und Arbeitslosigkeit in der deutschen Industrialisierung sind trotz älterer Vorläufer bisher nicht eben häufig. Der Versuch, Ausmaß und Struktur der Arbeitslosigkeit im Industrialisierungsverlauf zu rekonstruieren, begegnet stets größten Quellenproblemen; demgegenüber reichen die lokalen Armenstatistiken in mehr oder weniger reichem Detail oft über die Jahrhundertmitte zurück. Bei diesem Stand der Überlieferung muß das Arbeitslosigkeitsproblem, dessen Kenntnis zweifellos die sozialen Folgen der Industrialisierung besser verstehen lassen würde, im Rückgriff auf insoweit sekundäres Quellenmaterial (Beschäftigungsstatistik, Melderegister) eingekreist werden. Die vorliegende Untersuchung geht von der Hypothese eines Zusammenhangs von Arbeitslosigkeit und Armut im konjunkturellen Wandel aus und bedient sich dieser Quellen, soweit sie im lokalen Rahmen: in den städtischen Verwaltungsberichten und Gesellenregistern, den Gewerbe- und Berufszählungen und den gewöhnlich ergiebigen periodischen Berichten der Landräte, Fabrikinspektoren und Regierungspräsidien vor allem während der Jahre wirtschaftlichen Niedergangs nach dem Gründerboom überliefert sind. Angesichts der erheblichen Probleme, die dieses Material infolge Lückenhaftigkeit und Erstellung nach ungenauen, dem Untersuchungszweck fremden Gesichtspunkten aufwirft, gehört die Zusammenstellung, Aufbereitung und zurückhaltende, zumeist auf einfache Tendenz- und Wendepunktanalysen beschränkte Interpretation zahlreicher Schaubilder und Zahlenreihen zur Beschäftigungs-, Lohn-, Armenhaushalts- und Zuzugsstatistik zu den wesentlichen Verdiensten dieser in ihren wichtigen Aussagen wiederholt durch Vergleiche mit benachbarten Industrieorten (Duisburg, Dortmund u. a.) erhärteten Untersuchung.

Balkenhol stellt die anhand verstreuter Angaben ermittelte und gewichtete Beschäftigungsbewegung und Lohnentwicklung in der Düsseldorfer Metall- und Textilindustrie den langfristigen Veränderungen von Einnahmen und Ausgaben im Haushalt der Stadt gegenüber. In diesen Rahmen wird eine Diskussion »natürlicher« (Unfähigkeit, erwerbsfähig zu werden oder zu bleiben) und »künstlicher« Armut (Arbeitslosigkeit) nach den Bedingungen des zeitgenössischen Armenrechts eingebettet. Ursprünglich galt die kommunale Armenpflege, deren Statistik, Struktur und Unterstützungsformen detailliert ausgebreitet werden, überwiegend der Bedürftigkeit infolge Erwerbsunfähigkeit; erst Charakter und Rhythmus der kapitalistischen Wirtschaftsweise schufen mit den konjunkturellen Schwankungen des Beschäftigungsstandes, die sich im Falle Düsseldorfs als weitgehend kongruent mit der allgemeinen Konjunktorentwicklung in den Industrialisierungsjahrzehnten erweisen, jene neuen Formen künstlicher Armut, die der Verfasser einleuchtend durch das primäre Merkmal der Erwerbslosigkeit, durch sekundäre Merkmale wie Alter, Geschlecht und Zivilstand kennzeichnet. Indem diese Merkmalsgruppen mit den konjunkturellen Ver-

änderungen des Arbeitsmarkts korreliert werden, ergibt sich eine differenzierte Einschätzung des Zusammenhangs von Armut und Konjunktur: Arbeitslosigkeit beeinflusste vor allem die Bewegung der vorübergehend durch die Armenkasse Unterstützten; sie wirkte sich ferner in einer deutlichen Abhängigkeit der Anzahl unterstützter Familienoberhäupter vom Beschäftigungsindex aus – eine Abhängigkeit, die mit fortschreitender Zeit deutlicher wurde. Keine Beziehung zum Arbeitsmarkt bzw. Beschäftigungsstand zeigte dagegen die große Zahl unterstützungsbedürftiger Alleinstehender, darunter besonders Frauen und alte Erwerbsunfähige. Weil damit insgesamt ein Zusammenhang der weiterhin von mancherlei äußeren Faktoren (Recht und Verwaltungspraxis, Haushaltslage) beeinflussten Armenstatistik mit der Entwicklung des Beschäftigungsindex im Sinne der Ausgangshypothese verneint werden muß, diskutiert der Verfasser abschließend solche Formen der Anpassung auf dem Arbeitsmarkt, die neben der kaum zu überschätzenden, aus älteren Denk- und Verhaltensmustern gespeisten moralischen Barriere gegenüber dem ehrlosen und entrechteten Stand der Armut deren geringe Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt erklären können: Stellen- und Berufswechsel und geographische Mobilität von Arbeitslosen, die anhand der Gesellenregister nach Geschlecht, Alter und Berufszugehörigkeit identifiziert werden kann; ferner Überbrückung der Erwerbslosigkeit durch »abgeleitete« Einkommen (Sparrücklagen, Geschenke, Erbschaften u. ä.) und durch Erwerbstätigkeit anderer Familienmitglieder sowie Bettelei und Eigentumsdelikte.

Die einzelnen Argumentationsschritte der Studie werden durchgängig mit einer Fülle statistischen Materials, das allerdings nicht immer einsichtig geordnet erscheint (vgl. die Rubriken der Tabellen 14 und 15, S. 66 f., miteinander), durch Graphiken und Schaubilder einleuchtend belegt. Gegen den im ganzen schlüssigen Gedankengang kann freilich hier und da Kritik eingewendet werden. So bedient sich der Verfasser der örtlichen Zuzugsstatistik leider erst im Schlußkapitel zur Deutung von Anpassungserscheinungen am Arbeitsmarkt im konjunkturellen Wandel, anstatt die hier verfügbaren Daten unter Bezug auf die eingangs dargelegte Beschäftigungsbewegung zu interpretieren. Auf diesem Wege hätten Ansatzpunkte einer quantitativen Einschätzung der örtlichen Arbeitslosigkeit – ein entsprechender Versuch wird leider nicht unternommen – unabhängig von der Entwicklung der Armenstatistik gewonnen werden können. In diesem Zusammenhang hätte sich ein Vergleich mit der jüngst von Peter Marschalck (*Die deutsche Überseewanderung im 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur soziologischen Theorie der Bevölkerung*, Stuttgart 1973, S. 110–114) mit Hilfe einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion für 1850–1899 in fünfjährigen Abschnitten berechneten Arbeitslosigkeit in Deutschland empfohlen.

Trotz dieser Einwände zeigt Balkenhols Untersuchung einmal mehr den Wert regional/lokaler Ansätze zur Erforschung der Sozialgeschichte der Industrialisierung. Sie fördern eine Fülle detaillierten Materials zutage, das sich zugunsten einer präzisen Deutung der Erwerbsstruktur und sozialen Lage unter Bezug auf die industriegesellschaftlichen Wandlungsimpulse ordnen und analysieren läßt. Sie erlauben weiter, wie hier wiederholt aufgewiesen wird, die Anwendung statistischer Methoden und sozialwissenschaftlicher Erklärversuche, ohne sich der Gefahr einer verfrühten Generalisierung auszusetzen.

Klaus Tenfelde

Liebetaut Rothert, *Umwelt und Arbeitsverhältnisse von Ruhrbergleuten in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts*. Dargestellt an den Zechen Hannover und Hannibal in Bochum (= Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volksforschung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Reihe 1, H. 20), Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung, Münster 1976, VI, 106 S., kart., 32 DM.

Die Zechen Hannibal und Hannover dürfen als typische Vertreter jener zweiten Generation von Tiefbauanlagen im Ruhrgebiet gelten, die vor allem im Konjunkturaufschwung

änderungen des Arbeitsmarkts korreliert werden, ergibt sich eine differenzierte Einschätzung des Zusammenhangs von Armut und Konjunktur: Arbeitslosigkeit beeinflusste vor allem die Bewegung der vorübergehend durch die Armenkasse Unterstützten; sie wirkte sich ferner in einer deutlichen Abhängigkeit der Anzahl unterstützter Familienoberhäupter vom Beschäftigungsindex aus – eine Abhängigkeit, die mit fortschreitender Zeit deutlicher wurde. Keine Beziehung zum Arbeitsmarkt bzw. Beschäftigungsstand zeigte dagegen die große Zahl unterstützungsbedürftiger Alleinstehender, darunter besonders Frauen und alte Erwerbsunfähige. Weil damit insgesamt ein Zusammenhang der weiterhin von mancherlei äußeren Faktoren (Recht und Verwaltungspraxis, Haushaltslage) beeinflussten Armenstatistik mit der Entwicklung des Beschäftigungsindex im Sinne der Ausgangshypothese verneint werden muß, diskutiert der Verfasser abschließend solche Formen der Anpassung auf dem Arbeitsmarkt, die neben der kaum zu überschätzenden, aus älteren Denk- und Verhaltensmustern gespeisten moralischen Barriere gegenüber dem ehrlosen und entrechteten Stand der Armut deren geringe Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt erklären können: Stellen- und Berufswechsel und geographische Mobilität von Arbeitslosen, die anhand der Gesellenregister nach Geschlecht, Alter und Berufszugehörigkeit identifiziert werden kann; ferner Überbrückung der Erwerbslosigkeit durch »abgeleitete« Einkommen (Sparrücklagen, Geschenke, Erbschaften u. ä.) und durch Erwerbstätigkeit anderer Familienmitglieder sowie Bettelei und Eigentumsdelikte.

Die einzelnen Argumentationsschritte der Studie werden durchgängig mit einer Fülle statistischen Materials, das allerdings nicht immer einsichtig geordnet erscheint (vgl. die Rubriken der Tabellen 14 und 15, S. 66 f., miteinander), durch Graphiken und Schaubilder einleuchtend belegt. Gegen den im ganzen schlüssigen Gedankengang kann freilich hier und da Kritik eingewendet werden. So bedient sich der Verfasser der örtlichen Zuzugsstatistik leider erst im Schlußkapitel zur Deutung von Anpassungserscheinungen am Arbeitsmarkt im konjunkturellen Wandel, anstatt die hier verfügbaren Daten unter Bezug auf die eingangs dargelegte Beschäftigungsbewegung zu interpretieren. Auf diesem Wege hätten Ansatzpunkte einer quantitativen Einschätzung der örtlichen Arbeitslosigkeit – ein entsprechender Versuch wird leider nicht unternommen – unabhängig von der Entwicklung der Armenstatistik gewonnen werden können. In diesem Zusammenhang hätte sich ein Vergleich mit der jüngst von Peter Marschalck (*Die deutsche Überseewanderung im 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur soziologischen Theorie der Bevölkerung*, Stuttgart 1973, S. 110–114) mit Hilfe einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion für 1850–1899 in fünfjährigen Abschnitten berechneten Arbeitslosigkeit in Deutschland empfohlen.

Trotz dieser Einwände zeigt Balkenhols Untersuchung einmal mehr den Wert regional/lokaler Ansätze zur Erforschung der Sozialgeschichte der Industrialisierung. Sie fördern eine Fülle detaillierten Materials zutage, das sich zugunsten einer präzisen Deutung der Erwerbsstruktur und sozialen Lage unter Bezug auf die industriegesellschaftlichen Wandlungsimpulse ordnen und analysieren läßt. Sie erlauben weiter, wie hier wiederholt aufgewiesen wird, die Anwendung statistischer Methoden und sozialwissenschaftlicher Erklärversuche, ohne sich der Gefahr einer verfrühten Generalisierung auszusetzen.

Klaus Tenfelde

Liebetaut Rothert, *Umwelt und Arbeitsverhältnisse von Ruhrbergleuten in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts*. Dargestellt an den Zechen Hannover und Hannibal in Bochum (= Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volksforschung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Reihe 1, H. 20), Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung, Münster 1976, VI, 106 S., kart., 32 DM.

Die Zechen Hannibal und Hannover dürfen als typische Vertreter jener zweiten Generation von Tiefbauanlagen im Ruhrgebiet gelten, die vor allem im Konjunkturaufschwung

nach der Jahrhundertmitte abgeteuft wurde und zum Teil bereits in Förderung trat. Ursprünglich auf eine Belegschaftsstärke zwischen 500 und 1000 Bergleuten ausgelegt, wuchsen diese Gruben im Aufschwung der frühen 1870er Jahre und unter den Konzentrations- und Rationalisierungszwängen der großen Krise bis 1887 zu Großschachtanlagen mit Belegschaftskörpern von mehreren tausend Bergleuten und erreichten damit Größenordnungen, wie sie in der dritten Generation der Ruhrzechen, den Riesenbetrieben der Em-scherzone am Nordrand des bisherigen Hauptfördergebiets, gegen Ende des 19. Jahrhunderts zur Regel wurden. Die zweite Zechengeneration steht daher im Zentrum der bergbaulichen Industrialisierung seit der Jahrhundertmitte, und das Studium ihrer Belegschaften verspricht in besonderem Maß Einblicke in die industrialisierungsverbundenen Veränderungen und Umschichtungen im Belegschaftskörper, in die betrieblichen Arbeitsbedingungen, Entscheidungsprozesse und Herrschaftsverhältnisse, in die außerbetrieblichen Daseinsbedingungen in Familie, Kirche, Gemeinde und Verein, schließlich in die Entwicklung der bergmännischen Denk- und Verhaltensformen auf dem Weg zur Lageerkenntnis, Protestäußerung und kollektiven Interessenvertretung.

Zum Teil wegen der meist lückenhaften Überlieferung, aber auch aus einer Reihe von anderen Gründen fehlt es bisher – nicht nur im bergbaulichen Bereich – an solchen Belegschaftsgeschichten, die unser Verständnis von den sozialen Konsequenzen der Industrialisierung aus zentraler Perspektive zu erweitern und zu vertiefen geeignet wären. Die am ehesten zuständige Firmengeschichtsschreibung hat, wie die Verfasserin der vorliegenden Studie zu Recht bemerkt, selbst in anspruchsvolleren Untersuchungen die Belegschaftsentwicklung der dargestellten Werke neben den technik-, unternehmer- oder konjunkturge-schichtlichen Aspekten nur mit Seitenblicken gewürdigt oder gar durch eine ausführliche Darlegung der jeweiligen betrieblichen Wohlfahrtseinrichtungen erledigt. Daher betritt, dies verdient hervorgehoben zu werden, die Verfasserin dieser belegschaftsgeschichtlichen Untersuchung der Krupp-Zechen Hannibal und Hannover jedenfalls innerhalb der deutschen Sozialgeschichtsschreibung durchaus wissenschaftliches Neuland.

Leider werden die konzeptionellen und methodischen Chancen eines solchen Neuansatzes nicht im wünschenswerten Ausmaß wahrgenommen. Die Zielsetzung der Studie ist bescheidener; sie gibt sich als »schlichte, vielfach wortgetreue Aktenauswertung« (S. 2), und zwar überwiegend solcher Bestände, die in den beiden letztlich doch recht dürftigen Zechenarchiven (jetzt im Bergbau-Archiv Bochum) überliefert sind. Daneben werden die ergiebigen Verwaltungsberichte der Schachtanlagen herangezogen und durch verstreutes weiteres Material ergänzt; Darstellung und Interpretation gewinnen merklich durch die Vertrautheit der Verfasserin mit den zahllosen Einzelheiten von Zechenbetrieb und bergmännischem Leben infolge ihrer jahrelangen Tätigkeit als Herausgeberin einer Werkszeitschrift für Hannover und Hannibal. So sind es die präzisen Informationen über eine Fülle von Details aus der Belegschaftsentwicklung: über Herkunft, Alter, Ansässigkeit und Qualifikation der Belegschaften; über die Daseinsbedingungen der dörflichen Umwelt im Wandel zur Industriekommune; über knappschaftliche Verhältnisse und betriebliche Arbeitsbedingungen wie Arbeitsvertrag und Arbeitsordnung, Löhne und Leistungen, Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit; über Wohnungsbau, Lebenshaltung und Vereinswesen der Bergleute, die den Wert dieser Untersuchung für die Bergbaugeschichte und die Sozialgeschichte des Ruhrgebiets begründen. Auch die ausführliche Darstellung des Streikgeschehens auf den Zechen in den Jahren 1889–1891 trägt durch zahllose Einzelheiten und Beobachtungen des Belegschaftsverhaltens im Ausstand und des Verhältnisses zwischen Belegschaften und Zechenleitungen zur Kenntnis des Streikverlaufs insbesondere im Mai 1889 bei. Zahlreiche dem Band beigegebene Abbildungen und ein Anhang mit Lohnstatistik und Texten von Arbeitsordnungen (1865 und 1892) ergänzen die Quellen- und Detailnähe der Studie. Weitergehende Ergebnisse als Resultate einer die zahllosen Details zusammenführenden Analyse werden freilich nur in Ansätzen erkennbar, weil es an einem konzeptionellen Ent-

wurf der Belegschaftsgeschichte fehlt, der die sorgfältige Gliederung und Gewichtung der beschriebenen Einzelphänomene erleichtert, zum Teil erst ermöglicht hätte. Ohne sinnvollen Bezug aufeinander, geraten daher die Titelworte »Umwelt« und »Arbeitsverhältnisse« zu schlichten Sammelbegriffen der jeweils vorgefundenen Realität. Die Gliederung der Studie macht diese konzeptionelle Unsicherheit noch deutlicher. Da werden einleitend einige wenige Grunddaten über die wirtschaftliche Entwicklung der Zechen vorgestellt, denen Ausführungen über die Herkunft der Belegschaften folgen. Hierauf behandelt die Verfasserin ausführlich die örtlichen Siedlungsverhältnisse und das gemeindliche Leben, in die die Arbeits- und Lohnentwicklung bis 1889 und die detaillierte Streikschilderung eingebettet erscheinen. Das Schlußkapitel über Entwicklungen in den 1890er Jahren ist nur noch ein Anhängsel. Demgegenüber sollte eine belegschaftsgeschichtliche Untersuchung stets bemüht sein, Struktur und Entwicklung der Belegschaften auf gesamtwirtschaftliche gewerbliche Entwicklungen so sehr wie auf die hiermit verknüpfte wirtschaftliche Situation des Einzelbetriebs zu beziehen und diesen Bezug in Fragestellung, Gliederung und Analyse sichtbar zu machen. So hätten Einkommen und Lebenshaltung der Bergarbeiter auf die Grunddaten der Belegschaftsentwicklung – nicht zufällig fehlt eine genaue Produktions- und Belegschaftsstatistik der behandelten Anlagen, die, wenn sie aus dem archivalischen Material nicht verfügbar war, leicht mit einer Durchsicht der zeitgenössischen bergbaulichen Periodika hätte gewonnen werden können – bezogen werden sollen, um etwa die im übrigen bemerkenswerten Details zur Lage der Bergleute in dem Krisenjahrzehnt bis zum Ende der 1880er Jahre zu vertiefen. Ähnlich zählte es zwar zu den Ergebnissen der Untersuchung, wenn die im Ruhrbergbau bekannt hohe Fluktuation der Belegschaften nicht zuletzt als Folge der betrieblichen Produktions- und Absatzpolitik erkannt wird, die den konjunkturellen und selbst saisonalen Absatzschwankungen oft starr folgte und bei starker Bindung durch Lieferverträge fortgesetzt im Sommer Feierschichten und Arbeitslosigkeit, im Winter Überschichten erzwang. Aber dieses Ergebnis hätte mit einer durch den kleinräumigen Untersuchungsansatz nahegelegten statistischen Gegenüberstellung von Lohnentwicklung, Familienstand, Ansässigkeit und Fluktuationziffer präzisiert und erheblich erweitert werden können, wie auch die gerade in dieser Hinsicht unterschiedliche Entwicklung der beiden untersuchten Belegschaften den systematischen Vergleich als zusätzliche Erkenntnisebene verlangt hätte.

Für solche und ähnliche Fragestellungen finden sich in der Studie Materialien und Ansätze, aber keine Perspektiven. So wird für die Bescheidenheit des methodischen Anspruchs durch die ausgebreitete Stofffülle, wie stets in solchen Fällen, nur unzureichend entschädigt. Dagegen zeigt sich die Verfasserin in ihrem Urteil bemerkenswert selbständig gegenüber manchen eingefahrenen Gleisen der Ruhrgebietshistoriographie, etwa jenem vom bergbaulichen Unternehmerpatriarchalismus, gegen den begründete Einwände erhoben werden (S. 46, 56). Die Quellenbasis hätte sich durch Einbezug der Oberbergamtsakten, auch der Bestände der Regierung Arnsberg und des Stadtarchivs Wattenscheid, schließlich durch eine Reihe zeitgenössischer Publikationen, insbesondere der Bergbau-Periodika, noch erweitern lassen. Bedauerlich ist, daß die neuere bedeutende Untersuchung von C.-L. Holtfrerich (*Quantitative Wirtschaftsgeschichte des Ruhrkohlenbergbaus im 19. Jahrhundert*, Dortmund 1973) zwar herangezogen, aber nicht ausgewertet wird, so daß sich etwa die Lohnstatistik des Anhangs noch auf veraltete, zudem nachlässig exzerpierte Quellen stützt (die von Kreuz übernommene Rubrik der Schichtenzahl im Jahr wird um ein Jahr verschoben wiedergegeben).

Das von Alfred Hartlieb von Wallthor beigezeichnete Vorwort hebt die Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volksforschung, in dessen Reihe das Buch erscheint, zur Ruhrgebietsgeschichte hervor. Es wäre zu begrüßen, wenn mit dieser bei allen Mängeln stoffreichen Studie ein neuer Anfang in einer vom Provinzialinstitut systematisch voranzutreibenden Sozialgeschichte des Ruhrgebiets seit Beginn der Indu-

strialisierung gesetzt würde, die nicht an der Provinzgrenze zum Rheinland verharrete, sich nicht auf Fragen von Bevölkerung, Brauchtum und Kunst beschränkte und den zweifellos wichtigen Untersuchungen einzelner westfälischer Regionen in überwiegend vorindustrieller Zeit einen angemessenen Stellenwert zuwies. Klaus Tenfelde

Peter N. Stearns, *Lives of Labour. Work in a Maturing Industrial Society*, Croom Helm Ltd., London 1975, VIII, 424 S., Ln., £ 9.95.

Seit langem wird das Kenntnisdefizit der Forschung über die soziale Zusammensetzung der Arbeiterschaft, ihre Lebensweise und ihre Verhaltensformen im Vergleich zu der traditionell Übergewichtigen Aufarbeitung der programmatischen Perspektiven der Arbeiterbewegung beklagt. Nachdem sich das Großunternehmen von Jürgen Kuczynski längst als von nur begrenztem Nutzen erwiesen hat, gibt es inzwischen eine Reihe von Regionalstudien und Einzelbeiträgen, die die Lücke zu schließen beginnen. Die Arbeiten von Peter N. Stearns sind hier nicht zuletzt deswegen hervorzuheben, weil er Ergebnisse im internationalen Vergleich zu erzielen versucht. »Lives of Labour« ist dementsprechend eine Studie zu Lebensweise und Verhaltensformen unterschiedlicher Arbeitergruppen in England, Frankreich, Belgien und Deutschland in der großen technologischen und betriebsorganisatorischen Veränderungswelle 1890 bis 1914.

Sein Grundlagenmaterial sind die verfügbaren staatlichen und gewerkschaftlichen Statistiken, die zeitgenössischen Untersuchungen zur Veränderung der Betriebsformen und der Lage der Arbeiter sowie Arbeitermemoiren. Der Verfasser mußte hier das Hauptproblem seiner Arbeit lösen. Wenn es sich auch erstmals im Verlauf des 19. Jahrhunderts um relativ zuverlässige Zahlen zur sozialen Zusammensetzung der Arbeiterschaft, zur Arbeitslosigkeit, zur Streikbeteiligung etc. handelt, sind sie doch national unterschiedlich genau und insgesamt von Zuverlässigkeit im heutigen Sinn weit entfernt. Ähnliche Einschränkungen gelten für die anderen Quellengruppen. Soziologische zeitgenössische Untersuchungen gibt es praktisch nur für Deutschland (bes. die Schriften des Vereins für Socialpolitik). So unerhört verdienstlich Adolf Levensteins Umfrage unter Arbeitern zu ihrer Arbeits- und Lebenssituation war, repräsentativ war sie nicht. Für die Arbeitermemoiren gilt das gleiche. Stearns wählt in dieser Lage einen Weg, den man gerade wegen der ihm bewußten Vorläufigkeit einzelner Aussagen als ausgesprochen sinnvoll ansehen muß. Durch die jeweilige Abwägung des Quellenwertes und die Einbeziehung der bisher regional gewonnenen Ergebnisse versucht er, die relativen Unterschiede auch da festzuhalten, wo Aussagen in Richtung auf absolute Zahlen nicht möglich sind. In diesem Sinn kann er bei der gegebenen Forschungslage nach der Formulierung der generellen Bedenken seine Bezugsquellen als quasi zuverlässig benutzen.

Stearns hat drei Untersuchungsfelder, auf denen er die verfügbaren Materialien zusammenträgt und vergleicht. Unter dem Stichwort »Framework for Labor« faßt er die Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der Arbeiterklasse, die Arbeitsplatzwahl und Stand und Auswirkungen der Arbeitslosigkeit zusammen. Auf den hier gemachten Differenzierungen aufbauend, untersucht er die »Forces for Change«: Wandel der Technologie, der Beziehungen zum Arbeitgeber und der Arbeitsintensität. Sein letzter Problemkomplex ist »Reactions and Compensations«. Unter der Globalfrage nach der Trennung von Arbeit und Freizeit behandelt er die Verkürzung der Arbeitszeit, die Bedeutung der Familie und des Konsumverhaltens sowie das Protestverhalten.

Eine Reihe von Charakteristika ragen aus der ausführlichen und differenzierten Darstellung hervor, von denen einige weitreichende hier aufgegriffen seien.

Insgesamt findet im Untersuchungszeitraum eine Entwertung traditioneller Fähigkeiten statt. Sie wurde aber in ihren Auswirkungen gebremst. Zum einen konnte es Arbeitergruppen gelingen, den Prozeß der Einführung neuer Arbeitstechniken zu verlangsamen

strialisierung gesetzt würde, die nicht an der Provinzgrenze zum Rheinland verharrete, sich nicht auf Fragen von Bevölkerung, Brauchtum und Kunst beschränkte und den zweifellos wichtigen Untersuchungen einzelner westfälischer Regionen in überwiegend vorindustrieller Zeit einen angemessenen Stellenwert zuwies. Klaus Tenfelde

Peter N. Stearns, *Lives of Labour. Work in a Maturing Industrial Society*, Croom Helm Ltd., London 1975, VIII, 424 S., Ln., £ 9.95.

Seit langem wird das Kenntnisdefizit der Forschung über die soziale Zusammensetzung der Arbeiterschaft, ihre Lebensweise und ihre Verhaltensformen im Vergleich zu der traditionell übergewichtigen Aufarbeitung der programmatischen Perspektiven der Arbeiterbewegung beklagt. Nachdem sich das Großunternehmen von Jürgen Kuczynski längst als von nur begrenztem Nutzen erwiesen hat, gibt es inzwischen eine Reihe von Regionalstudien und Einzelbeiträgen, die die Lücke zu schließen beginnen. Die Arbeiten von Peter N. Stearns sind hier nicht zuletzt deswegen hervorzuheben, weil er Ergebnisse im internationalen Vergleich zu erzielen versucht. »Lives of Labour« ist dementsprechend eine Studie zu Lebensweise und Verhaltensformen unterschiedlicher Arbeitergruppen in England, Frankreich, Belgien und Deutschland in der großen technologischen und betriebsorganisatorischen Veränderungswelle 1890 bis 1914.

Sein Grundlagenmaterial sind die verfügbaren staatlichen und gewerkschaftlichen Statistiken, die zeitgenössischen Untersuchungen zur Veränderung der Betriebsformen und der Lage der Arbeiter sowie Arbeitermemoiren. Der Verfasser mußte hier das Hauptproblem seiner Arbeit lösen. Wenn es sich auch erstmals im Verlauf des 19. Jahrhunderts um relativ zuverlässige Zahlen zur sozialen Zusammensetzung der Arbeiterschaft, zur Arbeitslosigkeit, zur Streikbeteiligung etc. handelt, sind sie doch national unterschiedlich genau und insgesamt von Zuverlässigkeit im heutigen Sinn weit entfernt. Ähnliche Einschränkungen gelten für die anderen Quellengruppen. Soziologische zeitgenössische Untersuchungen gibt es praktisch nur für Deutschland (bes. die Schriften des Vereins für Socialpolitik). So unerhört verdienstlich Adolf Levensteins Umfrage unter Arbeitern zu ihrer Arbeits- und Lebenssituation war, repräsentativ war sie nicht. Für die Arbeitermemoiren gilt das gleiche. Stearns wählt in dieser Lage einen Weg, den man gerade wegen der ihm bewußten Vorläufigkeit einzelner Aussagen als ausgesprochen sinnvoll ansehen muß. Durch die jeweilige Abwägung des Quellenwertes und die Einbeziehung der bisher regional gewonnenen Ergebnisse versucht er, die relativen Unterschiede auch da festzuhalten, wo Aussagen in Richtung auf absolute Zahlen nicht möglich sind. In diesem Sinn kann er bei der gegebenen Forschungslage nach der Formulierung der generellen Bedenken seine Bezugsquellen als quasi zuverlässig benutzen.

Stearns hat drei Untersuchungsfelder, auf denen er die verfügbaren Materialien zusammenträgt und vergleicht. Unter dem Stichwort »Framework for Labor« faßt er die Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der Arbeiterklasse, die Arbeitsplatzwahl und Stand und Auswirkungen der Arbeitslosigkeit zusammen. Auf den hier gemachten Differenzierungen aufbauend, untersucht er die »Forces for Change«: Wandel der Technologie, der Beziehungen zum Arbeitgeber und der Arbeitsintensität. Sein letzter Problemkomplex ist »Reactions and Compensations«. Unter der Globalfrage nach der Trennung von Arbeit und Freizeit behandelt er die Verkürzung der Arbeitszeit, die Bedeutung der Familie und des Konsumverhaltens sowie das Protestverhalten.

Eine Reihe von Charakteristika ragen aus der ausführlichen und differenzierten Darstellung hervor, von denen einige weitreichende hier aufgegriffen seien.

Insgesamt findet im Untersuchungszeitraum eine Entwertung traditioneller Fähigkeiten statt. Sie wurde aber in ihren Auswirkungen gebremst. Zum einen konnte es Arbeitergruppen gelingen, den Prozeß der Einführung neuer Arbeitstechniken zu verlangsamen

(siehe England). Zum andern zog sich dieser Prozeß häufig über eine Generation hin. Die Söhne wählten andere Arbeitsplätze als die Väter, ohne daß schon diese selbst aus ihrer traditionellen Arbeitsweise verdrängt wurden. Der Anpassungsprozeß an die sich wandelnden technologischen und organisatorischen Arbeitsbedingungen bleibt trotzdem spannungsvoll. Im Feld zwischen traditionaler Einstellung gegenüber der Arbeit (lange Arbeitszeit, geringe Arbeitsintensität) und zunehmender Akzeptierung der neuen Arbeitsformen wird Unzufriedenheit mit den unmittelbaren Arbeitsbedingungen kompensatorisch zu bewältigen versucht: Die Forderung nach höheren Löhnen (und kürzerer Arbeitszeit) tritt an die Stelle der arbeitsbezogenen, kaum zu verwirklichenden Streikziele. Trotzdem geht das Unbehagen an der Arbeitssituation nicht völlig verloren. Es findet aber weder auf der Ebene der Gewerkschaften, noch der sozialistischen Parteien, noch der direkten Aktionen eine klare Artikulation. Als belastend stellt Stearns von hier aus nicht, wie es die sozialistische-theoretische Tradition tat, das Ausmaß der Entfremdung in der Arbeit dar, sondern die Fortdauer und Ausweglosigkeit. Er warnt zugleich vor einer ins Bukolische gehenden Überschätzung vorindustrieller Arbeitsformen und der damaligen Lage der lohnabhängigen Unterschichten.

Stearns stellt gerade im Zusammenhang dieser Anpassungs- und Kompensationsprozesse bzw. des Protestverhaltens die Relevanz des unterschiedlichen Verhaltens verschiedener Gruppen der Arbeiterklasse fest. Die Nähe zu handwerklichen Vorstellungen, die Dauer des Einbezogenseins in den Industrialisierungsprozeß, Unterschiede zwischen Ungelernten und Gelernten, zwischen verschiedenen Arbeitszweigen überhaupt, die aufgrund unterschiedlicher Anforderungen ihre Arbeiter auch unterschiedlich rekrutierten, bedingen ein Spektrum von Verhaltensunterschieden: »The result is a variety of occupational subgroups that qualifies almost any generalization about working-class behavior.« (S. 340). Von einem abgeschlossenen Prozeß der Klassenbildung könne auch zu dieser Zeit nicht die Rede sein, im Gegenteil entwickelten sich mit der zunehmenden Freizeit neue Verhaltensunterschiede. Stearns faßt daher, auf den Begriff bezogen, die Ergebnisse seiner Arbeit zusammen: »The utility of the working-class as an analytical unit must depend on the degree of simplification desirable and the kind of behavior being discussed« (S. 342).

Es gelingt Stearns zu zeigen, daß Studien über Arbeiterverhalten, die die Differenziertheit ihrer Untersuchungsgruppe in den Blick nehmen, weit mehr zutage fördern, als etwa eine »Sozialgeschichte der Arbeiter« im engen Sinn. Er greift dabei auf Thesen zurück, die er schon in früheren Beiträgen entwickelt hat. Die nationale Form der Arbeiterbewegung hängt nicht primär von nationalen Eigenheiten ab, sondern von der sozialen Zusammensetzung der Arbeiterklasse zur Zeit der Entstehung und damit Prägung des Verhaltens der Arbeiterbewegungen. Nimmt man nämlich die einzelnen Gruppen aus dem nationalen Kontext der Klasse heraus und vergleicht sie, so zeigen sich unübersehbare Ähnlichkeiten bei gleichen Bedingungen. Ähnlich weitreichend ist Stearns' Einordnung der Gewerkschaften. Sie haben den Trend der Anpassung an das Fabrikssystem unterstützt. Sie haben eine wesentliche Hilfestellung bei der Umwandlung von Proteststreiks mit geringen Chancen (gegen Arbeitsbedingungen, für entlassene Kollegen) in Streik- bzw. auf Dauer in Tariffbewegungen, deren Ziel kompensatorische Lohnforderungen waren, geleistet. Der weiteste Schritt, der sich abzeichnete, war die Erstrebung der Mitbestimmung über Betriebsentscheidungen. Die Entfremdung der Arbeit selbst wurde hingenommen. Stearns stellt mit einer Reihe von Belegen die These auf, daß gerade gewerkschaftlich erfolgreiche Arbeiter nicht sozialistisch im klassischen, das System in Frage stellenden Sinn waren. Sozialistisch Wählen konnte im Gegenteil ein Ausweg da sein, wo aufgrund der unmittelbaren Unterdrückung anderer Protestformen wenig unmittelbare Hoffnung auf Veränderung vorhanden war. Jedoch entwickelten auch die Parteien der Arbeiterbewegung keine Vorstellungen zur Änderung der Arbeitssituation auf dem Wege zum Sozialismus.

Sosehr Stearns zuzustimmen ist, wenn er davon ausgeht, daß insgesamt die Vorstellung

herrschte, solche Probleme würden sich im Sozialismus von selbst lösen (bzw., so ist zu ergänzen, stünden jetzt nicht an), so wenig durchschlagend bleibt sein Erklärungsangebot: Der Vorrang der Organisationsprobleme und die häufig mittelständische Ausbildung ihrer Führer hätten den Arbeiterbewegungen den Blick verstellt; die nach wie vor mit dem Charakter ihrer Arbeit nicht Ausgesöhnten hätten sich nicht klar genug artikulieren können. Hier könnte noch weiter gefragt werden, wen die Arbeiterorganisationen jeweils wann repräsentierten und mit welchen Begründungen sie die fortdauernde Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen, die sich gleichwohl nicht gegen das System insgesamt richtete, abwehrten.

Insgesamt stellt sich die Arbeit von Stearns zwischen den neueren Einzeluntersuchungen als eine Art zusammenfassendes Handbuch dar, an dem niemand vorbei kann, der zur Forschung über die Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung dieser Zeit beitragen will. Daß seine Zahlen und Belege bei genauerer Untersuchung (siehe die Auswertung der Zeitungen der Arbeiterbewegung und der Quellenbestände regionaler Archive) überholt sein werden, spricht nicht gegen, sondern für ihn. Denn die Relevanz seiner Differenzierungen, die er selbst in seinen Schlußfolgerungen mit aller Einschränkung, aber auch Deutlichkeit gezeigt hat, sollte zu intensivster weiterer Forschung anregen. Seine tabellarischen Übersichten über die einschlägigen Zahlen, soweit sie zu sichern waren, sein Anmerkungsapparat, in dem leider in einigen Kapiteln die Numerierung durcheinandergeraten ist, und sein Literaturverzeichnis sollten es ermöglichen, auch bei national bezogenen Arbeiten den Blick über die Grenzen zu werfen. Es wäre zu wünschen, daß durch das Ernstnehmen des vorgestellten Ansatzes Stearns' Feststellung bald überholt wäre, »in general historians too often continue to see workers as passive creatures, uninteresting save when they rebel against industrial capitalism« (S. 339). Eine gute deutsche Übersetzung wäre erfahrungsgemäß für die Verbreitung des Buches sehr nützlich.

Monika Kramme

Jürgen Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1974, 468 S., kart., 32 DM.

Im Vorwort zum hier anzuzeigenden Sammelband schreibt der Herausgeber: »Noch sind die Historiker weit davon entfernt, auf der Grundlage vieler exemplarischer Einzelstudien umfassend beurteilen zu können, in welchem Verhältnis der allgemeine Verlauf der Arbeiterbewegung und die vielfältigen regionalen Ausprägungen zueinander gestanden und wie sich die gesamten sozioökonomischen Rahmenbedingungen im einzelnen ausgewirkt haben. Neuere Gesamtdarstellungen der Geschichte der Arbeiterbewegung, die dieser Frage nachgehen, fehlen deshalb, so daß man immer noch auf einige ältere Werke zurückgreifen muß« (Vorwort, S. 7). Eine Übersicht über die seitdem erschienenen Arbeiten lehrt, daß diese Aussage immer noch gilt, wenngleich hinzuzufügen ist, daß inzwischen doch schon ein ordentliches Angebot an regionalgeschichtlichen Untersuchungen zur Arbeiterbewegung vorliegt, das den Zeitpunkt der so nötigen Gesamtdarstellung in durchaus greifbarere Nähe zu rücken vermag.

Die Beiträge des Sammelbandes reichen zeitlich von der Phase der Frühindustrialisierung bis hin zur frühen Nachkriegsgeschichte (nach 1945). Sie sind nicht partei- oder gewerkschaftsspezifisch fixiert und konzentrieren sich im wesentlichen auf die Städte des Ruhrgebietes und das Bergische Land. Damit wurde innerhalb der, wirtschafts- und sozialstrukturell gesehen, sehr differenzierten preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen ein im Hinblick auf das Tempo der Industrialisierung relativ homogener materieller Bezugspunkt gefunden, der wiederum – wie im Vorwort betont wird – durch unterschiedliche soziale Folgeerscheinungen und Bewältigungsversuche auf unterschiedliche Weise Arbeiterbewegung hervorgebracht hat. Für den gesamten Zeitraum gilt zudem die Absicht, die regionale

herrschte, solche Probleme würden sich im Sozialismus von selbst lösen (bzw., so ist zu ergänzen, stünden jetzt nicht an), so wenig durchschlagend bleibt sein Erklärungsangebot: Der Vorrang der Organisationsprobleme und die häufig mittelständische Ausbildung ihrer Führer hätten den Arbeiterbewegungen den Blick verstellt; die nach wie vor mit dem Charakter ihrer Arbeit nicht Ausgesöhnten hätten sich nicht klar genug artikulieren können. Hier könnte noch weiter gefragt werden, wen die Arbeiterorganisationen jeweils wann repräsentierten und mit welchen Begründungen sie die fortdauernde Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen, die sich gleichwohl nicht gegen das System insgesamt richtete, abwehrten.

Insgesamt stellt sich die Arbeit von Stearns zwischen den neueren Einzeluntersuchungen als eine Art zusammenfassendes Handbuch dar, an dem niemand vorbei kann, der zur Forschung über die Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung dieser Zeit beitragen will. Daß seine Zahlen und Belege bei genauerer Untersuchung (siehe die Auswertung der Zeitungen der Arbeiterbewegung und der Quellenbestände regionaler Archive) überholt sein werden, spricht nicht gegen, sondern für ihn. Denn die Relevanz seiner Differenzierungen, die er selbst in seinen Schlußfolgerungen mit aller Einschränkung, aber auch Deutlichkeit gezeigt hat, sollte zu intensivster weiterer Forschung anregen. Seine tabellarischen Übersichten über die einschlägigen Zahlen, soweit sie zu sichern waren, sein Anmerkungsapparat, in dem leider in einigen Kapiteln die Numerierung durcheinandergeraten ist, und sein Literaturverzeichnis sollten es ermöglichen, auch bei national bezogenen Arbeiten den Blick über die Grenzen zu werfen. Es wäre zu wünschen, daß durch das Ernstnehmen des vorgestellten Ansatzes Stearns' Feststellung bald überholt wäre, »in general historians too often continue to see workers as passive creatures, uninteresting save when they rebel against industrial capitalism« (S. 339). Eine gute deutsche Übersetzung wäre erfahrungsgemäß für die Verbreitung des Buches sehr nützlich.

Monika Kramme

Jürgen Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1974, 468 S., kart., 32 DM.

Im Vorwort zum hier anzuzeigenden Sammelband schreibt der Herausgeber: »Noch sind die Historiker weit davon entfernt, auf der Grundlage vieler exemplarischer Einzelstudien umfassend beurteilen zu können, in welchem Verhältnis der allgemeine Verlauf der Arbeiterbewegung und die vielfältigen regionalen Ausprägungen zueinander gestanden und wie sich die gesamten sozioökonomischen Rahmenbedingungen im einzelnen ausgewirkt haben. Neuere Gesamtdarstellungen der Geschichte der Arbeiterbewegung, die dieser Frage nachgehen, fehlen deshalb, so daß man immer noch auf einige ältere Werke zurückgreifen muß« (Vorwort, S. 7). Eine Übersicht über die seitdem erschienenen Arbeiten lehrt, daß diese Aussage immer noch gilt, wenngleich hinzuzufügen ist, daß inzwischen doch schon ein ordentliches Angebot an regionalgeschichtlichen Untersuchungen zur Arbeiterbewegung vorliegt, das den Zeitpunkt der so nötigen Gesamtdarstellung in durchaus greifbarere Nähe zu rücken vermag.

Die Beiträge des Sammelbandes reichen zeitlich von der Phase der Frühindustrialisierung bis hin zur frühen Nachkriegsgeschichte (nach 1945). Sie sind nicht partei- oder gewerkschaftsspezifisch fixiert und konzentrieren sich im wesentlichen auf die Städte des Ruhrgebietes und das Bergische Land. Damit wurde innerhalb der, wirtschafts- und sozialstrukturell gesehen, sehr differenzierten preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen ein im Hinblick auf das Tempo der Industrialisierung relativ homogener materieller Bezugspunkt gefunden, der wiederum – wie im Vorwort betont wird – durch unterschiedliche soziale Folgeerscheinungen und Bewältigungsversuche auf unterschiedliche Weise Arbeiterbewegung hervorgebracht hat. Für den gesamten Zeitraum gilt zudem die Absicht, die regionale

Arbeiterbewegung in jeder Phase in ihrer Verflechtung mit der gesamten Bewegung in Deutschland zu sehen.

Es erscheint nachgerade selbstverständlich, daß der Aufsatzsammlung ein wirtschaftsgeschichtlicher Überblick vorangestellt ist, den *W. Köllmann* verfaßt hat. Köllmann stützt sich auf die Ergebnisse eigener früherer Arbeiten sowie auf Angaben aus dem von *W. Först* herausgegebenen Sammelband »Das Rheinland in preußischer Zeit«. Er vermittelt einen zwar sehr gerafften, gleichwohl höchst instruktiven Überblick zur wirtschaftlichen Ausgangslage, technologischen Rückständigkeit, Konkurrenzposition und Krisenanfälligkeit der rheinisch-westfälischen Gewerbeflandschaften. Dies und die kurzgefaßten Einblicke in die Bevölkerungsbewegung und -struktur sowie in Arbeitsmarkt und soziale Folgeerscheinungen bilden den Rahmen, in dem sich Arbeiterbewegung »vollzog«. Der Akzent liegt auf den Jahren bis 1875 (Ende der Frühindustrialisierung). So notwendig nun in diesem Band die Darstellung wirtschaftlicher Basisfakten ist – man hätte sich selbst eine zeitlich weiter ausgreifende Ausarbeitung gewünscht –, so eigenartig nimmt sich der Beitrag von *G. Huck* über Heß, Lassalle, Lange und Dietzgen in dem Band aus. Es sei gleich gesagt: Der Rezensent findet Hucks Ausführungen zum theorieimmanenten Theorie-Praxis-Problem bei den genannten Personen sicherlich interessant genug, gleichwohl hätte er sich Auskunft zur Frage nach der Funktion des Beitrages in dieser Aufsatzsammlung gewünscht. Gewiß, die vier Theoretiker, Praktiker, Publizisten hatten ihr wesentliches Tätigkeitsfeld im Rheinland, aber das dürfte doch wohl kaum als ausreichende Motivation begriffen worden sein. Der rein theoriegeschichtliche Beitrag nimmt sich – bei aller gutgelungenen Aufarbeitung des Problems – doch eigenartig aus in einer Reihe von politik- und sozialgeschichtlichen Beiträgen zur regionalen Entwicklung der Arbeiterbewegung, wirkt auch zu abstrakt, zumal in den anderen Aufsätzen die bei Huck vorgeführte Problematik gar nicht zum Tragen kommt, somit dieser Beitrag erst recht in der Luft hängt.

So beginnt die eigentliche Darstellung zur regionalen Arbeiterbewegung mit dem Beitrag von *D. Dowe*, der die Frühgeschichte bis hin zum Sozialistengesetz behandelt und gleichsam den Block bis hin zum Ende des I. Weltkrieges einleitet. Dowe kann für den ersten Teil seiner Darstellung auf eine eigene Monographie zurückgreifen und sich für die folgenden Jahre der Reaktion und ADAV-Phase auf zahlreiche Einzelarbeiten stützen, die hier in ihren Ergebnissen zu einem sehr informationsreichen und lesenswerten Gesamtbild zusammengetragen werden. Es entspricht der Gesamtanlage des Bandes, wenn Dowe nicht nur die sozialdemokratischen Organisationen betrachtet, sondern sich auch – recht ins Detail gehend – mit der christlichen Bewegung im Untersuchungsraum befaßt. Die Organisationskraft dieser christlichen Bewegung ist für bestimmte Teilregionen nicht zu unterschätzen, und es ist verständlich, wenn die lokalen, regionalen und zentralen Instanzen die christliche Arbeiterbewegung mit dem gleichen Argwohn betrachteten und den gleichen repressiven Maßregeln bedachten wie die sozialdemokratischen Organisationen. Bisher unveröffentlichtes, dem Rezensenten aber vorliegendes Material vermag dies in ganzem Umfang auszuweisen. An Doves Bericht schließt zeitlich *H. O. Hemmer* an, der die Jahre des Sozialistengesetzes behandelt und sich dabei auf die Bergarbeiterbewegung begrenzt. Hemmer verarbeitet nicht nur umfangreiche Literatur, sondern stützt sich – zum geringeren Teil dann – auf unveröffentlichte Quellen. Durch die zeitlich und sachlich enge Begrenzung ist Hemmer in der Lage, eine sehr intensiv gehaltene Beschreibung der Bergarbeiterschaft in ihren Lebensumständen im weitesten Sinne sowie in ihren politischen Äußerungsformen zu geben, soweit das eben im Rahmen eines Aufsatzes möglich ist. *Albin Gladens* Bericht zu den Bergarbeiterstreiks von 1889, 1905 und 1912 schließt sehr eng an die Darstellung Hemmers an. Gladen geht es um eine vergleichende Strukturanalyse von Klassenkonflikten, die an Bedeutung und Intensität aus dieser an Arbeitskämpfen sicher nicht armen Zeit herausragen. Der Rezensent ist geneigt, den Beitrag Gladens als einen der stärksten in dem Sammelband zu bezeichnen. Streikursachen, zu suchen in dem tiefgreifenden wirtschaft-

lichen und sozialen Strukturwandel (Übergang vom Direktionssystem zur privatkapitalistischen Struktur mit Ausbau zum sachbetont-unpersönlichen Großbetrieb, Bevölkerungsbewegung), finden sich ebenso wie der Streikverlauf eindringlich und überzeugend beschrieben. Gladen weist nach, daß es zwischen den einzelnen Streiks von der Ursache her Berührungspunkte gegeben hat (Lohnentwicklung – Mißverhältnis zu Konjunktur und Teuerung), gegenüber den spontanen Ausständen von 1889 und 1905 der Streik von 1912 sich aber in erster Linie als *organisierter* Arbeitskampf darstellt. Gerade in diesem Zusammenhang – meint der Rezensent – ist es vielleicht für den Ausbau bestehender Streiktheorien von einiger Relevanz, daß in einer Phase verstärkter Organisierungstendenz durchaus nicht auch ein positives Verhältnis zwischen Interesse der Arbeiter und Organisationsinteresse zu erwarten ist und daß zudem die doch in jenen Jahren so großgeschriebene Solidarität offensichtlich als organisationsgebunden und damit als begrenzt zu begreifen ist (Christlicher Gewerkverein versus Alter Verband 1912).

Während im zeitlichen Anschluß an Gladens Darstellung *K. Koszyk* einen Überblick über die Entwicklung der Sozialdemokratie bis 1914 vermittelt – eine Phase also behandelt, in der die Partei zur Massenbewegung heranwächst – und *K. Mattheier* sich mit den bei den Berg- und Hüttenarbeitern durchaus konkurrenzfähigen wirtschaftsfriedlichen Verbänden bis hin zu ihrer Überleitung in die DAF befaßt, schließt *J. Reulecke* diesen ersten Block mit einem Bericht zur Arbeiterbewegung im I. Weltkrieg ab. Es ist wohl nur allzu verständlich, daß sich die Parteiproblematik auf Reichsebene in jener Phase der Kriegspresionen auch in den einzelnen Regionen (Provinzen) niederschlägt, Regionalgeschichte also in ganz besonderem Maße ein Stück Reichsgeschichte reflektiert. Reulecke hat nicht nur die parteiinterne Entwicklung betrachtet, sondern dankenswerterweise zugleich auch soziale Lage und Lebensumstände der Arbeiterschaft vor allem für 1916/17 untersucht und nachdrücklich auf die fortschreitende Verelendung gewiesen, der eine »Vertiefung« der Spannungen innerhalb der Bewegung parallel lief. Die zunehmende Radikalisierung, die durchaus nicht Hinwendung zu Spartakus bedeutete, hat Reulecke geographisch abgrenzen können. Sie vollzog sich fast ausschließlich im Agitationsbezirk Niederrhein, während der Oberrhein-Bezirk MSPD-treu blieb. Mit dieser Feststellung ist sicherlich die Frage nach den Ursachen solchen Unterschieds verbunden, deren Beantwortung wohl erst dann schlüssig gefunden werden kann, wenn die jeweiligen sozioprofessionellen Strukturen, die Parteitraditionen wie überhaupt die gesamte »political culture« der Landschaften bzw. Teilregionen untersucht worden sind. Hier bleibt also noch einiges zu tun. Reuleckes Beitrag regt dazu an.

Den folgenden Block, der die Weimarer Republik und die Emigrationszeit umfaßt, leitet *M. Martiny* mit einem Überblick über die Organisationsformen und -richtungen in der Republik ein. Er vermittelt einen instruktiven Überblick, der durch *H. Mommsens* Beitrag über die Bergarbeiterbewegung an der Ruhr (1918–1933) vertieft wird. Wie schon zuvor bei Hemmer und Gladen haben wir es hier mit einer gründlichen sozial- und politikhistorischen Analyse zu tun. In seiner Kritik an der Politik der Bergarbeiterverbände kommt Mommsen zu dem ohne Zweifel überzeugend fundierten Urteil, daß die Verbände insofern versagt haben, als sie nach dem Scheitern der Arbeitsgemeinschafts-Politik nicht auf Verhinderung von Machtkonzentration auf der Arbeitgeberseite zielten. Gleichzeitig hätten sie um Integration der Betriebsräte in die gewerkschaftliche Arbeit bemüht sein müssen. Mommsen vermißt eine frühzeitige »effektive Mitbeteiligung der Arbeitnehmer« in den einzelnen Betrieben, die sich als politisch sinnvoller erwiesen hätte als langfristig orientierte Sozialisierungskonzeptionen, da zugleich syndikalistischer und kommunistischer Agitation in den Zechen das Wasser abgegraben worden wäre.

Dem Mommsenschen Beitrag schließt *S. Bahne* eine Analyse der KPD an, in der die Reichspolitik der KPD in ihrer konkreten Auswirkung auf die Region untersucht wird. Bahne hat die Entwicklung der KPD von einer kleinen radikalen Gruppe zu einer Massenpartei

im einzelnen nachgezeichnet und zugleich aufgezeigt, daß eine Massenpartei ihre Effektivität nicht aus der Masse schlechthin, sondern viel eher aus der Struktur ihrer Anhängerschaft gewinnt. Das heißt konkret, daß die KPD als Partei der Erwerbslosen ihrer Zahl nicht das entsprechende politische Gewicht mitzugeben vermochte. Am Schluß der Beitragsreihe befaßt sich *G. Plum* mit der Arbeiterbewegung unter NSDAP-Herrschaft, mit Verfolgung und Widerstand also. Plum greift noch einmal die politische Haltung der beiden Arbeiterparteien vor der Machtübernahme auf – sowohl das sozialdemokratische Legalitätsdenken als auch die Folgen kommunistischer Sozialfaschismus-Theoreme – und befaßt sich sodann mit Praxis, Methoden und organisatorischer Struktur des Widerstandes, den Grenzen und Möglichkeiten und schließlich auch den Unterschieden in den Verhaltensweisen und Kampfmethoden – Unterschiede, die sich aus objektiven und subjektiven Faktoren (Persönlichkeitsstruktur; Typ des revolutionären Kämpfers bei der KPD stärker entwickelt als bei der SPD) ergeben.

Im letzten Abschnitt des Sammelbandes handeln die beiden Beiträge über die Jahre unmittelbar nach 1945. *H. P. Ebni* beschreibt den Wiederaufbau der SPD und kann sich dabei – als Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung gleichsam vor Ort arbeitend – auf die Nachlässe von Menzel, Severing und den Bestand Schumacher stützen. Er befaßt sich nicht allein mit dem organisatorischen Wiederaufbau als solchem, sondern schenkt auch dem Verhältnis der Partei zu anderen Parteien und Sozialgruppen sowie den damals aktuellen Fragen der Bodenreform und Sozialisierung seine Aufmerksamkeit. *Ulrich Borsdorf* handelt über die Gewerkschaften und hat sich dabei mit einem Teilproblem – der Einheitsgewerkschaft – befaßt. Für seine Darstellung war ohne Zweifel der umfangreiche Rückgriff auf die Weimarer Zeit, die DAF-Politik und die Emigrationsphase erforderlich, will man die Intensität einheitsgewerkschaftlicher Bestrebungen der Nachkriegszeit verstehen. Für die Emigrationszeit hätte selbst ruhig noch mehr gesagt werden können, da gerade diese Phase reich ist an organisatorischen und gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Neukonzeptionen. Im zweiten Teil seiner Darstellung kommt Borsdorf dann ausführlich auf die frühen Gewerkschaftsbildungen im Rhein-Ruhr-Raum sowie vor allem auf die britischen Reaktionen darauf zu sprechen. Hierzu ist durch die Arbeiten etwa von Eberhard Schmidt und Schmidt/Fichter sicher einiges bekannt, aber Borsdorf geht doch in manchen Punkten über den Forschungsstand hinaus. In seiner Darstellung der deutschen Vorhaben und der britischen Initiativen hat sich Borsdorf im wesentlichen auf die Wiedergabe der Fakten beschränkt. Unberücksichtigt bleibt die Motivationsstruktur britischer Verhaltensweise – eine Verhaltensweise, die eben eindeutig gegen den einheitsgewerkschaftlichen Trend gerichtet war. Der Rezensent hat nun selbst einen Großteil der FO-Akten aus dem Public Record Office vorliegen, und zwar ab 1944, und sieht in dem Eiertanz um das von Borsdorf klar beschriebene Dreiphasenmodell zur gewerkschaftlichen organisatorischen Regeneration das Ergebnis britischer Furcht vor kollektivistischer Anfälligkeit des deutschen Arbeiters. Es ist spätestens ab 1944 für britische Politiker und Diplomaten eine ausgemachte Sache, daß der in der DAF-Zeit demonstrierte Kollektivismus der Arbeiterschaft nach Ausschaltung des Nationalsozialismus erhalten bleiben und hohe Aufnahmebereitschaft für kollektivistische Konzeptionen des Kommunismus zeigen werde. Dies war nicht nur die Ansicht des Kriegskabinetts und seiner Beamten, sondern galt auch als Richtschnur in der ersten Phase der Labour-Regierung. Das ist – verkürzt dargestellt – die Voraussetzung der Dreiphasenpolitik und der Grund für die Ablehnung einheitsgewerkschaftlicher Konzeptionen. Um auch dem Gesetz zu entsprechen, nach dem man in den Kampf gegen den Nationalsozialismus gezogen ist, beging die Militärregierung bzw. die Londoner Regierung nicht den Weg des schlichten Verbots von oben, sondern bediente sich der kollektiven Überredung mittels des TUC, dessen Reise vom November 1945 schon im Mai 1945 anvisiert war.

Zusammenfassend ist zur kritischen Würdigung des Sammelbandes folgendes festzuhalten:

Jeder einzelne Beitrag ist sehr lesenswert, gibt im wesentlichen den Forschungsstand wieder und vermittelt eine Vielzahl von Informationen, die bisher nur mühsam aus verstreuten Aufsätzen oder Monographien zusammengeklaut werden konnten. Der Herausgeber hat einleitend die Aufsatzsammlung als »Zwischenbilanz« charakterisiert – und ganz gewiß kann sie auch nicht mehr sein. Wenngleich somit schon zu Beginn Abstriche vorgenommen worden sind, dann sei dennoch auf den sehr unterschiedlichen Charakter der einzelnen Beiträge gewiesen. Der Leser fragt sich, ob nicht eine einheitliche Methode und Fragestellung dem gesamten Band zugute gekommen wären. In der vorliegenden Form erweckt der Band – wie lesenswert er auch immer sein mag – den Eindruck, als ob die einzelnen Beiträge ganz zufällig eingebracht worden wären. Man hätte sich die Publikation vielleicht in sich konsistenter gewünscht. Solchem Postulat am nächsten kommen die Beiträge von Hemmer, Gladen und Mommsen, so daß man zur Bergarbeiterbewegung ein recht geschlossenes Bild erhält. Vielleicht hätte man neben den Entstehungsbedingungen, die ja im wesentlichen für die Frühphase gelten und auch beschrieben sind, mehr noch auf die internen und externen Wirkungsbedingungen abheben und damit die politische und soziale Kultur der Landschaft, deren Arbeiterbewegung hier beschrieben wird, einbringen sollen. Aber möglicherweise war das in einem Sammelband, der zunächst einmal erste Informationen vermitteln will, auch gar nicht zu leisten. Immerhin enthalten die Beiträge neben ihrem hohen Informationsniveau Anregungen zu weitergehenden Fragestellungen. Der Rezensent erlaubt sich darauf hinzuweisen, daß sowohl für die frühe Zeit als auch für die spätere Phase von der unveröffentlichten Quelle her noch manches geleistet werden kann. Fazit: Jedem Interessenten sei das Buch für Hinweise und Anregungen, aber auch für schlichte Lektüre ohne weitere Verwendungsabsichten empfohlen.

Horst Lademacher

Albrecht Eckhardt, Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie im Großherzogtum Hessen 1860–1900. Sonderdruck aus: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde, Neue Folge, Bd. 34, 1976, S. 171–493 (= Hessische Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2), hrsg. vom Historischen Verein für Hessen in Verb. mit der TH Darmstadt, Darmstadt 1976, kart., 25 DM.

Eine in Anspruch und Ansatz sich selbst eng begrenzende Arbeit hat Albrecht Eckhardt, Mitarbeiter am Hessischen Staatsarchiv in Darmstadt, mit dieser Darstellung vorgelegt, die aus einer Studie über den führenden hessischen Sozialdemokraten Philipp Müller erwachsen ist (S. 176). Mangels verwertbarer archivalischer Quellen<sup>1</sup> sah sich Eckhardt fast ausschließlich auf publizistische Materialien verwiesen. So erhebt seine Arbeit »keineswegs den Anspruch einer abgerundeten Darstellung der Arbeiterbewegung in Hessen–Darmstadt« (S. 176), sondern sie beschränkt sich auf die bloße Rekonstruktion ihrer äußeren Organisationsgeschichte und verzichtet auf theorie- und sozialgeschichtliche Analysen. Beginnend mit der Arbeiterbildungsvereinsbewegung der 1860er Jahre im Rhein-Main-Gebiet, den ersten organisatorischen Neuansätzen in VDAV/SDAP (Zentrum Mainz) und ADAV (Schwerpunkt Offenbach), verfolgt Eckhardt die äußere Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei vor allem in Südhessen anhand der Kommunal-, Landtags- und Reichstagswahlen sowie der Parteitage unter Berücksichtigung der publizistisch faßbaren Agitation, um – »sicherlich etwas willkürlich« (S. 176) – mit der Übersiedlung von Philipp Müller von Darmstadt nach Altona im Jahre 1900 zu enden. Geschildert werden dabei vor allem die nach einer Phase relativer Toleranz 1871 einsetzende Verfolgung und die Repressionsmaßnahmen der Behörden während des Sozialistengesetzes gegen eine hessische

<sup>1</sup> Die Akten des Innenministeriums sind verbrannt, die Bestände der Kreise teilweise noch nicht verzeichnet, vgl. Albrecht Eckhardt, Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt 1830/1848–1945, in: IWK 10/1970, S. 19–28. Literatur zur hessischen Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert liegt kaum vor.

Jeder einzelne Beitrag ist sehr lesenswert, gibt im wesentlichen den Forschungsstand wieder und vermittelt eine Vielzahl von Informationen, die bisher nur mühsam aus verstreuten Aufsätzen oder Monographien zusammengeklaut werden konnten. Der Herausgeber hat einleitend die Aufsatzsammlung als »Zwischenbilanz« charakterisiert – und ganz gewiß kann sie auch nicht mehr sein. Wenngleich somit schon zu Beginn Abstriche vorgenommen worden sind, dann sei dennoch auf den sehr unterschiedlichen Charakter der einzelnen Beiträge gewiesen. Der Leser fragt sich, ob nicht eine einheitliche Methode und Fragestellung dem gesamten Band zugute gekommen wären. In der vorliegenden Form erweckt der Band – wie lesenswert er auch immer sein mag – den Eindruck, als ob die einzelnen Beiträge ganz zufällig eingebracht worden wären. Man hätte sich die Publikation vielleicht in sich konsistenter gewünscht. Solchem Postulat am nächsten kommen die Beiträge von Hemmer, Gladen und Mommsen, so daß man zur Bergarbeiterbewegung ein recht geschlossenes Bild erhält. Vielleicht hätte man neben den Entstehungsbedingungen, die ja im wesentlichen für die Frühphase gelten und auch beschrieben sind, mehr noch auf die internen und externen Wirkungsbedingungen abheben und damit die politische und soziale Kultur der Landschaft, deren Arbeiterbewegung hier beschrieben wird, einbringen sollen. Aber möglicherweise war das in einem Sammelband, der zunächst einmal erste Informationen vermitteln will, auch gar nicht zu leisten. Immerhin enthalten die Beiträge neben ihrem hohen Informationsniveau Anregungen zu weitergehenden Fragestellungen. Der Rezensent erlaubt sich darauf hinzuweisen, daß sowohl für die frühe Zeit als auch für die spätere Phase von der unveröffentlichten Quelle her noch manches geleistet werden kann. Fazit: Jedem Interessenten sei das Buch für Hinweise und Anregungen, aber auch für schlichte Lektüre ohne weitere Verwendungsabsichten empfohlen.

Horst Lademacher

Albrecht Eckhardt, Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie im Großherzogtum Hessen 1860–1900. Sonderdruck aus: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde, Neue Folge, Bd. 34, 1976, S. 171–493 (= Hessische Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2), hrsg. vom Historischen Verein für Hessen in Verb. mit der TH Darmstadt, Darmstadt 1976, kart., 25 DM.

Eine in Anspruch und Ansatz sich selbst eng begrenzende Arbeit hat Albrecht Eckhardt, Mitarbeiter am Hessischen Staatsarchiv in Darmstadt, mit dieser Darstellung vorgelegt, die aus einer Studie über den führenden hessischen Sozialdemokraten Philipp Müller erwachsen ist (S. 176). Mangels verwertbarer archivalischer Quellen<sup>1</sup> sah sich Eckhardt fast ausschließlich auf publizistische Materialien verwiesen. So erhebt seine Arbeit »keineswegs den Anspruch einer abgerundeten Darstellung der Arbeiterbewegung in Hessen–Darmstadt« (S. 176), sondern sie beschränkt sich auf die bloße Rekonstruktion ihrer äußeren Organisationsgeschichte und verzichtet auf theorie- und sozialgeschichtliche Analysen. Beginnend mit der Arbeiterbildungsvereinsbewegung der 1860er Jahre im Rhein-Main-Gebiet, den ersten organisatorischen Neuansätzen in VDAV/SDAP (Zentrum Mainz) und ADAV (Schwerpunkt Offenbach), verfolgt Eckhardt die äußere Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei vor allem in Südhessen anhand der Kommunal-, Landtags- und Reichstagswahlen sowie der Parteitage unter Berücksichtigung der publizistisch faßbaren Agitation, um – »sicherlich etwas willkürlich« (S. 176) – mit der Übersiedlung von Philipp Müller von Darmstadt nach Altona im Jahre 1900 zu enden. Geschildert werden dabei vor allem die nach einer Phase relativer Toleranz 1871 einsetzende Verfolgung und die Repressionsmaßnahmen der Behörden während des Sozialistengesetzes gegen eine hessische

<sup>1</sup> Die Akten des Innenministeriums sind verbrannt, die Bestände der Kreise teilweise noch nicht verzeichnet, vgl. Albrecht Eckhardt, Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt 1830/1848–1945, in: IWK 10/1970, S. 19–28. Literatur zur hessischen Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert liegt kaum vor.

Sozialdemokratie, die ihren regionalen Durchbruch mit der Reichstagswahl von 1881 schaffte (S. 289) und bis 1898 in den Wahlen den durchschnittlichen Stimmenanteil der Reichssozialdemokratie hielt (S. 418 f.); weiter die fortgesetzte Verfolgung in den 1890er Jahren, die innerparteilichen Schwierigkeiten beim Aufbau einer zentralisierten Landesorganisation nach dem Sozialistengesetz sowie Hessens Rolle in der Agrardebatte der SPD. Dabei widmet sich Eckhardt eingehend der Entwicklung der regionalen Parteipresse. Auf die Gewerkschaften geht er nur kurz ein. Eckhardt weist darauf hin, daß die hessische Arbeiterbewegung, die in der Vorkriegs-Sozialdemokratie keine herausragende Stellung eingenommen habe (S. 403), sich mit einer durchgehend bürgerlich-liberalen (national-liberalen) Landtagsmehrheit sowie seit 1890 mit den rührigen Antisemiten auseinanderzusetzen hatte (vgl. S. 349 u. ö.). Erwähnenswert ist das Bemühen des Autors, Material über herausragende Sozialdemokraten von Hessen-Darmstadt zusammenzutragen, zumal einige führende SPD-Funktionäre von den verschiedensten Flügeln aus dem Großherzogtum stammten bzw. mit der hessischen Arbeiterbewegung verbunden waren, so Wilhelm Liebknecht, Eduard David, Philipp Scheidemann bzw. Johann Most und Rudolf Rocker. Vervollständigt wird die Monographie durch ein Personen- und Ortsverzeichnis sowie durch elf Abbildungen.

Bis etwa 1868 basiert Eckhardts Darstellung fast ausschließlich auf Sekundärliteratur, wodurch die Phase der Arbeiterbildungsvereinsbewegung mit dem interessanten Maingau-Verband nicht untersucht und damit die gesamte Konstituierungsproblematik der Rhein-Mainischen Sozialdemokratie im Umfeld der kleinbürgerlichen Demokratie nicht thematisiert werden kann<sup>2</sup>.

Man kann nun Eckhardt seinen Ansatz einer rein organisationsgeschichtlich orientierten Untersuchung konzedieren als den legitimen Versuch, angesichts einer schwierigen Quellen- und mangelhaften Literaturlage in einem ersten Schritt den äußeren Rahmen der regionalen Parteigeschichte zu rekonstruieren. Aber auch wenn dieser Weg wie vom Verfasser in seinen Grenzen akzeptiert und methodisch abgesteckt wird, bleibt grundsätzlich zu fragen, ob eine solche Darstellung dem Gegenstand Arbeiterbewegung gerecht zu werden vermag, wenn man die konstitutive ökonomische und soziale Situation der Arbeiterschaft und die damit zusammenhängende theoretische Entwicklung weitgehend ausklammert. Die Geschichte der Arbeiterbewegung wird dann schlechterdings unverständlich: Ihre Frühzeit erscheint als von persönlichem Gezänk geprägte proletarische Vereinsmeierei; die beeindruckende Chronologie der Wahlerfolge beschwört das Bild einer sich unwiderstehlich entfaltenden Bewegung zur sozialreformerischen Massen- und Regierungspartei, wobei die ausgefochtenen inneren ideologischen Auseinandersetzungen zwangsläufig zu ›zeitbedingten‹ taktischen Strategiedifferenzen verblassen. Die konkreten Ziele jedoch, für die die Arbeiterbewegung jeweils kämpfte, die Erfolge, aber auch die Irrtümer und Niederlagen, kurz die Erfahrungen und Lernprozesse der Klassenbewegung können bei einem solchen Ansatz schwerlich in den Blick kommen, obwohl all dies doch erst eine Beschäftigung mit dem Gegenstand ›Arbeiterbewegung‹ über den Horizont einer sich selbst genügenden akademischen Forschung hinaus motiviert. Eckhardts eigener Standpunkt gegenüber Inhalt und Weg der deutschen Arbeiterbewegung im allgemeinen und der hessischen im besonderen kommt denn auch wegen seines Ansatzes nur an wenigen Stellen zum Vorschein (z. B. S. 403 f., 442).

Trotzdem finden sich in der Untersuchung genügend Ansätze, die es ermöglicht hätten, den gewählten starren Rahmen zu durchbrechen (so S. 467 ff.). Auch bei dem weitgehenden

<sup>2</sup> Eine eingehende Untersuchung der im Maingau-Verband zusammengeschlossenen Arbeitervereine bleibt ein dringendes Desiderat. Z. T. stenographische Aufzeichnungen über fast alle Arbeitertage des Maingaus 1862–1867 befinden sich, angefertigt und durch gedrucktes Material angereichert von dem berühmten preußischen Agenten Sigmund Zirndorfer, im Zentralen Staatsarchiv Merseburg, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 121, Bd. 2–7.

Verzicht auf Darstellung und Analyse von sozialem Kontext, politischen Konzeptionen und ideologischen Auseinandersetzungen hätten, selbst bei völlig unzureichendem Quellenmaterial, wichtige Merkmale und Tendenzen der hessischen Arbeiterbewegung im Kontext der Geschichte der gesamten deutschen Arbeiterbewegung angegangen werden müssen, so z. B. die Tatsache der frühen ländlichen Wahlerfolge (S. 253, 314), die 1880 bei Kommunalwahlen einsetzenden Wahlabsprachen mit bürgerlichen Parteien (S. 300), die seit den Anfängen reformistische Haltung der hessischen Sozialdemokratie (S. 306 f., 370 f., 378, 384, 403 f., 442 f.) und vor allem die von hessischen Sozialdemokraten (David) mitgetragene Agrardebatte innerhalb der SPD. Daß Eckhardt dies nicht versucht hat, liegt sicherlich auch in seinem problematischen Verzicht auf eine Durchsicht der überregionalen Arbeiterpresse begründet. Außerdem hat er zwar akribisch und wohl lückenlos die vorhandene regionale Presse ausgewertet, doch referiert er fast durchgehend nur die Versammlungsbeschlüsse und Resolutionen, nicht aber die jeweilige Diskussion, was nicht allein Eigenheiten der Presseberichterstattung anzulasten ist.

Ungeachtet dieser grundsätzlichen Einwände hat Eckhardt mit seiner materialreichen Untersuchung die Basis dafür geliefert, sich nunmehr intensiv mit den einzelnen Entwicklungsetappen der durchaus nicht unwichtigen Arbeiterbewegung des Rhein-Main-Gebietes auseinanderzusetzen.

Toni Offermann

Dirk H. Müller, *Idealismus und Revolution. Zur Opposition der Jungen gegen den Sozialdemokratischen Parteivorstand 1890 bis 1894* (= Beihefte zur IWK 3), Colloquium Verlag, Berlin 1975, VIII, 186 S., Snolin, 44 DM.

Es war zu erwarten, daß im Rahmen der Studentenbewegung der ausgehenden 60er und der frühen 70er Jahre das Interesse sich in besonderer Weise auf die »Jungen« richten würde, jene innerparteiliche Opposition in der deutschen Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes. Hier waren zweifellos Anknüpfungspunkte für das eigene Selbstverständnis gegeben, und so wurde schon 1969 das Pamphlet des Studiosus Hans Müller »Der Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie« als Reprint zugänglich gemacht. Es ist ein Glücksfall, daß die Rückbesinnung auf die »Revolte der Literaten und Studenten der Jungen« zu einer so überaus abgewogenen Analyse geführt hat, wie sie Dirk Müller vorlegt. Man kann sich aufgrund bestimmter Erfahrungen unschwer vorstellen, wie der Gegenstand durch einen ultralinken Hurrah-Sozialisten vertan und verhunzt worden wäre. Dieser Gefahr – trotz des Engagements, das sich gerade in der Kritik an den »Jungen« und dem »Verein Unabhängiger Sozialisten«, an dessen »doppelter Praxislosigkeit« widerspiegelt – ist Dirk Müller schon deswegen entgangen, weil er intensiv die Archive benutzt hat, wobei vor allem die Polizeiakten der Staatsarchive in Frankfurt, Magdeburg und Potsdam vieles enthalten, was bisher auch Kennern der Materie unbekannt war.

Der Verfasser hat aus der bisher zu konstatierenden Hilflosigkeit bzw. allzu forschen Urteilsbildung über die »Jungen« in der Forschung den einsichtigen Schluß gezogen, daß man diese Bewegung nur in den Griff bekommt, wenn man in der Analyse über sie hinausgeht und so den historischen Ort dieser Opposition deutlich macht. Folgerichtig setzt Müller ein mit dem Beginn des Sozialistengesetzes und der Auseinandersetzung mit der Opposition Most – Hasselmann, dem Wydener Kongreß, der Debatte um den Drei-Sterne-Artikel, um dann den Dampfersubventionsstreit und die Auseinandersetzungen in der Berliner Parteiorganisation in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre zu thematisieren. Das geschieht knapp, skizzenhaft, aber die Vorgänge und Entwicklungen werden in ihrer Funktionalität hinsichtlich der späteren Opposition der »Jungen« deutlich.

Einen ersten Schwerpunkt der Analyse bildet dann die Kontroverse um den 1. Mai 1890 nach den entsprechenden Beschlüssen des Internationalen Kongresses vom Juli 1889. Überzeugend ist dabei die Aussage, daß sich schon in dieser Diskussion eine Entwicklung durch-

Verzicht auf Darstellung und Analyse von sozialem Kontext, politischen Konzeptionen und ideologischen Auseinandersetzungen hätten, selbst bei völlig unzureichendem Quellenmaterial, wichtige Merkmale und Tendenzen der hessischen Arbeiterbewegung im Kontext der Geschichte der gesamten deutschen Arbeiterbewegung angegangen werden müssen, so z. B. die Tatsache der frühen ländlichen Wahlerfolge (S. 253, 314), die 1880 bei Kommunalwahlen einsetzenden Wahlabsprachen mit bürgerlichen Parteien (S. 300), die seit den Anfängen reformistische Haltung der hessischen Sozialdemokratie (S. 306 f., 370 f., 378, 384, 403 f., 442 f.) und vor allem die von hessischen Sozialdemokraten (David) mitgetragene Agrardebatte innerhalb der SPD. Daß Eckhardt dies nicht versucht hat, liegt sicherlich auch in seinem problematischen Verzicht auf eine Durchsicht der überregionalen Arbeiterpresse begründet. Außerdem hat er zwar akribisch und wohl lückenlos die vorhandene regionale Presse ausgewertet, doch referiert er fast durchgehend nur die Versammlungsbeschlüsse und Resolutionen, nicht aber die jeweilige Diskussion, was nicht allein Eigenheiten der Presseberichterstattung anzulasten ist.

Ungeachtet dieser grundsätzlichen Einwände hat Eckhardt mit seiner materialreichen Untersuchung die Basis dafür geliefert, sich nunmehr intensiv mit den einzelnen Entwicklungsetappen der durchaus nicht unwichtigen Arbeiterbewegung des Rhein-Main-Gebietes auseinanderzusetzen.

Toni Offermann

Dirk H. Müller, *Idealismus und Revolution. Zur Opposition der Jungen gegen den Sozialdemokratischen Parteivorstand 1890 bis 1894* (= Beihefte zur IWK 3), Colloquium Verlag, Berlin 1975, VIII, 186 S., Snolin, 44 DM.

Es war zu erwarten, daß im Rahmen der Studentenbewegung der ausgehenden 60er und der frühen 70er Jahre das Interesse sich in besonderer Weise auf die »Jungen« richten würde, jene innerparteiliche Opposition in der deutschen Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes. Hier waren zweifellos Anknüpfungspunkte für das eigene Selbstverständnis gegeben, und so wurde schon 1969 das Pamphlet des Studiosus Hans Müller »Der Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie« als Reprint zugänglich gemacht. Es ist ein Glücksfall, daß die Rückbesinnung auf die »Revolte der Literaten und Studenten der Jungen« zu einer so überaus abgewogenen Analyse geführt hat, wie sie Dirk Müller vorlegt. Man kann sich aufgrund bestimmter Erfahrungen unschwer vorstellen, wie der Gegenstand durch einen ultralinken Hurrah-Sozialisten vertan und verhunzt worden wäre. Dieser Gefahr – trotz des Engagements, das sich gerade in der Kritik an den »Jungen« und dem »Verein Unabhängiger Sozialisten«, an dessen »doppelter Praxislosigkeit« widerspiegelt – ist Dirk Müller schon deswegen entgangen, weil er intensiv die Archive benutzt hat, wobei vor allem die Polizeiakten der Staatsarchive in Frankfurt, Magdeburg und Potsdam vieles enthalten, was bisher auch Kennern der Materie unbekannt war.

Der Verfasser hat aus der bisher zu konstatierenden Hilflosigkeit bzw. allzu forschen Urteilsbildung über die »Jungen« in der Forschung den einsichtigen Schluß gezogen, daß man diese Bewegung nur in den Griff bekommt, wenn man in der Analyse über sie hinausgeht und so den historischen Ort dieser Opposition deutlich macht. Folgerichtig setzt Müller ein mit dem Beginn des Sozialistengesetzes und der Auseinandersetzung mit der Opposition Most – Hasselmann, dem Wydener Kongreß, der Debatte um den Drei-Sterne-Artikel, um dann den Dampfersubventionsstreit und die Auseinandersetzungen in der Berliner Parteiorganisation in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre zu thematisieren. Das geschieht knapp, skizzenhaft, aber die Vorgänge und Entwicklungen werden in ihrer Funktionalität hinsichtlich der späteren Opposition der »Jungen« deutlich.

Einen ersten Schwerpunkt der Analyse bildet dann die Kontroverse um den 1. Mai 1890 nach den entsprechenden Beschlüssen des Internationalen Kongresses vom Juli 1889. Überzeugend ist dabei die Aussage, daß sich schon in dieser Diskussion eine Entwicklung durch-

setzte, in der der kämpferische Ursprung des 1. Mai durch »Ritualisierung und Mystifizierung« verdeckt wurde. Wichtig ist auch die belegte These, daß die Mai-Bewegung von 1890 ganz erheblich breiter war als die der »Jungen« und nur ein *Moment* in der Auseinandersetzung zwischen »Jungen« und Gesamtpartei bildete. Im folgenden analysiert Müller die Bewegung der »Jungen« und die Position der Wortführer, wobei der Ausgangspunkt der Kontroverse zu Recht in dem künftigen Organisationsstatut der Partei gesehen wird. Er konstatiert in diesem Zusammenhang ein Versagen der Sozialdemokratie, das sich schon aus Anlaß der Mai-Kämpfe von 1890 andeutete und in der Organisationsdebatte manifest wurde, nämlich das Beharren auf der nicht mehr angemessenen Trennung von politischen und ökonomischen Kämpfen der Arbeiter. Mir scheint hier ein interessanter Ansatz zu liegen, der im einzelnen noch stärker spezifiziert werden müßte mit dem Ziel, die Auseinandersetzungen zwischen Partei und Freien Gewerkschaften bis zur Jahrhundertwende neu zu bestimmen. Ich will mir ersparen, im einzelnen das darzulegen, was Müller über die Funktion des Reformismus à la Vollmar (Eldorado – Reden) in bezug auf die »Jungen« und über den Erfurter Parteitag ausführt. Tatsache ist, daß die intensive Analyse eines kurzen Zeitraums das bestätigt, was von mir und anderen in übergreifenden Zusammenhängen formuliert worden ist: Die Partei ging in die künftigen Auseinandersetzungen mit »unverbindlicher Taktik und strategielosem Programm«, und mit dem Ausschluß einiger »Junger« waren die Grundprobleme der Partei nicht gelöst. Dabei ist es das Verdienst der Arbeit von Müller, ganz deutlich zu zeigen, daß auch die »Jungen« keine politische Alternative formuliert haben, letztlich aufgrund ihrer beklagenswerten theoretischen und taktischen Unbedarftheit.

Friedrich Engels hat, wie bekannt ist, sich mehrfach drastisch über die »Jungen« geäußert. Müller nimmt dies zum Anlaß, das strategische Konzept von Engels in den 1890er Jahren zu entfalten. Das hat seine Funktion, ist aber auch da, wo es nicht gesagt wird, so sehr bisheriger Forschung verpflichtet, daß Neues nicht sichtbar wird. Was folgt, ist ein langer Epilog, die Widerspiegelung des Hinsiechens des »Vereins Unabhängiger Sozialisten«.

Fazit von Dirk Müller: Die »Jungen« haben durch ihre spezifische Art der Opposition letztlich der radikalen Bewegung in der Sozialdemokratie geschadet und den »Vormarsch des reformistischen Flügels sicherlich erleichtert«.

Irgendwie lag es wohl auch daran, daß hier das ein für allemal untaugliche Muster gestrickt wurde, das Studenten und Akademiker, die in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts sicherer als heute das rettende Land von Bildungs- und Wohlstandsbürgertum erreichen konnten, anderen Kleinbürgern vorgehalten haben.

Der unbedingt guten Arbeit von Müller ist in dem Zusammenhang nur ein Vorwurf zu machen, nämlich der, daß sie nicht deutlich zeigt, wo die »Helden« von 1890–1894 gelandet sind: Paul Ernst beim Faschismus; Hans Müller, für Ultralinke wieder zu Ehren gekommen, als Adlatus des Schweizer »Migros«-Millionärs Duttweiler, Paul Kampffmeyer auf dem ganzen rechten Flügel der SPD usw., usw.

Hans-Josef Steinberg

Martin Martiny, Integration oder Konfrontation? Studien zur Geschichte der sozialdemokratischen Rechts- und Verfassungspolitik (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 122), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1976, 248 S., brosch., 32 DM.

Die vorstehende Arbeit beschäftigt sich mit der Überprüfung der »Chancen reformistischer Strategien« (S. 10) sozialdemokratischer Rechts- und Verfassungspolitik unter dem Gesichtspunkt von »Integration oder Konfrontation« mit den bzw. in die bürgerlichen Institutionen des Obrigkeitsstaates und der Weimarer Republik. Martiny hat die Arbeit insgesamt in vier Hauptbereiche eingeteilt: 1. »Parlamentarismus und innerparteiliche Demokratie«/Wahlrechtsdiskussion (S. 13–53); 2. »Bürgerliches« und »soziales« Recht«/Arbeitsrecht

setzte, in der der kämpferische Ursprung des 1. Mai durch »Ritualisierung und Mystifizierung« verdeckt wurde. Wichtig ist auch die belegte These, daß die Mai-Bewegung von 1890 ganz erheblich breiter war als die der »Jungen« und nur ein *Moment* in der Auseinandersetzung zwischen »Jungen« und Gesamtpartei bildete. Im folgenden analysiert Müller die Bewegung der »Jungen« und die Position der Wortführer, wobei der Ausgangspunkt der Kontroverse zu Recht in dem künftigen Organisationsstatut der Partei gesehen wird. Er konstatiert in diesem Zusammenhang ein Versagen der Sozialdemokratie, das sich schon aus Anlaß der Mai-Kämpfe von 1890 andeutete und in der Organisationsdebatte manifest wurde, nämlich das Beharren auf der nicht mehr angemessenen Trennung von politischen und ökonomischen Kämpfen der Arbeiter. Mir scheint hier ein interessanter Ansatz zu liegen, der im einzelnen noch stärker spezifiziert werden müßte mit dem Ziel, die Auseinandersetzungen zwischen Partei und Freien Gewerkschaften bis zur Jahrhundertwende neu zu bestimmen. Ich will mir ersparen, im einzelnen das darzulegen, was Müller über die Funktion des Reformismus à la Vollmar (Eldorado – Reden) in bezug auf die »Jungen« und über den Erfurter Parteitag ausführt. Tatsache ist, daß die intensive Analyse eines kurzen Zeitraums das bestätigt, was von mir und anderen in übergreifenden Zusammenhängen formuliert worden ist: Die Partei ging in die künftigen Auseinandersetzungen mit »unverbindlicher Taktik und strategielosem Programm«, und mit dem Ausschluß einiger »Junger« waren die Grundprobleme der Partei nicht gelöst. Dabei ist es das Verdienst der Arbeit von Müller, ganz deutlich zu zeigen, daß auch die »Jungen« keine politische Alternative formuliert haben, letztlich aufgrund ihrer beklagenswerten theoretischen und taktischen Unbedarftheit.

Friedrich Engels hat, wie bekannt ist, sich mehrfach drastisch über die »Jungen« geäußert. Müller nimmt dies zum Anlaß, das strategische Konzept von Engels in den 1890er Jahren zu entfalten. Das hat seine Funktion, ist aber auch da, wo es nicht gesagt wird, so sehr bisheriger Forschung verpflichtet, daß Neues nicht sichtbar wird. Was folgt, ist ein langer Epilog, die Widerspiegelung des Hinsiechens des »Vereins Unabhängiger Sozialisten«.

Fazit von Dirk Müller: Die »Jungen« haben durch ihre spezifische Art der Opposition letztlich der radikalen Bewegung in der Sozialdemokratie geschadet und den »Vormarsch des reformistischen Flügels sicherlich erleichtert«.

Irgendwie lag es wohl auch daran, daß hier das ein für allemal untaugliche Muster gestrickt wurde, das Studenten und Akademiker, die in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts sicherer als heute das rettende Land von Bildungs- und Wohlstandsbürgertum erreichen konnten, anderen Kleinbürgern vorgehalten haben.

Der unbedingt guten Arbeit von Müller ist in dem Zusammenhang nur ein Vorwurf zu machen, nämlich der, daß sie nicht deutlich zeigt, wo die »Helden« von 1890–1894 gelandet sind: Paul Ernst beim Faschismus; Hans Müller, für Ultralinke wieder zu Ehren gekommen, als Adlatus des Schweizer »Migros«-Millionärs Duttweiler, Paul Kampffmeyer auf dem ganzen rechten Flügel der SPD usw., usw.

Hans-Josef Steinberg

Martin Martiny, Integration oder Konfrontation? Studien zur Geschichte der sozialdemokratischen Rechts- und Verfassungspolitik (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 122), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1976, 248 S., brosch., 32 DM.

Die vorstehende Arbeit beschäftigt sich mit der Überprüfung der »Chancen reformistischer Strategien« (S. 10) sozialdemokratischer Rechts- und Verfassungspolitik unter dem Gesichtspunkt von »Integration oder Konfrontation« mit den bzw. in die bürgerlichen Institutionen des Obrigkeitsstaates und der Weimarer Republik. Martiny hat die Arbeit insgesamt in vier Hauptbereiche eingeteilt: 1. »Parlamentarismus und innerparteiliche Demokratie«/Wahlrechtsdiskussion (S. 13–53); 2. »Bürgerliches« und »soziales« Recht«/Arbeitsrecht

(S. 55–149); 3. »Rechtsstaat contra soziales Strafrecht«/Bündnisdiskussion mit dem Liberalismus (S. 151–196) und 4. »Integration oder Konfrontation« (S. 197–221), wo zugleich anscheinend eine Art Resümee gezogen werden soll.

In einer vorzüglich fundierten Studie versucht der Autor, die ambivalente Haltung sozialdemokratischer Rechtstheoretiker und -politiker herauszuarbeiten. In seiner argumentationsgeschichtlich ausgerichteten Arbeit – unzulänglich ist, daß der Verfasser auf eine Einbeziehung der ökonomischen Veränderungen in dem bearbeiteten Zeitraum verzichtet – zeichnet er im Ersten Abschnitt die Diskussion um die Ausgestaltung des Wahlrechts nach. Die Sozialdemokratie, so Martiny, welche bis 1914 »durch die Schule jahrzehntelanger Wahlrechtskämpfe gegangen war«, habe sich in der Weimarer Republik mit der Wahlrechtsproblematik »offiziell« nur am Rande beschäftigt (S. 13). Hauptsächlich hätten sich in der Ersten Republik »zahlreiche sozialdemokratische Außenseiter« zu Wort gemeldet, welche zum »rechten« Flügel der Partei zu zählen seien, wie z. B. Haubach, Leber, Mierendorff, Rathmann von den »jüngeren«, Cohen, Katzenstein und Peus von der »alten Garde um die Sozialistischen Monatshefte« (S. 39 f.). Martiny arbeitet heraus, daß es ein erhebliches Interesse der bürgerlichen Parteien und auch der MSP nach 1917 gewesen sei, eine »einschneidende Wahlrechtsreform als Ventil für unerwünschte Massenbewegungen« in Gang zu setzen (S. 28). Das Verhältniswahlrecht sollte in seiner »Doppeleigenschaft als revolutionäre Errungenschaft und als Beruhigungsspiel für radikalisierende Gruppen« (S. 31) eine wesentliche Funktion der oben angeführten Parteien bei der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung ausüben. Die Wahlrechtsdiskussion führte z. B. bei der Debatte um die Wahlrechtsnovelle vom Dez. 1923 im Reichsrat dazu, daß die Länder, um den Einfluß und die Ausweitung einer »parteienstaatlichen Demokratie« aufzuhalten, den Listen der Parteien die »Persönlichkeit« der Wahlkreiskandidaten gegenüberstellten. Martiny deutet diese »konservative Stoßrichtung« zutreffend an, wenn er schreibt, daß letztere, »orientiert am Leitbild des wirtschaftlich Selbständigen und des akademisch gebildeten Intellektuellen«, auf die Negierung der »politischen Existenzberechtigung« von Gewerkschaften und Linksparteien hinauslief (S. 41). Leider geht er nicht in diesem Abschnitt auf die nach dem Papen-Staatsstreich gegen Preußen (20. Juli 1932) von Papen und Gayl initiierten Pläne einer reaktionären Verfassungs- und Wahlrechtsreform ein (vgl. z. B. Volksstimme, Frankfurt, 2. und 19. Aug., 17. Sept. und 13. Okt. 1932; Leipziger Volkszeitung, 12. und 29. Aug., 13. Sept. und 28. Okt. 1932; Sozialdemokratische Parteikorrespondenz, Okt./Dez. 1932), wie er auch nicht auf die von dem alldeutschen Führer Class 1925 formulierte vollständige »Verfassungsreform« in Gestalt einer prinzipiellen Zerstörung der parlamentarisch-rechtsstaatlichen Demokratie nebst Wahlrecht eingeht (vgl. Sozialdemokratische Parteikorrespondenz, Aug. 1929). Im Zusammenhang mit der Wahlrechtsdiskussion beleuchtet Martiny auch kurz die staatsrechtliche Auseinandersetzung um das »Problem der Gleichheit in der Verhältniswahl« (S. 44 f.). Am Beispiel von Triepel, Leibholz, Schmitt und Anschütz von bürgerlicher Seite, Heller, Sinzheimer und Kirchheimer von sozialdemokratischer Seite diskutiert er die in Art. 109, Abs. 1 WV beruhende Problematik, ob und inwiefern diese Verfassungsnorm, wie es die von Triepel und Leibholz begründete »neue« Lehre wollte, ein »generelles Willkürverbot« beinhaltete – auch Heller schloß sich dieser Auffassung an – oder ob nicht vielmehr im Gleichheitssatz nur das Gebot der »Rechtsanwendungsgleichheit« zum Vorschein komme, wie es nach klassischer Auffassung von Anschütz und Thoma vertreten wurde. Diese Diskussion hatte, wie Martiny nachweist, auch einen erheblichen Einfluß auf die Wahlrechtsfrage.

Im Zweiten Abschnitt beschäftigt sich Martiny am Beispiel des kollektiven Arbeitsrechts mit der Diskussion um ein »soziales Recht«, welches teilweise als *Durchdringung* des tradierten bürgerlichen Rechts mit seinem strikt-formalen Dualismus von privatem und öffentlichem Recht verstanden wurde – von »marxistischer« Seite hat dies u. a. zu dieser Zeit kritisch diskutiert E. Paschukanis, Allgemeine Rechtslehre und Marxismus (1929), 1970;

vgl. auch die Rez. von *G. Radbruch*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd. 64, 1930, und *H. Kelsen*, ebda., Bd. 66, 1931 –, teilweise als *direkte Gegenüberstellung* konzipiert worden war. Martiny schildert ausführlich die Haltung der SPD während der Entstehungsgeschichte des BGB (S. 56 f.). Er arbeitet überzeugend die ambivalente Haltung der SPD-Reichstagsfraktion heraus, welche vergrößert darin zum Ausdruck kam, daß einerseits versucht wurde, in allen Phasen der Entstehungsgeschichte, vermittelt über eine aktive Mitarbeit, Einfluß auf die Konzeption des BGB zu nehmen, andererseits jedoch bei der Schlußabstimmung eine grundsätzlich ablehnende Haltung eingenommen wurde (»Hasenfrage«). Es wird dargestellt, daß die Ansicht von der »Opposition aus Prinzip« keineswegs ein Anknüpfen an den fortgeschrittensten liberal-bürgerlichen Rechtsvorstellungen ausschloß, ja daß zum Teil sogar Erfolge erzielt werden konnten. Die SPD erschien zeitweise in dieser Diskussion als *der* entschiedenste Verfechter liberal-rechtsstaatlicher Grundpositionen selbst gegenüber den Liberalen (vgl. S. 60 f., 63, 69). Anschließend wendet sich der Verfasser ausführlich dem Arbeitsrecht zu. Am Beispiel der Durchsetzung des Tarifvertragsgedankens (S. 72 f.) zeigt er einerseits, welcher Einfluß dem Tarifvertrag innerhalb der Gewerkschaften beigemessen wurde, andererseits, daß die Gewerkschaften einer Regelung des Tarifvertragsystems von »oben« äußerst ablehnend gegenüberstanden, weil sie hierdurch auch rechtlich in das obrigkeitsstaatliche Regime integriert worden wären (vgl. z. B. die Haltung *Leiparts*, S. 81). Martiny kommt zu dem Schluß, daß es den Gewerkschaften im Obrigkeitsstaat darauf ankam, *autonom*, d. h. nicht in ein staatliches Rechtssystem gezwängt, ihre reformerischen Vorstellungen mittels des Arbeitskampfes direkt mit den Unternehmern auszutragen (S. 84). Im folgenden stellt er die Konzeption der »sozialen Selbstbestimmung« der Organisationen von Lohnarbeit und Kapital dar, wie sie von *Hugo Sinzheimer* schon ansatzweise vor dem Ersten Weltkrieg entwickelt wurde (S. 85 f.). Der Kerngedanke besteht darin, daß diese Organisationen auf der Basis der »Parität« – unter Ausschluß der »Gelben« – selbständig zur Rechtssetzung befähigt sein sollten, der Tarifvertrag sollte eine *objektive* Rechtsquelle sein. Dem Staat war dabei aufgetragen, daß die von ihm allgemein gesetzte Rechtsordnung entsprechend den »neuen« Bedürfnissen auszurichten war; das »soziale Leben« sollte nicht länger »rechtlos« sein. Diese Konzeption ging nicht nur in die im Dez. 1918 verabschiedete Tarifvertragsordnung ein, sondern auch in Art. 165 WV, sie wurde also verfassungsrechtlich verankert. Bei *Sinzheimer* spielten weiter der Dualismus von Staat und Gesellschaft und, folgerichtig weiterentwickelt, der Dualismus von Staats- und Wirtschaftsverfassung eine zentrale Rolle. Martiny arbeitet am Beispiel von *Sinzheimer* heraus, daß eine plakative Gegenüberstellung wie hier Gewerkschaften, da Räte, »für oder gegen Lohnabbau« (so aber *Blanke* u. a., *Kollektives Arbeitsrecht*, Bd. 1, 1975, S. 137) vollständig am Problem vorbeigeht. Er weist nach, daß sich *Sinzheimer* vielmehr im Grundsätzlich-theoretischen wie auch im Praktisch-politischen stets selber »treu« geblieben ist: ein liberaler Reformist (Von Interesse wäre sicherlich gewesen, wenn Martiny den marxistisch orientierten Aufsatz von *W. Müller* in der *Fraenkel-Festschrift*, 1973, diskutiert hätte). An der Auseinandersetzung um die Einführung des Arbeitsgerichtsgesetzes (23. Dez. 1926) mit der selbständigen Einsetzung von Arbeitsgerichten (S. 99 f.) und dem darin gleichfalls verankerten erstinstanzlichen Ausschluß der Rechtsanwälte als Prozeßvertreter (S. 115 f.) wird der Konflikt zwischen bürgerlichem und sozialem Recht sowie zwischen SPD und Gewerkschaften weiter verdeutlicht. Es wird dargestellt, daß es insbesondere aufgrund des massiven Widerstands der Gewerkschaften gegenüber den Vorschlägen z. B. von *Gustav Radbruch* sowohl zur Nichtangliederung der Arbeitsgerichte an die ordentliche Gerichtsbarkeit kam – umgehende Polemik der bürgerlichen Justiz und der entsprechenden Organisationen (vgl. S. 107, 123 f.) – als auch zum Ausschluß der Anwälte in der ersten Instanz. Nach einem weder zufriedenstellenden noch in diesem Zusammenhang einleuchtenden Kapitel zur Wirtschaftsdemokratie (S. 126 ff.) wird des weiteren zu arbeitsrechtlichen Einzelfragen Stellung ge-

nommen (S. 131 f.). Die vom Reichsgericht und Reichsarbeitsgericht vertretene Lehre vom »Betriebsrisiko«, fußend auf der extrem konservativen Ideologie von der »Betriebsgemeinschaft« zwischen Unternehmern und Arbeitern, wird unter Hinzuziehung der bekannten Schrift von Otto Kahn-Freund über das »Soziale Ideal des Reichsarbeitsgerichts« diskutiert, wobei Martiny lobenswerterweise ausführlich auf die denunziatorischen Angriffe des maßgebenden ADGB-Arbeitsrechtlers Clemens Nörpel gegen Kahn-Freunds Schrift eingeht (S. 133 f., 148).

Im Dritten Abschnitt wird ausführlich auf die sozialdemokratische Strafrechtsdiskussion und -konzeption eingegangen. Martiny stellt die Ansichten Franz v. Lists dar, des wohl renommiertesten bürgerlichen Strafrechtlers am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts (S. 152 f.), er zeigt mögliche und tatsächliche Punkte, an denen ein sozialdemokratisches Strafrechtsprogramm anknüpfen konnte, insbesondere im Hinblick auf punktuelle und auch längerfristige Zusammenarbeit mit dem liberalen Bürgertum. Die Bestimmungen über Hochverrat, Majestätsbeleidigung, Staatsverleumdung und der Klassenkampfparagraph (§ 130 StGB) boten solche Punkte (S. 159). Auch hier wird teilweise wieder deutlich, daß die SPD sich im Obrigkeitsstaat als der »geborene Vollstrecker eines versagenden Liberalismus« (S. 160) ansah, daß, wie auch in der Weimarer Republik (vgl. E. Fraenkel, *Zur Soziologie der Klassenjustiz*, 1927), ein ausgebildetes »Rechtsbewußtsein« im Sinne einer materiellen Gerechtigkeit zu konstatieren gewesen ist. Die Diskussion um die schrittweise erfolgende Ablösung von Freiheitsstrafen durch Geldstrafen, die in einem 1911 weitgehend von List beeinflussten strafrechtlichen Gegenentwurf Aufnahme fand – von Martiny als »Reformforderung« (S. 165) bezeichnet – und die in der Weimarer Republik primär auf Radbruch zurückgehende Initiative eines Geldstrafengesetzes – Radbruch selbst sah es als ein Verdienst an, die Geldstrafe in den »Mittelpunkt des Strafsystems« gestellt zu haben (S. 177 f.) – hätten jedoch auch ein Anlaß sein müssen, nach den ökonomischen Hintergründen für die Veränderung im Strafsystem zu fragen; vgl. G. Rusche / O. Kirchheimer, *Sozialstruktur und Strafvollzug* (1939), 1974, Kap. X. Hervorhebenswert ist die breite Darstellung der Überlegungen von Gustav Radbruch (S. 166 f.), der, dies sei hier angeführt, eine dezidierte strafrechtliche Konzeption zum Schutz der Arbeitskraft entwickelte (S. 173 f.), in der u. a. die seit eh und je bei den Unternehmern so beliebten »schwarzen Listen« strafrechtlich verfolgt werden sollten. Auf der anderen Seite ist jedoch ein wesentlicher Mangel darin zu sehen, daß Martiny mit keinem Wort »the most brilliant German political lawyer of the 1920's« (Otto Kirchheimer), *Paul Levi*, erwähnt. Zwar wird dessen Zeitschrift »Sozialistische Politik und Wirtschaft« im Literaturverzeichnis aufgeführt, jedoch an *keiner* Stelle im Text darauf Bezug genommen. Auch Martinys Auseinandersetzung mit der »Freirechtsschule« (S. 185 f.) ist unzulänglich, wird doch das eigentlich methodische und theoretisch-politische Problem, die Erweiterung des Richterspielraums auf der einen Seite, zum andern der von sozialdemokratischer Seite geführte Versuch (z. B. Fraenkel, Neumann), die konservative und weitgehend *gegen* Republik, Verfassung und Arbeiterbewegung gerichtete Justiz strikt an Verfassung, Recht und Gesetz zu binden, nur am Rande gesehen (S. 187). Des weiteren wird nicht erkannt, welche strategisch-politische Rolle der »Rechtspositivismus« in der Argumentation sozialdemokratischer Juristen hatte (vgl. meine Bemerkungen in *Kirchheimer, Von der Weimarer Republik zum Faschismus*, 1976).

Der anscheinend im Vierten Abschnitt unternommene Versuch, eine »Bilanz« zu ziehen, wird dadurch vereitelt, daß Martiny wiederum eine erhebliche Fülle an Material darstellt, so daß zwangsläufig eine Diskussion dieses Materials nicht stattfinden kann. Seine Darstellung der Absichten des 1922 gegründeten »Republikanischen Richterbundes« und des bürgerlichen Gegenpols, des »Preußischen Richtervereins« (S. 197 f.), ist unbestreitbar von Interesse, trägt jedoch nichts Wesentliches zur theoretischen Erhellung von »Integration oder Konfrontation« bei. Seine hier ausgebreitete Argumentation ist von erheblichen Wi-

dersprüchen gekennzeichnet (z. B. S. 210 f.), wie auch die Behauptung von einer möglichen »Mentalitätsveränderung« (S. 210) der bürgerlichen Justiz nicht überzeugend ist; und daß seine als Frage formulierte Ansicht, »in besseren Jahren« – als 1932 / Anfang 1933 – hätte die Arbeiterbewegung versuchen sollen, »einen inneren [sic!] Brückenschlag zur Justiz zu unternehmen« (S. 196), wie auch seine Ausführung, daß die politische Strafjustiz »überschätzt« worden sei (S. 218), das Problem Arbeiterbewegung, Justiz und Rechtsstaat erfassen, muß bestritten werden.

Wolfgang Luthardt

Claus Winfried Witjes, Gewerkschaftliche Führungsgruppen. Eine empirische Untersuchung zum Sozialprofil, zur Selektion und Zirkulation sowie zur Machtstellung westdeutscher Gewerkschaftsführungen (= Soziologische Schriften, Bd. 18), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1976, 422 S., brosch., 98 DM.

Die Untersuchung, eine Dissertation an der Ruhruniversität Bochum, versteht sich als einen Beitrag zur empirischen Eliteforschung im Rahmen der Politischen Soziologie. Zum Gegenstand der Arbeit wurde eine Untersuchung über die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der zentralen Vorstände der IG Metall (30 Personen), der IG Bergbau und Energie (34 Personen), der Deutschen Postgewerkschaft (11 Personen) und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (14 Personen) für den Zeitraum 1945 bis 1972 bestimmt.

In einer ausführlichen Einleitung bemüht sich Witjes um eine Vorklärung des Elite-Begriffs, der in der bisherigen Diskussion stark ideologisch aufgeladen und in einer verwirrenden begrifflichen Vielfalt verwandt worden ist. Nach einem knappen begriffsgeschichtlichen Rekurs auf Pareto und Mosca werden die wichtigsten Ansätze moderner Elitekonzeptionen, vor allem die »formale« und die »historisch-soziologische« Konzeption (vertreten etwa durch Lasswell, Lerner und Jaeggi bzw. durch Stammer und Dreitzel) und die drei üblichen methodischen Verfahren der empirischen Eliteforschung (»Positions-«, »Entscheidungs-« und »Reputationsmethode«) vorgestellt und kritisch durchleuchtet. Die gründliche Aufarbeitung der vorhandenen Ansätze als Voraussetzung der eigenen Untersuchung ist sicherlich verdienstvoll und für den Leser nützlich, nur scheint bei dem überreichen Angebot an begrifflichen und methodischen Versatzstücken unterschiedlichster Provenienz die eigenständige Definition des Begriffs »Elite« durch Witjes in der Fülle etwas unterzugehen. Ebenso wird das Verhältnis des Zentralbegriffs »Führungsgruppe« zum Begriff »Elite« nicht eindeutig geklärt.

Den Elitestudien seien insbesondere zwei Aufgaben gestellt: einerseits durch Untersuchungen »über Zusammensetzung, Rekrutierung, Verflechtung und Wandel von Eliten Erkenntnisse zu gewinnen« über die »Sozialstruktur, das Schichtgefüge, die Mobilitätsprozesse einer Gesellschaft und die diesbezüglichen Veränderungen« (S. 29); andererseits durch die Analyse von Herkunft, Wertvorstellungen, Kohärenz und Zirkulation von Eliten Aussagen treffen zu können über die »Determinanten des politischen Handelns und Verhaltens« von Eliten und über die sozialen »Grundlagen und Bedingungen politischer Prozesse« (S. 29). Die Durchsicht der vorhandenen Elitestudien erweise aber, daß derartige Ansätze bisher nur unzureichend eingelöst worden seien. Einseitige Konzentration auf die Fragen der sozialen Zusammensetzung, der Herkunft und des Werdegangs von Eliten, Aussparung des Aspekts von Machtausübung und Machtstellung von Eliten, Ausklammerung der zeitlichen Dimension und schließlich das oft geringe theoretische Niveau umschrieben markante Unzulänglichkeiten der Forschung.

Die gewerkschaftlichen Führungsgruppen seien allgemein der »politischen Elite i. w. S.« zuzurechnen. Diese Zuordnung setze voraus, daß einerseits die Gewerkschaften überhaupt Führungsgruppen aufwiesen, die innerorganisatorisch über einen »mehr oder weniger [...] höheren Machtanteil« verfügten und die »im Konfliktfall ihre Vorstellungen und Inter-

dersprüchen gekennzeichnet (z. B. S. 210 f.), wie auch die Behauptung von einer möglichen »Mentalitätsveränderung« (S. 210) der bürgerlichen Justiz nicht überzeugend ist; und daß seine als Frage formulierte Ansicht, »in besseren Jahren« – als 1932 / Anfang 1933 – hätte die Arbeiterbewegung versuchen sollen, »einen inneren [sic!] Brückenschlag zur Justiz zu unternehmen« (S. 196), wie auch seine Ausführung, daß die politische Strafjustiz »überschätzt« worden sei (S. 218), das Problem Arbeiterbewegung, Justiz und Rechtsstaat erfassen, muß bestritten werden.

Wolfgang Luthardt

Claus Winfried Witjes, Gewerkschaftliche Führungsgruppen. Eine empirische Untersuchung zum Sozialprofil, zur Selektion und Zirkulation sowie zur Machtstellung westdeutscher Gewerkschaftsführungen (= Soziologische Schriften, Bd. 18), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1976, 422 S., brosch., 98 DM.

Die Untersuchung, eine Dissertation an der Ruhruniversität Bochum, versteht sich als einen Beitrag zur empirischen Eliteforschung im Rahmen der Politischen Soziologie. Zum Gegenstand der Arbeit wurde eine Untersuchung über die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der zentralen Vorstände der IG Metall (30 Personen), der IG Bergbau und Energie (34 Personen), der Deutschen Postgewerkschaft (11 Personen) und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (14 Personen) für den Zeitraum 1945 bis 1972 bestimmt.

In einer ausführlichen Einleitung bemüht sich Witjes um eine Vorklärung des Elite-Begriffs, der in der bisherigen Diskussion stark ideologisch aufgeladen und in einer verwirrenden begrifflichen Vielfalt verwandt worden ist. Nach einem knappen begriffsgeschichtlichen Rekurs auf Pareto und Mosca werden die wichtigsten Ansätze moderner Elitekonzeptionen, vor allem die »formale« und die »historisch-soziologische« Konzeption (vertreten etwa durch Lasswell, Lerner und Jaeggi bzw. durch Stammer und Dreitzel) und die drei üblichen methodischen Verfahren der empirischen Eliteforschung (»Positions-«, »Entscheidungs-« und »Reputationsmethode«) vorgestellt und kritisch durchleuchtet. Die gründliche Aufarbeitung der vorhandenen Ansätze als Voraussetzung der eigenen Untersuchung ist sicherlich verdienstvoll und für den Leser nützlich, nur scheint bei dem überreichen Angebot an begrifflichen und methodischen Versatzstücken unterschiedlichster Provenienz die eigenständige Definition des Begriffs »Elite« durch Witjes in der Fülle etwas unterzugehen. Ebenso wird das Verhältnis des Zentralbegriffs »Führungsgruppe« zum Begriff »Elite« nicht eindeutig geklärt.

Den Elitestudien seien insbesondere zwei Aufgaben gestellt: einerseits durch Untersuchungen »über Zusammensetzung, Rekrutierung, Verflechtung und Wandel von Eliten Erkenntnisse zu gewinnen« über die »Sozialstruktur, das Schichtgefüge, die Mobilitätsprozesse einer Gesellschaft und die diesbezüglichen Veränderungen« (S. 29); andererseits durch die Analyse von Herkunft, Wertvorstellungen, Kohärenz und Zirkulation von Eliten Aussagen treffen zu können über die »Determinanten des politischen Handelns und Verhaltens« von Eliten und über die sozialen »Grundlagen und Bedingungen politischer Prozesse« (S. 29). Die Durchsicht der vorhandenen Elitestudien erweise aber, daß derartige Ansätze bisher nur unzureichend eingelöst worden seien. Einseitige Konzentration auf die Fragen der sozialen Zusammensetzung, der Herkunft und des Werdegangs von Eliten, Aussparung des Aspekts von Machtausübung und Machtstellung von Eliten, Ausklammerung der zeitlichen Dimension und schließlich das oft geringe theoretische Niveau umschrieben markante Unzulänglichkeiten der Forschung.

Die gewerkschaftlichen Führungsgruppen seien allgemein der »politischen Elite i. w. S.« zuzurechnen. Diese Zuordnung setze voraus, daß einerseits die Gewerkschaften überhaupt Führungsgruppen aufwiesen, die innerorganisatorisch über einen »mehr oder weniger [...] höheren Machtanteil« verfügten und die »im Konfliktfall ihre Vorstellungen und Inter-

essen eher durchzusetzen« vermöchten, und daß sie andererseits an »Entscheidungen von gesamtgesellschaftlicher Tragweite« mitwirken könnten (S. 34 f.). Obgleich diese Voraussetzungen für die Bundesrepublik zweifellos gegeben seien, versucht Witjes anhand eines relativ langen historischen Überblicks die (binnen-)organisatorische Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung seit ihren Anfängen zu skizzieren und die wichtigsten Entwicklungslinien über die Zeit hinweg zu verfolgen.

Gerade der Sozialhistoriker wird den Einbezug der historischen Dimension in eine soziologische Arbeit nur begrüßen, aber ein solcher historischer ›Durchmarsch‹ gerät allzu schnell in Abhängigkeit von der dafür herangezogenen Literatur. Historische Untersuchungen über die Sozial- und Organisationsstruktur der Arbeiterbewegung und über die Sozialstruktur ihrer Funktionäre sind allerdings nicht gerade häufig, zudem sind Witjes z. B. die frühen Untersuchungen von Bronder und Siemann<sup>1</sup> nicht bekannt. So kann es geschehen, daß – in perspektivischer Verkürzung – die Gewerkschaftsgeschichte des Kaiserreichs vorwiegend durch die »historisch-soziologische« Analyse Robert Michels' und durch Beiträge aus Enderle u. a. und durch Zitate von Rosa Luxemburg vermittelt erscheint. Michels als ›Real-Historiker der deutschen Arbeiterbewegung – das ist zumindest ungewöhnlich. Die vielschichtige Kritik an Michels wird mit einem Satz abgetan (S. 42), das Verhältnis zu Michels bleibt in der Folge entsprechend ungeklärt. Hier spätestens wundert es in der Rückschau den Leser, warum in der sonst so ausgezeichneten Einleitung keine Auseinandersetzung mit der Michelsschen Eliten-Theorie und den daraus abgeleiteten Ansätzen erfolgt ist. Sieht doch Witjes selbst die »besondere [...] übergreifende Problemstellung« seiner Arbeit darin, »daß die Fragen bezogen werden auf den besonderen historischen Prozeß des gewerkschaftlichen Struktur- und Funktionswandels«, wie er in seiner Arbeit »vor allem anhand der Werke von Michels und Briefs« beschrieben worden sei (S. 62). Gegen den Rückgriff auf Michelssche Fragestellungen ist an sich nichts einzuwenden, nur gerät man dabei leicht in Gefahr, dessen bekannte Vorurteile gegen die sogenannten ›Arbeiterführer‹ mitzuübernehmen: Erwartungsgemäß residieren dann auch die Gewerkschaftsoligarchen in ihrem »Kral« (S. 196) und stehen selbstverständlich im Gegensatz zur entmachteten Mitgliederbasis; innergewerkschaftliche Demokratie erscheint zu einem Schlagwort entwertet, um die Herrschaft der »Führer« über die »Geführten« zu legitimieren.

Im Gegensatz zu der nicht immer gelungenen Darstellung des historischen Rahmens vermag die methodische Konzeption der Arbeit insgesamt zu überzeugen. Die Darstellung der gewonnenen Ergebnisse zum Sozialprofil, zur Selektion und Zirkulation und zur innergewerkschaftlichen Stellung der Führungsgruppen ist übersichtlich gegliedert und macht den vollzogenen Forschungsprozeß von der Theoriebildung über die Begriffs- und Indikatorenbildung bis hin zu den empirischen Befunden transparent. Ergebnisse und Auswertung werden dadurch in einem bestimmten Maße überprüf- und vergleichbar; der interessierte Historiker findet hier zahlreiche Probleme exemplarisch aufgearbeitet, wie sie auch für die historische Elitenforschung bedeutsam, aber dort bislang noch unzureichend diskutiert sind. Das Datenmaterial, das der empirischen Untersuchung zugrunde lag, wurde durch Dokumentenanalyse und durch Sekundäranalyse erschlossen und durch mündliche Befragungen von Gewerkschaftsführern ergänzt. Ohne an dieser Stelle auf die allgemeine Repräsentativität der ausgewählten vier Einzelgewerkschaften und auf die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit anderen Elitestudien eingehen zu können, seien hier zwei Einwände gegen die Vorgehensweise erlaubt:

1. Sich der Kritik an den verschiedenen methodischen Ansätzen bewußt, versucht Witjes, Positions-, Entscheidungs- und Reputationsmethode zu verbinden, um insbesondere die innergewerkschaftlichen Entscheidungsprozesse bzw. die innergewerkschaftliche »faktische«

<sup>1</sup> *Dietrich Bronder*, Organisation und Führung der sozialistischen Arbeiterbewegung im Deutschen Reich 1890–1914, Diss. Göttingen 1952 (Masch.); *Joachim Siemann*, Der sozialdemokratische Arbeiterführer in der Zeit der Weimarer Republik, Diss. Göttingen 1956 (Masch.).

Machtstruktur zu analysieren. Die Beobachtung »formeller« Autoritätsstrukturen und die Analyse gesatzter Ordnungen, Geschäftsberichte und dergleichen mehr sind sicher notwendig, aber lassen – auch bei der Ergänzung durch die Interviews – keine verlässlichen Schlüsse auf die »faktische« Machtstruktur zu. Witjes räumt selbst ein, daß seine Arbeit in dieser Hinsicht »in vielen Fällen auf Vermutungen und indirekte Schlüsse angewiesen« sei, was ihre Ergebnisse »durchaus anfechtbar« mache (S. 245 f.). Für den Historiker gelten diese Bedenken bei der Anwendung der Entscheidungsmethode um so mehr, als er in der Regel eine schlechtere Quellenlage vorfindet und ihm zudem die Möglichkeit der Reputationsmethode als hilfreiches Korrektiv meist fehlt. Die Kombination von Entscheidungs- und Reputationsmethode wäre am ehesten bei einer engbegrenzten Fallstudie, z. B. über die Machtstruktur einer Einzelgewerkschaft oder über kleinere gewerkschaftliche Einheiten, mit mehr Aussicht auf Erfolg denkbar. Eine derartige umfassende Untersuchung konnte Witjes in seiner Arbeit allerdings nicht leisten, eine Einschränkung seines empirischen Untersuchungsbereichs zur Intensivierung oder auch die Erweiterung des Bereiches zur Generalisierung (unter Verzicht auf detaillierte empirische Befunde) wären dafür vielleicht Lösungen gewesen.

2. Der Einbezug der historischen Dimension in die empirische Untersuchung wird nur teilweise eingelöst, denn allein die »Differenzierung nach Generationen« kann nur unvollkommen den Wandel im untersuchten Zeitraum erfassen (S. 151). Neben der realisierten allgemeinen Analyse aller Gewerkschaftsführer im gesamten Zeitraum (unabhängig von Amtsperioden etc.) hätte besser der strukturelle Wandel in der Zeit vermittelt einer Reihe von Querschnittsanalysen (z. B. mit markanten historischen Schnittpunkten auf der Zeitachse: die Gewerkschaftsführung 1953, ...) untersucht und dargestellt werden sollen. Die naheliegende Frage des Historikers, der sich mit der Geschichte der Bundesrepublik beschäftigt, nach der spezifischen Struktur der gewerkschaftlichen Führungsgruppen (nicht nur Name und Amt) während einer bestimmten zeitlichen Phase, um den denkbaren Zusammenhang zwischen Struktur und Verhalten der Führungsgruppen zu analysieren, bleibt daher unbeantwortet. Nicht nur bei der mangelnden historischen Dimensionierung bedauert man, daß Witjes sich für die Auswertung seines reichen Materials nicht die Vorzüge der EDV zunutze gemacht und sich mit einer einfachen Auswertung mit Randlochkarten begnügt hat.

Nach den Ergebnissen von Witjes läßt sich kein grundsätzlicher Wandel der »Sozialfigur ›Gewerkschaftsführer« (S. 370) feststellen. Noch immer entstammt der typische Gewerkschaftsführer den unteren Gesellschaftsschichten, hat nur eine einfache Schul- und Berufsausbildung absolviert und arbeitet ca. 15 Jahre im Beruf, bevor er in seiner Gewerkschaftsorganisation als hauptamtlicher Funktionär eingestellt wurde. Von einer systematischen Ausbildung für seine »Führungs«tätigkeit seien bestenfalls Ansätze verwirklicht; trotz der Ausdehnung und Ausdifferenzierung gewerkschaftlicher Aufgaben vollzogen sich innerhalb der Gewerkschaftsführung kaum eine Spezialisierung und eine Verfestigung bestimmter sequentieller Karrieremuster. Das Delegationsprinzip sei bei der Auswahl des Führungspersonals »de facto« aufgehoben gewesen, die Auswahlentscheidungen in informelle Entscheidungsprozesse der Führung verlagert. Diesem »Verfahren konsultativer Kooptation« entspreche auch die verhältnismäßig geringe und kontinuierliche Zirkulation, die größere Veränderungen in den Vorstandsgremien ausgeschlossen habe. Dagegen habe sich »hinsichtlich der Stellung der Führung in den innergewerkschaftlichen Machtstrukturen« ein erheblicher Wandel vollzogen: »Zentralisierung der Willensbildung«, »Entwicklung einer ausgeprägten Weisungs- und Kontrollhierarchie«, »Wachstum der Bürokratien«, »Schwächung der zentralen Beschluß- und Kontrollgremien als Gegengewichte« und »Autonomieverlust der unteren Gliederungen« seien dabei charakteristische Veränderungen gewesen.

Wie man auch immer zu Witjes' Forschungsergebnissen stehen mag, die sicherlich einer Überprüfung und Ergänzung bedürfen, so beleuchten sie detailliert ein weites Forschungs-

feld, das bislang noch als eine echte ›black-box‹ der Forschung gelten darf, und stellen einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung des Forschungsdefizits dar. Von der selbst beschriebenen crux der Elitestudien vermag sich letztlich auch Witjes nicht zu befreien; die empirische Elitenforschung hat bislang nur Ansätze zur Lösung ihrer eigenen theoretischen und methodischen Probleme gefunden.

Wilhelm Heinz Schröder

Mirella Larizza Lolli, *Il sansimonismo (1825–1830). Un'ideologia per lo sviluppo industriale* (= Pubblicazioni dell'Istituto di scienze politiche dell'Università di Torino 34), Edizioni Giappichelli, Torino 1976, IV, 401 S., kart., Lit. 8000.

Der Untertitel gibt den interpretatorischen Leitgedanken des Werks an: der Saint-Simonismus als eine Ideologie der Industrialisierung. Unter diesem Gesichtspunkt werden die erste Zeitschrift der Anhänger Saint-Simons, »Le Producteur« (Okt. 1825 – Okt. 1826), und die öffentliche »Exposition de la doctrine« des Meisters (Dez. 1828 – Juni 1830) analysiert. Diesen beiden Schriften sind die zwei Teile des Buchs gewidmet. Die Analyse des »Producteur« wird stets auf die Probleme des »démarrage« der französischen Industrialisierung bezogen, die anhand der Ergebnisse der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung diskutiert werden. Hieraus ergibt sich ein Bild des frühen Saint-Simonismus als Entwicklungs- und Erziehungsdiktatur mit einigen erschreckend »modernen« Zügen. Im Gegensatz zu vielen anderen Interpreten sieht die Autorin zwischen den Gedanken, wie sie im »Producteur« entwickelt werden, und den beiden Teilen der »Exposition« keinen Bruch, sondern betont die »continuità sostanziale« in der Ausbildung und Weiterentwicklung der saint-simonistischen Doktrin (S. 251 ff.). Die scheinbare Radikalisierung der Lehre und ihre religiös-theokratische Transformation seien als Antworten auf die Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung und der gesellschaftlichen Organisation zu verstehen, welche die schwere Wirtschafts- und Sozialkrise der ausgehenden Restaurationszeit aufgeworfen habe. Dementsprechend nimmt diese Krise, die manche Ökonometriker gar nicht wahrhaben wollen, einen verhältnismäßig breiten Raum am Anfang des zweiten Teils der Darstellung ein. Da es für die Autorin außer Frage steht, daß die ursprünglichen Ziele von Enfantin, Bazard, Rodrigues usw. im wesentlichen unverändert geblieben sind und die »religiöse Wende« des Saint-Simonismus aus dem Bedürfnis erklärt werden muß, die arbeitsteilige Industriegesellschaft und ihren hierarchischen Aufbau durch einen möglichst umfassenden ideologischen Konsensus zu legitimieren und abzusichern, weist sie folgerichtig alle Deutungen zurück, die den Saint-Simonismus als eine Strömung innerhalb des Frühsozialismus auffassen (S. 311 ff.). Diese höchst lesenswerte Interpretation gewinnt noch dadurch an Wert, daß sie sich auch auf noch unveröffentlichte Dokumente stützt (hauptsächlich den Fonds Enfantin in der Bibliothèque de l'Arsenal) und die umfangreiche ältere und neuere Literatur zum Thema berücksichtigt.

Volker Hunecke

Astrid Steinmetz, *Kommunitarische Experimente in den USA im 19. Jahrhundert. Verzeichnis des Bestandes im Karl-Marx-Haus Trier* (= Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier, H. 19), Trier 1977, 38 S., kart., 5 DM.

Das Karl-Marx-Haus Trier besitzt eine wertvolle Sammlung sozialistischer/radikaler Literatur im Original. 1974 erwarb es aus den USA die sogenannte Adams-Collection. Astrid Steinmetz erschließt einen Teilbestand dieser Sammlung: Quellen und Literatur zur amerikanischen Community-Bewegung des 19. Jahrhunderts. Steinmetz bestimmt einleitend den Begriff ›kommunitarisches Experiment‹ und berichtet knapp über die ›religiös-sektiererischen‹ communities der Shakers und der Rappisten, über die owenistischen und fourieristischen praktischen Versuche der 1820er und 1840/50er, über die ›religiös-sozialistischen‹

feld, das bislang noch als eine echte ›black-box‹ der Forschung gelten darf, und stellen einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung des Forschungsdefizits dar. Von der selbst beschriebenen crux der Elitestudien vermag sich letztlich auch Witjes nicht zu befreien; die empirische Elitenforschung hat bislang nur Ansätze zur Lösung ihrer eigenen theoretischen und methodischen Probleme gefunden.

Wilhelm Heinz Schröder

Mirella Larizza Lolli, *Il sansimonismo (1825–1830). Un'ideologia per lo sviluppo industriale* (= Pubblicazioni dell'Istituto di scienze politiche dell'Università di Torino 34), Edizioni Giappichelli, Torino 1976, IV, 401 S., kart., Lit. 8000.

Der Untertitel gibt den interpretatorischen Leitgedanken des Werks an: der Saint-Simonismus als eine Ideologie der Industrialisierung. Unter diesem Gesichtspunkt werden die erste Zeitschrift der Anhänger Saint-Simons, »Le Producteur« (Okt. 1825 – Okt. 1826), und die öffentliche »Exposition de la doctrine« des Meisters (Dez. 1828 – Juni 1830) analysiert. Diesen beiden Schriften sind die zwei Teile des Buchs gewidmet. Die Analyse des »Producteur« wird stets auf die Probleme des »démarrage« der französischen Industrialisierung bezogen, die anhand der Ergebnisse der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung diskutiert werden. Hieraus ergibt sich ein Bild des frühen Saint-Simonismus als Entwicklungs- und Erziehungsdiktatur mit einigen erschreckend »modernen« Zügen. Im Gegensatz zu vielen anderen Interpreten sieht die Autorin zwischen den Gedanken, wie sie im »Producteur« entwickelt werden, und den beiden Teilen der »Exposition« keinen Bruch, sondern betont die »continuità sostanziale« in der Ausbildung und Weiterentwicklung der saint-simonistischen Doktrin (S. 251 ff.). Die scheinbare Radikalisierung der Lehre und ihre religiös-theokratische Transformation seien als Antworten auf die Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung und der gesellschaftlichen Organisation zu verstehen, welche die schwere Wirtschafts- und Sozialkrise der ausgehenden Restaurationszeit aufgeworfen habe. Dementsprechend nimmt diese Krise, die manche Ökonometriker gar nicht wahrhaben wollen, einen verhältnismäßig breiten Raum am Anfang des zweiten Teils der Darstellung ein. Da es für die Autorin außer Frage steht, daß die ursprünglichen Ziele von Enfantin, Bazard, Rodrigues usw. im wesentlichen unverändert geblieben sind und die »religiöse Wende« des Saint-Simonismus aus dem Bedürfnis erklärt werden muß, die arbeitsteilige Industriegesellschaft und ihren hierarchischen Aufbau durch einen möglichst umfassenden ideologischen Konsensus zu legitimieren und abzusichern, weist sie folgerichtig alle Deutungen zurück, die den Saint-Simonismus als eine Strömung innerhalb des Frühsozialismus auffassen (S. 311 ff.). Diese höchst lesenswerte Interpretation gewinnt noch dadurch an Wert, daß sie sich auch auf noch unveröffentlichte Dokumente stützt (hauptsächlich den Fonds Enfantin in der Bibliothèque de l'Arsenal) und die umfangreiche ältere und neuere Literatur zum Thema berücksichtigt.

Volker Hunecke

Astrid Steinmetz, *Kommunitarische Experimente in den USA im 19. Jahrhundert. Verzeichnis des Bestandes im Karl-Marx-Haus Trier* (= Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier, H. 19), Trier 1977, 38 S., kart., 5 DM.

Das Karl-Marx-Haus Trier besitzt eine wertvolle Sammlung sozialistischer/radikaler Literatur im Original. 1974 erwarb es aus den USA die sogenannte Adams-Collection. Astrid Steinmetz erschließt einen Teilbestand dieser Sammlung: Quellen und Literatur zur amerikanischen Community-Bewegung des 19. Jahrhunderts. Steinmetz bestimmt einleitend den Begriff ›kommunitarisches Experiment‹ und berichtet knapp über die ›religiös-sektiererischen‹ communities der Shakers und der Rappisten, über die owenistischen und fourieristischen praktischen Versuche der 1820er und 1840/50er, über die ›religiös-sozialistischen‹

feld, das bislang noch als eine echte ›black-box‹ der Forschung gelten darf, und stellen einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung des Forschungsdefizits dar. Von der selbst beschriebenen crux der Elitestudien vermag sich letztlich auch Witjes nicht zu befreien; die empirische Elitenforschung hat bislang nur Ansätze zur Lösung ihrer eigenen theoretischen und methodischen Probleme gefunden.

Wilhelm Heinz Schröder

Mirella Larizza Lolli, *Il sansimonismo (1825–1830). Un'ideologia per lo sviluppo industriale* (= Pubblicazioni dell'Istituto di scienze politiche dell'Università di Torino 34), Edizioni Giappichelli, Torino 1976, IV, 401 S., kart., Lit. 8000.

Der Untertitel gibt den interpretatorischen Leitgedanken des Werks an: der Saint-Simonismus als eine Ideologie der Industrialisierung. Unter diesem Gesichtspunkt werden die erste Zeitschrift der Anhänger Saint-Simons, »Le Producteur« (Okt. 1825 – Okt. 1826), und die öffentliche »Exposition de la doctrine« des Meisters (Dez. 1828 – Juni 1830) analysiert. Diesen beiden Schriften sind die zwei Teile des Buchs gewidmet. Die Analyse des »Producteur« wird stets auf die Probleme des »démarrage« der französischen Industrialisierung bezogen, die anhand der Ergebnisse der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung diskutiert werden. Hieraus ergibt sich ein Bild des frühen Saint-Simonismus als Entwicklungs- und Erziehungsdiktatur mit einigen erschreckend »modernen« Zügen. Im Gegensatz zu vielen anderen Interpreten sieht die Autorin zwischen den Gedanken, wie sie im »Producteur« entwickelt werden, und den beiden Teilen der »Exposition« keinen Bruch, sondern betont die »continuità sostanziale« in der Ausbildung und Weiterentwicklung der saint-simonistischen Doktrin (S. 251 ff.). Die scheinbare Radikalisierung der Lehre und ihre religiös-theokratische Transformation seien als Antworten auf die Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung und der gesellschaftlichen Organisation zu verstehen, welche die schwere Wirtschafts- und Sozialkrise der ausgehenden Restaurationszeit aufgeworfen habe. Dementsprechend nimmt diese Krise, die manche Ökonometriker gar nicht wahrhaben wollen, einen verhältnismäßig breiten Raum am Anfang des zweiten Teils der Darstellung ein. Da es für die Autorin außer Frage steht, daß die ursprünglichen Ziele von Enfantin, Bazard, Rodrigues usw. im wesentlichen unverändert geblieben sind und die »religiöse Wende« des Saint-Simonismus aus dem Bedürfnis erklärt werden muß, die arbeitsteilige Industriegesellschaft und ihren hierarchischen Aufbau durch einen möglichst umfassenden ideologischen Konsensus zu legitimieren und abzusichern, weist sie folgerichtig alle Deutungen zurück, die den Saint-Simonismus als eine Strömung innerhalb des Frühsozialismus auffassen (S. 311 ff.). Diese höchst lesenswerte Interpretation gewinnt noch dadurch an Wert, daß sie sich auch auf noch unveröffentlichte Dokumente stützt (hauptsächlich den Fonds Enfantin in der Bibliothèque de l'Arsenal) und die umfangreiche ältere und neuere Literatur zum Thema berücksichtigt.

Volker Hunecke

Astrid Steinmetz, *Kommunitarische Experimente in den USA im 19. Jahrhundert. Verzeichnis des Bestandes im Karl-Marx-Haus Trier* (= Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier, H. 19), Trier 1977, 38 S., kart., 5 DM.

Das Karl-Marx-Haus Trier besitzt eine wertvolle Sammlung sozialistischer/radikaler Literatur im Original. 1974 erwarb es aus den USA die sogenannte Adams-Collection. Astrid Steinmetz erschließt einen Teilbestand dieser Sammlung: Quellen und Literatur zur amerikanischen Community-Bewegung des 19. Jahrhunderts. Steinmetz bestimmt einleitend den Begriff ›kommunitarisches Experiment‹ und berichtet knapp über die ›religiös-sektiererischen‹ communities der Shakers und der Rappisten, über die owenistischen und fourieristischen praktischen Versuche der 1820er und 1840/50er, über die ›religiös-sozialistischen‹

communities Hopedale/Massachusetts und Oneida im Staat New York, schließlich über die Gründungen Etienne Cabets und der Ikarier ab 1848/49. Im Hauptteil folgt – durch Abbildungen ergänzt – das erläuterte Verzeichnis der mehr als hundert einschlägigen Titel aus der Adams-Collection.

Bisher fehlt jede Klarheit über den Ort der ›kommunitarischen Experimente‹ in der sozialen Bewegung und folglich darüber, auf welchen Begriff sie zu bringen sind. Die Forschung kennt ›communitic‹, ›social‹ oder ›communal experiments‹, untersucht ›experimental‹, ›communitic‹ oder ›social communities‹. Das Beiwort ›communitic‹ bleibt Ausnahme, weil den Siedlungen die wirklich *kommunistische* Praxis oft bestritten wird. Die neuere amerikanische Forschung fragt häufiger nach ›communitarian experiments‹ und ›communitarianism‹ (besonders Arthur E. Bestor 1950/1970) oder nach ›utopian communities/colonies‹ (Holloway 1951/1966, Hine 1953, Kanter 1972, Muncy 1973). Steinmetz hält sich an diese inzwischen bevorzugte, wenn auch keineswegs durchgesetzte Begrifflichkeit und handelt von ›kommunitarischen‹ Versuchen. Ihr ›kommunitarisch‹ ist aus dem englischen ›communitarian‹ eingedeutscht. Dieses Beiwort, zu ›Kommune‹/›community‹ gebildet, dient »der Kennzeichnung bestimmter, in sich geschlossener Gemeinschaften mit dem Ziel der sozialen Reorganisation, ist also in Verbindung mit einem praktischen Experiment zu gebrauchen« (S. 5, Anm. 2).

Mit Recht besteht Steinmetz darauf, zum Beispiel ›religiös-sektiererische‹ und ›religiös-sozialistische‹ communities gehörig auseinanderzuhalten. Gleichzeitig funktioniert die Leitbestimmung ›kommunitarisch‹ als Mittel, die Unterschiede abzuschwächen und möglichst viel Einheit zu sichern. Die Shakers und Robert Owens New Harmony werden unter dasselbe Begriffsdach gebracht. Damit ist – vermutlich ohne Absicht – in Kernfragen vorentschieden. Wenn die owenistischen und fourieristischen praktischen Versuche die soziale Bewegung mit ausmachen, gehören Shakers und Rappisten dazu. Sollte es keinen Grund geben, Shakers und Rappisten einzubeziehen, ist bei den owenistischen und fourieristischen communities der Gedanke an soziale Bewegung bestenfalls Nebensache. Es geht hier nicht darum, Steinmetz dieses oder jenes Urteil zu unterstellen, vielmehr um den betonten Hinweis auf Konsequenzen aus der Leitbestimmung, die nicht gleichgültig bleiben können. In der amerikanischen Communitarianism-Forschung sind Neigungen zur zweiten Antwort längst deutlich. Ich halte diese Antwort für falsch, ohne damit Shakers und Rappisten in die soziale Bewegung hereinzuholen. Was beide vielleicht doch mit ihr zu tun haben, müßte u. a. die Analyse ergeben, inwieweit die Praxis der Shakers und Rappisten zurückgeht auf religiös verkleideten sozialen Protest aus den sogenannten Unterschichten.

Der Community-Teil der Adams-Collection umfaßt neben Literatur, die neuerdings als Reprint greifbar ist oder in wissenschaftlichen Bibliotheken der Bundesrepublik nicht gänzlich fehlen wird, die seltensten Stücke, voran das Hauptorgan der amerikanischen Fourieristen Mitte der 1840er Jahre *The Harbinger* (vgl. S. 26, Nr. 48). Weiter sind zu nennen der kritische Bericht James M'Knights 1826 über die owenistische Franklin Community (vgl. S. 23, Nr. 30) oder Mary Hennells Pilotversuch 1844, »Kooperation, theoretische Systeme und praktische Gemeinschaften von der Antike an zu erfassen und zu beleuchten« (S. 17, Nr. 1). Interessantes Material findet sich zu den ikarischen Gründungen ab 1848/49, so ein sechsspaltig bedrucktes Plakat vom Januar 1856 mit der rechtfertigenden Antwort auf Vorwürfe der Opposition in Nauvoo gegen Cabet (vgl. S. 33, Nr. 86), so ein Schreiben Alexis Armel Marchands aus Nauvoo an die International Association in London vom September 1858, betreffend den Streit in der ikarischen Bewegung (vgl. S. 35, Nr. 95; S. 35–37 Abdruck des Briefes).

Die Publikation aus dem Karl-Marx-Haus macht die Forschung aufmerksam auf eine für die Bundesrepublik gesehen bedeutende Sammlung von Quellen und Literatur zu den amerikanischen communities des 19. Jahrhunderts. Im europäischen Ausland verfügt das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam über einen besonders reichen

Bestand zum Thema, den Steinmetz ausdrücklich erwähnt. (Der gedruckte Institutskatalog: *Alfabetische Catalogus van de Boeken en Brochures van het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam*, 12 Bände, Boston 1970.) Als gut kommentierte Bibliographie erleichtert die Publikation die Orientierung und vermittelt nützliche Informationen über seltene Titel. Die Hauptsache: Steinmetz bestimmt ihre Arbeit dazu, die mit der sozialen Bewegung befaßte Forschung – besonders die inländische – für den vorgeführten Gegenstand zu interessieren. »Erstens spiegeln sich in den einzelnen kommunitarischen Gründungen die verschiedenen Sozialtheorien der europäischen Frühsozialisten Owen, Fourier und Cabet wider. Diese vermitteln damit den Eindruck von der Dialektik von Theorie und Praxis in überschaubaren Einheiten, die Modellcharakter beanspruchen können. Zweitens konnten die europäischen Frühsozialisten bei ihren Mustersiedlungen auf einer durch religiöse Kommunen schon gefestigten Tradition aufbauen, so daß die Kommunebewegung ein amerikanisches sozialgeschichtliches Phänomen darstellt, das in der europäischen Geschichte ohne Beispiel ist« (S. 5). Man kann weitere Gründe nennen – mindestens ebenso triftige –, warum die amerikanischen communities geschichtswissenschaftlich interessieren; zur Zeit bedeutet es bereits viel, wenn von Gründen überhaupt die Rede ist.

Nachbemerkung über einen sachlichen Fehler. In Europa bleibt der Frühsozialismus laut Steinmetz (S. 15) bloße Theorie, in den USA kommt es zur »Umsetzung in die Praxis«. Die owenistische community Harmony Hall oder Queenwood, die von 1839 bis 1845 und damit vergleichsweise lange besteht, ist eine Gründung nahe der Südküste Englands, und sie ist nicht einmal der einzige vormarxistisch-sozialistische Community-Versuch damals in Europa.

Manfred Hahn

Christian Giordano, *Handwerker- und Bauernverbände in der sizilianischen Gesellschaft. Zünfte, Handwerkerkonfraternitäten und Arbeiterhilfsvereine zwischen 1750 und 1890. Mit einer Einführung von W. E. Mühlmann: Heidelberger Sizilienforschung: Ein Rückblick nach zwölf Jahren (= Heidelberger Sociologica 14), Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1975, XXII, 198 S., Ln., 39 DM.*

In der Einleitung und Zusammenfassung stellt der Autor klar, daß die Arbeit nur einzelne Aspekte des im Titel angekündigten Themas behandelt. Die sizilianischen Zünfte (Maestranze) sowie die von diesen oft nur schwer unterscheidbaren religiösen Bruderschaften der Handwerker (Konfraternitäten) werden für das Jahrhundert vor der Einigung Italiens und die Hilfsvereine der Handwerker, Arbeiter und Bauern (Società di Mutuo Soccorso) bis zum Vorabend der Bewegung der Fasci Siciliani (1893/94) im wesentlichen unter zwei Aspekten betrachtet: »den Interrelationen zwischen diesen Verbänden und den Erscheinungen von Klientelismus und Patronage einerseits und Fakkionalismus in politischen Kämpfen andererseits« (S. 146). Die Arbeit, eine Frucht des »Sizilien-Projekts«, das unter der Leitung von W. E. Mühlmann am Institut für Soziologie und Ethnologie der Universität Heidelberg seit vielen Jahren besteht, kombiniert soziologische und historische Betrachtungsweisen und versucht, die Analyse der gegenwärtigen Misere der Insel durch einen historischen Exkurs zu vertiefen. Ob dabei ein »besonders gelungener Beitrag« (Mühlmann, S. XI, Sternnote) für die soziologische Forschung herausgekommen ist, mag hier dahingestellt bleiben; dem Historiker erscheint das Resultat in einem weniger günstigen Licht. Den geringsten Widerspruch fordern die beiden einleitenden Kapitel heraus, die einen knappen, geschichtlich weit ausholenden Überblick über die oben genannten Korporationen und Vereine geben sowie einen Abriss der Sozialstruktur Siziliens im 18. und 19. Jahrhundert. Beide Kapitel enthalten nur dort Neues, wo der Autor auf einige kleinere, von ihm etwas genauer untersuchte Gemeinden eingeht (besonders Gangi in der Provinz Paler-

Bestand zum Thema, den Steinmetz ausdrücklich erwähnt. (Der gedruckte Institutskatalog: *Alfabetische Catalogus van de Boeken en Brochures van het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis* Amsterdam, 12 Bände, Boston 1970.) Als gut kommentierte Bibliographie erleichtert die Publikation die Orientierung und vermittelt nützliche Informationen über seltene Titel. Die Hauptsache: Steinmetz bestimmt ihre Arbeit dazu, die mit der sozialen Bewegung befaßte Forschung – besonders die inländische – für den vorgeführten Gegenstand zu interessieren. »Erstens spiegeln sich in den einzelnen kommunitarischen Gründungen die verschiedenen Sozialtheorien der europäischen Frühsozialisten Owen, Fourier und Cabet wider. Diese vermitteln damit den Eindruck von der Dialektik von Theorie und Praxis in überschaubaren Einheiten, die Modellcharakter beanspruchen können. Zweitens konnten die europäischen Frühsozialisten bei ihren Mustersiedlungen auf einer durch religiöse Kommunen schon gefestigten Tradition aufbauen, so daß die Kommunebewegung ein amerikanisches sozialgeschichtliches Phänomen darstellt, das in der europäischen Geschichte ohne Beispiel ist« (S. 5). Man kann weitere Gründe nennen – mindestens ebenso triftige –, warum die amerikanischen communities geschichtswissenschaftlich interessieren; zur Zeit bedeutet es bereits viel, wenn von Gründen überhaupt die Rede ist.

Nachbemerkung über einen sachlichen Fehler. In Europa bleibt der Frühsozialismus laut Steinmetz (S. 15) bloße Theorie, in den USA kommt es zur »Umsetzung in die Praxis«. Die owenistische community Harmony Hall oder Queenwood, die von 1839 bis 1845 und damit vergleichsweise lange besteht, ist eine Gründung nahe der Südküste Englands, und sie ist nicht einmal der einzige vormarxistisch-sozialistische Community-Versuch damals in Europa.

Manfred Hahn

Christian Giordano, Handwerker- und Bauernverbände in der sizilianischen Gesellschaft. Zünfte, Handwerkerkonfraternitäten und Arbeiterhilfsvereine zwischen 1750 und 1890. Mit einer Einführung von W. E. Mühlmann: *Heidelberger Sizilienforschung: Ein Rückblick nach zwölf Jahren* (= *Heidelberger Sociologica* 14), Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1975, XXII, 198 S., Ln., 39 DM.

In der Einleitung und Zusammenfassung stellt der Autor klar, daß die Arbeit nur einzelne Aspekte des im Titel angekündigten Themas behandelt. Die sizilianischen Zünfte (Maestranze) sowie die von diesen oft nur schwer unterscheidbaren religiösen Bruderschaften der Handwerker (Konfraternitäten) werden für das Jahrhundert vor der Einigung Italiens und die Hilfsvereine der Handwerker, Arbeiter und Bauern (*Società di Mutuo Soccorso*) bis zum Vorabend der Bewegung der *Fasci Siciliani* (1893/94) im wesentlichen unter zwei Aspekten betrachtet: »den Interrelationen zwischen diesen Verbänden und den Erscheinungen von Klientelismus und Patronage einerseits und Faktionalismus in politischen Kämpfen andererseits« (S. 146). Die Arbeit, eine Frucht des »Sizilien-Projekts«, das unter der Leitung von W. E. Mühlmann am Institut für Soziologie und Ethnologie der Universität Heidelberg seit vielen Jahren besteht, kombiniert soziologische und historische Betrachtungsweisen und versucht, die Analyse der gegenwärtigen Misere der Insel durch einen historischen Exkurs zu vertiefen. Ob dabei ein »besonders gelungener Beitrag« (Mühlmann, S. XI, Sternnote) für die soziologische Forschung herausgekommen ist, mag hier dahingestellt bleiben; dem Historiker erscheint das Resultat in einem weniger günstigen Licht. Den geringsten Widerspruch fordern die beiden einleitenden Kapitel heraus, die einen knappen, geschichtlich weit ausholenden Überblick über die oben genannten Korporationen und Vereine geben sowie einen Abriss der Sozialstruktur Siziliens im 18. und 19. Jahrhundert. Beide Kapitel enthalten nur dort Neues, wo der Autor auf einige kleinere, von ihm etwas genauer untersuchte Gemeinden eingeht (besonders Gangi in der Provinz Paler-

mo). Zu S. 50 f. ist lediglich anzumerken, daß es nach der Wahlreform von 1882 deswegen zu keinem »Anwachsen der Teilnahme der Handwerker an der lokalen politischen Machtverteilung« kam (und kommen konnte), weil damals nur der Kreis der Parlamentswahlberechtigten erweitert wurde. Das Herzstück der Untersuchung bilden die Kapitel 3 und 4, in denen in paralleler Anordnung jeweils Strukturen und Funktionen der Maestranze und Konfraternitäten sowie der Arbeiterhilfsvereine untersucht werden. Von da an spricht der Soziologe und schweigt der Historiker. Die im 2. Kapitel angedeuteten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wandlungen innerhalb des über hundertjährigen Untersuchungszeitraums gibt es nicht mehr; 1750 ist jetzt so gut wie 1860. Historische Fakten und Ereignisse werden besonders im 3. Kapitel fast durchweg ohne Zeit- und Ortsangabe präsentiert, eine Menge von Einzelbeispielen wird genannt, welche die laufend vorgenommenen Verallgemeinerungen nicht genügend untermauern. Um zu belegen, daß »sehr oft« Vorbestrafte und Angeklagte den Arbeitervereinen angehörten, werden zwei Beispiele genannt (S. 111). »Als wichtigste Leistung, die die Patrone als Anführer der Arbeiterhilfsvereine ihren Klienten, den Mitgliedern der Vereine, gewährten«, wird die Beschaffung von Land genannt; diese Behauptung stützt sich auf gerade ein Beispiel (S. 120 f.). Auf S. 107 f. wird der »idealtypische« Aufstieg eines Landarbeitersohns zum Meister konstruiert; wiederum nur ein Beleg, aus dem überdies gefolgert wird, daß »der so beschriebene soziale Aufstieg nicht allen Mitgliedern der Maestranze und Handwerkerkonfraternitäten möglich« gewesen sei (S. 107 f. und 44; Hervorhebung von mir). Um die politischen Funktionen dieser Körperschaften in den Faktionskämpfen zu illustrieren, führt der Autor acht der wichtigsten Revolten und Aufstände an; allerdings fallen nur zwei von ihnen in den behandelten Zeitraum (S. 99 ff.). Um die Arbeiterhilfsvereine generell als »mafiose Selbsthilfeinstitutionen« erscheinen zu lassen, werden gerade fünf Belege beigebracht, während über die vielen hundert anderen Vereine in diesem Zusammenhang kein Wort fällt (S. 129 ff.). Das ist kein zufälliges Versehen, sondern hängt mit der größten Schwäche der Arbeit zusammen: In ihren zentralen Kapiteln macht der Autor weder sich selbst noch dem Leser genügend klar, daß er bloß *Teilaspekte* der sizilianischen Handwerker- und Arbeiterassoziationen betrachtet. Diese Unterlassung führt ihn immer wieder zu einseitigen oder geradezu falschen Verallgemeinerungen und Schlüssen, die besonders die Arbeiterhilfsvereine in einem völlig falschen Licht erscheinen lassen. Zu dem Schluß, daß diese »im Grunde eine einzige »wahlpolitische« Funktion« gehabt hätten (S. 146), kann man nur dann gelangen, wenn man ihre tatsächlich wichtigsten Funktionen in acht Zeilen abtut (S. 145). Die postulierte Interrelation zwischen Arbeitervereinen und klientären Strukturen ist tatsächlich nur in wenigen Fällen nachgewiesen worden; ebenso das »mafiose Verhalten« als ein angeblicher Grundzug der Arbeitervereine. Damit bleibt auch die These unbewiesen, daß die Società di Mutuo Soccorso »in kaum einem Fall Mittel zur Emanzipierung der Handwerker, Arbeiter und Bauern« gewesen seien. Wahrscheinlich wäre der Autor zu einem ganz anderen Schluß gelangt, wenn er seine Untersuchung nicht unmittelbar vor der mächtigen Aufstandsbewegung der Fasci Siciliani angehalten, sondern es unternommen hätte, diese vor dem Hintergrund der langjährigen Organisationsbestrebungen der sizilianischen Bauern und Arbeiter zu analysieren. Dann hätte er auch bemerkt, daß die von ihm allein berücksichtigten staatlicherseits registrierten Hilfsvereine (aus denen die Unterstützungsvereine der Angestellten, Freiberuflichen usw. nicht ausgeschieden sind) nur einen Ausschnitt aus dem dichten Netzwerk der damals bestehenden Arbeiterorganisationen wiedergeben. Diese einseitige Bevorzugung administrativer Quellen, die im Grunde nur den Polizeistandpunkt widerspiegeln, verfälscht die wirkliche Geschichte der sizilianischen Bauern und Arbeiter, die auch und nicht bloß am Rande ein allgemeiner Kampf gegen Unterdrückung und für ein besseres Leben aller gewesen ist. Die hier nur in aller Kürze angemeldeten Vorbehalte gegen Giordanos Dissertation richten sich weniger gegen den einzelnen Autor als vielmehr gegen die immer häufigeren forscher Versuche von Soziologen,

ihrem Fach die Geschichte in Bruchstücken einzuverleiben und alles außer acht zu lassen, was sich ihren »Modellen« nicht einfügt. Den größten Schaden von einem solchen Vorgehen hat die Soziologie selbst.

Volker Hunecke

Christian Müller, Arbeiterbewegung und Unternehmerpolitik in der aufstrebenden Industriestadt. Baden nach der Gründung der Firma Brown Boveri 1891–1914, Verlag Sauerländer, Aarau 1974, 221 S., kart., sFr. 28,-.

Robert Walter Aemmer, Die Sozialdemokratie im Kanton Bern 1890–1914, Juris Druck und Verlag, Zürich 1974, 302 S., kart., sFr. 48,-.

Von der Schweiz, dem klassischen Gastland politischer Emigranten, sind seit der Epoche des Frühsozialismus immer wieder Impulse auf die europäische Arbeiterbewegung ausgegangen. Andererseits ist die Eidgenossenschaft dadurch selber zum Schauplatz von Macht- und Richtungskämpfen im internationalen Sozialismus geworden. Seit Erich Gruners sachlich und methodisch großartiger Gesamtdarstellung der schweizerischen Arbeiterbewegung (1968) sind nicht nur diese Zusammenhänge im einzelnen überschaubar, sondern auch die spezifischen Eigenarten und Sonderformen sozialer Konflikte unter den Bedingungen der schweizerischen Demokratie hervorgetreten. Mikroskopisch angelegte Regional- und Lokalstudien können hier weitere Erkenntnisse bringen. So dürfen auch die beiden hier vorliegenden Dissertationen, solange Gruners im wesentlichen bis 1880 reichende Untersuchung keine Fortsetzung erfahren hat, mehr als nur regionalgeschichtliches Interesse beanspruchen.

*Chr. Müllers* Züricher Dissertation stellt an einem weiteren Beispiel dar, wie die Gründung eines einzigen Großbetriebs gleichsam als Initialzündung für die Industrialisierung wirken konnte und dann die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen einer bisher in ländlichem Umfeld gelegenen Kleinstadt in kürzester Zeit grundlegend veränderte. Die Errichtung der Generatorenfabrik Brown Boveri, binnen weniger Jahre ein Unternehmen mit einer Belegschaft von 2000 Personen, führte durch ihr eigenes Arbeitsplatzangebot sowie die nachfolgende Konjunkturbelebung auf dem Baumarkt und bei dem älteren bodenständigen industriellen Kleingewerbe nicht nur in Baden selbst, sondern auch in der ganzen Nachbarregion zu einem statistisch nachvollziehbaren sprunghaften Anwachsen der Bevölkerungszahlen, das den sozialen Gegensätzen eine neue Dimension verlieh.

Dennoch waren es offenbar weniger die erbärmlichen materiellen Lebensbedingungen, die der Verfasser durch Vergleichsanalysen von Lohnniveau und Lebenshaltungskosten einprägsam darzustellen weiß, als vielmehr die Unzufriedenheit mit entwürdigender Behandlung am Arbeitsplatz und der Kampf um die Anerkennung des Koalitionsrechts, die den im Mittelpunkt der Untersuchung stehenden kostspieligen und folgenreichen Streik von 1899 verursachten. Der geschlossen und diszipliniert durchgeführte Ausstand fand die Unterstützung des Gewerkschaftsbundes, stieß bei Presse und kommunalen Behörden auf Verständnis, setzte die Unternehmer durch Ertragsausfall unter erheblichen Druck und endete mit einer Schlichtung, deren Ergebnis die Errichtung einer Arbeiterkommission im Betrieb war. Paritätisch aus Vertrauensleuten der Firmenleitung und Vertretern der Arbeitervereine zusammengesetzt, statutarisch vom Wohlwollen der Unternehmer abhängig und lange Zeit als Hindernis für konsequente Gewerkschaftsarbeit betrachtet, scheint die Kommission für das Betriebsklima doch von erheblicher Bedeutung gewesen zu sein, wenn gleich hierüber gesicherte Quellen fehlen. In Ermangelung einer ausreichenden Quellenbasis bleiben auch die Skizzen über die Wohlfahrtseinrichtungen, die Unterstützungskassen, den Konsumverein und die Werkskantine fragmentarisch. Selbst die Rückschläge und organisatorischen Mängel, die den mühseligen Weg der Badener Arbeiterbewegung zur einheitlichen politischen Partei kennzeichnen, erscheinen durch Hinweise auf die große Mobilität der industriellen Arbeiter, auf die teils freiwillige Abwanderung, teils gezielte Entlassung

ihrem Fach die Geschichte in Bruchstücken einzuverleiben und alles außer acht zu lassen, was sich ihren »Modellen« nicht einfügt. Den größten Schaden von einem solchen Vorgehen hat die Soziologie selbst.

Volker Hunecke

Christian Müller, Arbeiterbewegung und Unternehmerpolitik in der aufstrebenden Industriestadt. Baden nach der Gründung der Firma Brown Boveri 1891–1914, Verlag Sauerländer, Aarau 1974, 221 S., kart., sFr. 28,-.

Robert Walter Aemmer, Die Sozialdemokratie im Kanton Bern 1890–1914, Juris Druck und Verlag, Zürich 1974, 302 S., kart., sFr. 48,-.

Von der Schweiz, dem klassischen Gastland politischer Emigranten, sind seit der Epoche des Frühsozialismus immer wieder Impulse auf die europäische Arbeiterbewegung ausgegangen. Andererseits ist die Eidgenossenschaft dadurch selber zum Schauplatz von Macht- und Richtungskämpfen im internationalen Sozialismus geworden. Seit Erich Gruners sachlich und methodisch großartiger Gesamtdarstellung der schweizerischen Arbeiterbewegung (1968) sind nicht nur diese Zusammenhänge im einzelnen überschaubar, sondern auch die spezifischen Eigenarten und Sonderformen sozialer Konflikte unter den Bedingungen der schweizerischen Demokratie hervorgetreten. Mikroskopisch angelegte Regional- und Lokalstudien können hier weitere Erkenntnisse bringen. So dürfen auch die beiden hier vorliegenden Dissertationen, solange Gruners im wesentlichen bis 1880 reichende Untersuchung keine Fortsetzung erfahren hat, mehr als nur regionalgeschichtliches Interesse beanspruchen.

*Chr. Müllers* Züricher Dissertation stellt an einem weiteren Beispiel dar, wie die Gründung eines einzigen Großbetriebs gleichsam als Initialzündung für die Industrialisierung wirken konnte und dann die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen einer bisher in ländlichem Umfeld gelegenen Kleinstadt in kürzester Zeit grundlegend veränderte. Die Errichtung der Generatorenfabrik Brown Boveri, binnen weniger Jahre ein Unternehmen mit einer Belegschaft von 2000 Personen, führte durch ihr eigenes Arbeitsplatzangebot sowie die nachfolgende Konjunkturbelebung auf dem Baumarkt und bei dem älteren bodenständigen industriellen Kleingewerbe nicht nur in Baden selbst, sondern auch in der ganzen Nachbarregion zu einem statistisch nachvollziehbaren sprunghaften Anwachsen der Bevölkerungszahlen, das den sozialen Gegensätzen eine neue Dimension verlieh.

Dennoch waren es offenbar weniger die erbärmlichen materiellen Lebensbedingungen, die der Verfasser durch Vergleichsanalysen von Lohnniveau und Lebenshaltungskosten einprägsam darzustellen weiß, als vielmehr die Unzufriedenheit mit entwürdigender Behandlung am Arbeitsplatz und der Kampf um die Anerkennung des Koalitionsrechts, die den im Mittelpunkt der Untersuchung stehenden kostspieligen und folgenreichen Streik von 1899 verursachten. Der geschlossen und diszipliniert durchgeführte Ausstand fand die Unterstützung des Gewerkschaftsbundes, stieß bei Presse und kommunalen Behörden auf Verständnis, setzte die Unternehmer durch Ertragsausfall unter erheblichen Druck und endete mit einer Schlichtung, deren Ergebnis die Errichtung einer Arbeiterkommission im Betrieb war. Paritätisch aus Vertrauensleuten der Firmenleitung und Vertretern der Arbeitervereine zusammengesetzt, statutarisch vom Wohlwollen der Unternehmer abhängig und lange Zeit als Hindernis für konsequente Gewerkschaftsarbeit betrachtet, scheint die Kommission für das Betriebsklima doch von erheblicher Bedeutung gewesen zu sein, wenn gleich hierüber gesicherte Quellen fehlen. In Ermangelung einer ausreichenden Quellenbasis bleiben auch die Skizzen über die Wohlfahrtseinrichtungen, die Unterstützungskassen, den Konsumverein und die Werkskantine fragmentarisch. Selbst die Rückschläge und organisatorischen Mängel, die den mühseligen Weg der Badener Arbeiterbewegung zur einheitlichen politischen Partei kennzeichnen, erscheinen durch Hinweise auf die große Mobilität der industriellen Arbeiter, auf die teils freiwillige Abwanderung, teils gezielte Entlassung

der politisch aktiven Kräfte und auf das organisatorische Nebeneinander von Grütliverein, Arbeiterunion und sozialdemokratischer Mitgliedschaft nur teilweise erklärt.

Das vielfältige Geflecht von Arbeiterorganisationen und der komplizierte Weg zu einer politischen Einheit der schweizerischen Sozialdemokratie stehen auch im Mittelpunkt der bei E. Gruner gearbeiteten Berner Dissertation von R. W. Aemmer. Der naturgemäß auch im Kanton Bern fortdauernde Dualismus von Grütliern und sozialdemokratischen Mitgliedschaften hatte seine Entsprechung in der unterschiedlichen Intensität, mit der die Herausbildung von überörtlichen und kantonalen Parteiverbänden betrieben wurde. Eine besondere Schwäche der Kantonalpartei ergab sich daraus, daß trotz des in Bern liegenden Schwerpunktes der Partei der Sitz der Geschäftsleitung häufig wechselte und ein effektiv arbeitendes ständiges Parteisekretariat erst 1912 geschaffen wurde. Sowohl bei der minutiösen Analyse der organisatorischen Strukturen und der innerparteilichen Machtverhältnisse als auch bei der soziologischen Aufschlüsselung der Parteikader wird deutlich, daß eine größere Zahl von Akademikern, teils von den Freisinnigen übergetreten und einem Sozialismus marxistischer Prägung fernstehend, die Partei nach außen repräsentierte. Auf der anderen Seite wurde die bernische Sozialdemokratie ab 1894 auf einen klassenkämpferisch-proletarischen Kurs im Sinne des internationalen Sozialismus der deutschen marxistischen Schule gebracht, lange bevor die schweizerische Gesamtpartei sich zum Marxismus bekannte. Verantwortlich hierfür war Carl Moor, Redakteur der Berner Tagwacht, Parteisekretär und Vorsitzender der Stadtratsfraktion, über den man O. E. Schüddekopfs Aufsatz im AfS 3 (1963) oder die Biographie von L. Haas (1970) vergleichen mag. Beschränkt auf Organisationsprobleme, Parteisoziologie und Wahltaktik und obendrein zerhackt in problemorientierte Längsschnitte, bleibt die Untersuchung unbefriedigend für den, der nach dem zweifellos vorhandenen Zusammenhang von äußerer Erscheinung und politischem Selbstverständnis der Partei fragt.

Beide Studien lassen erkennen, wie manche Phänomene, die man aus der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung kennt, in der Schweiz mit einer gewissen Phasenverzögerung auftreten. Eindrucksvoll tritt hervor, um wieviel stärker die schweizerische Arbeiterbewegung in lokalen Besonderheiten verwurzelt war, sich direkter Demokratie verpflichtet fühlte und zentralistischer Machtentfaltung ferne stand. Angesichts dieses Befundes ist es zu bedauern, daß beide Verfasser darauf verzichten, den Ablauf der konkreten Politik am Ort und in der Gemeinde, also die kommunalpolitische Praxis und ihre Konsequenz für die Theorie der Sozialdemokratie darzustellen. Auf diesem Gebiet liegen, nicht nur in der Schweiz, für Lokal- und Regionalstudien noch Aufgaben, die über das bloße Konkretisieren des Typischen hinausführen dürften.

Dieter Rebentisch

Trygve R. Tholfsen, *Working Class Radicalism in Mid-Victorian England* (= Croom Helm Social History Series), Croom Helm, London 1976, 322 S., geb., £ 9.95.

Der zentrale zweite Teil dieser Untersuchung ist einem schon oft behandelten Gegenstand gewidmet: der schillernden Phase der englischen Arbeiterbewegung zwischen dem Chartismus und dem New Unionism. Gegenüber den in einfachen, starken Farben gezeichneten Interpretationen der Webbs, von G. D. H. Cole usw. betont der Autor, Professor an der Columbia-Universität, im Anschluß an neuere Untersuchungen die starke Ambiguität der Arbeiterbewegung jener Jahrzehnte, ihren Konsens mit fundamentalen Werten des Bürgertums bei gleichzeitiger Präsenz eines scheinbar ungebrochenen Klassenkampfes. Diese Ambiguität genauer zu beschreiben und zu erklären, ist das Ziel des Buches. Ob es auch erreicht wurde, läßt sich füglich bezweifeln. Denn der Autor klammert die Arbeiterklasse als eigentlichen Gegenstand eines solchen Themas von vornherein aus und beschränkt sich auf eine ihrer Ideologien: den »working-class radicalism«. In einem weit ausholenden Exkurs

der politisch aktiven Kräfte und auf das organisatorische Nebeneinander von Grütliverein, Arbeiterunion und sozialdemokratischer Mitgliedschaft nur teilweise erklärt.

Das vielfältige Geflecht von Arbeiterorganisationen und der komplizierte Weg zu einer politischen Einheit der schweizerischen Sozialdemokratie stehen auch im Mittelpunkt der bei E. Gruner gearbeiteten Berner Dissertation von R. W. Aemmer. Der naturgemäß auch im Kanton Bern fortdauernde Dualismus von Grütliern und sozialdemokratischen Mitgliedschaften hatte seine Entsprechung in der unterschiedlichen Intensität, mit der die Herausbildung von überörtlichen und kantonalen Parteiverbänden betrieben wurde. Eine besondere Schwäche der Kantonalpartei ergab sich daraus, daß trotz des in Bern liegenden Schwerpunktes der Partei der Sitz der Geschäftsleitung häufig wechselte und ein effektiv arbeitendes ständiges Parteisekretariat erst 1912 geschaffen wurde. Sowohl bei der minutiösen Analyse der organisatorischen Strukturen und der innerparteilichen Machtverhältnisse als auch bei der soziologischen Aufschlüsselung der Parteikader wird deutlich, daß eine größere Zahl von Akademikern, teils von den Freisinnigen übergetreten und einem Sozialismus marxistischer Prägung fernstehend, die Partei nach außen repräsentierte. Auf der anderen Seite wurde die bernische Sozialdemokratie ab 1894 auf einen klassenkämpferisch-proletarischen Kurs im Sinne des internationalen Sozialismus der deutschen marxistischen Schule gebracht, lange bevor die schweizerische Gesamtpartei sich zum Marxismus bekannte. Verantwortlich hierfür war Carl Moor, Redakteur der Berner Tagwacht, Parteisekretär und Vorsitzender der Stadtratsfraktion, über den man O. E. Schüddekopfs Aufsatz im AfS 3 (1963) oder die Biographie von L. Haas (1970) vergleichen mag. Beschränkt auf Organisationsprobleme, Parteisoziologie und Wahltaktik und obendrein zerhackt in problemorientierte Längsschnitte, bleibt die Untersuchung unbefriedigend für den, der nach dem zweifellos vorhandenen Zusammenhang von äußerer Erscheinung und politischem Selbstverständnis der Partei fragt.

Beide Studien lassen erkennen, wie manche Phänomene, die man aus der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung kennt, in der Schweiz mit einer gewissen Phasenverzögerung auftreten. Eindrucksvoll tritt hervor, um wieviel stärker die schweizerische Arbeiterbewegung in lokalen Besonderheiten verwurzelt war, sich direkter Demokratie verpflichtet fühlte und zentralistischer Machtentfaltung ferne stand. Angesichts dieses Befundes ist es zu bedauern, daß beide Verfasser darauf verzichten, den Ablauf der konkreten Politik am Ort und in der Gemeinde, also die kommunalpolitische Praxis und ihre Konsequenz für die Theorie der Sozialdemokratie darzustellen. Auf diesem Gebiet liegen, nicht nur in der Schweiz, für Lokal- und Regionalstudien noch Aufgaben, die über das bloße Konkretisieren des Typischen hinausführen dürften.

Dieter Rebentisch

Trygve R. Tholfsen, *Working Class Radicalism in Mid-Victorian England* (= Croom Helm Social History Series), Croom Helm, London 1976, 322 S., geb., £ 9.95.

Der zentrale zweite Teil dieser Untersuchung ist einem schon oft behandelten Gegenstand gewidmet: der schillernden Phase der englischen Arbeiterbewegung zwischen dem Chartismus und dem New Unionism. Gegenüber den in einfachen, starken Farben gezeichneten Interpretationen der Webbs, von G. D. H. Cole usw. betont der Autor, Professor an der Columbia-Universität, im Anschluß an neuere Untersuchungen die starke Ambiguität der Arbeiterbewegung jener Jahrzehnte, ihren Konsens mit fundamentalen Werten des Bürgertums bei gleichzeitiger Präsenz eines scheinbar ungebrochenen Klassenkampfes. Diese Ambiguität genauer zu beschreiben und zu erklären, ist das Ziel des Buches. Ob es auch erreicht wurde, läßt sich füglich bezweifeln. Denn der Autor klammert die Arbeiterklasse als eigentlichen Gegenstand eines solchen Themas von vornherein aus und beschränkt sich auf eine ihrer Ideologien: den »working-class radicalism«. In einem weit ausholenden Exkurs

wird dessen Genese aus der Aufklärungsphilosophie, religiösen Bewegungen, dem Romanizismus und vor allem aus seiner Verflechtung mit den bürgerlichen Ideologien dargelegt. Dieser methodisch fragwürdigen Prozedur entspricht die noch fragwürdigere Feststellung: »In a society dominated by the middle classes it was natural for working men to look up to them, since they enjoyed higher status, more money, better education and manifold forms of authority. Working men were conditioned to defer to their superiors, emulate their behaviour and manners, and look to them for approval. There was no mistaking the role assigned to them: to work hard, please their boss, accept gratefully the wages offered, and perhaps to strive for slightly better jobs for themselves and their children. There was no place here for genuine working-class independence« (S. 217). Auf schlagende Weise wird diese Aussage durch die Ausführungen über die Gewerkschaften dementiert und durch die Stellen des Buchs, an denen Arbeiter selbst zu Wort kommen (z. B. S. 247 ff.). Auch wenn man einmal davon absieht, daß der gesamte sozio-ökonomische Hintergrund des Radikalismus ausgeblendet wird (vgl. die Kritik von R. Harrison in: TLS, 10. 6. 1977, S. 701), bleibt zu fragen, ob der Autor auf der von ihm gewählten geistesgeschichtlichen Untersuchungsebene zu überzeugenden Resultaten gelangt ist. Auf der einen Seite ist ihm das sicherlich gelungen: Aus seiner guten Kenntnis der (oft entlegenen) Quellen und Literatur zeichnet er ein höchst differenziertes und facettenreiches Bild des Arbeiterradikalismus, das alle diesem innewohnenden Ambiguitäten gebührend betont und insofern ein heilsames Korrektiv zu früherer Schwarz-Weiß-Malerei bildet. Aber entscheidende Probleme bleiben ungelöst: Aus den zahlreichen Einzelbeispielen ist keine Antwort darauf zu entnehmen, ob und in welchem Umfang die Wortführer des Arbeiterradikalismus repräsentativ für die Masse der Arbeiter waren. Der ansprechende Abschnitt über die Friendly Societies z. B. berührt das methodische Problem der »inarticulates« in der Geschichte nicht einmal. Die etwa 4 Millionen Mitglieder der Unterstützungsvereine bleiben nach der Lektüre des Buchs genauso sprachlos und ungreifbar wie vorher. Der Autor ist sich natürlich bewußt, daß es den »typischen« viktorianischen Arbeiter nicht gegeben hat, aber gleichwohl beherrscht diese Abstraktion (neben anderen) seinen ganzen Diskurs. Aus diesem Grund sind alle generalisierenden Aussagen des Buchs über die Transformation des Arbeiterradikalismus und dessen Annäherung an die Ideale der bürgerlichen Ideologie mit größter Behutsamkeit aufzunehmen. Hierüber (und über viele andere Probleme der englischen Arbeitergeschichte jener Zeit) ist mit größerem Gewinn das bemerkenswerte Buch von John Foster, *Class Struggle and the Industrial Revolution* (London 1974), zu lesen, auch wenn ihm von unserem Autor eine »Leninistische Interpretation« unterstellt wird. Volker Hunecke

Arbeiterbewegung in Nord- und Mitteleuropa zwischen nationaler Orientierung und Internationalismus. Referate einer deutsch-dänischen Wissenschaftlerkonferenz in der Akademie Sankelmark im November 1975. Redaktion: Ekkehard Krüger (= Schriftenreihe der Akademie Sankelmark, Neue Folge, H. 30/31), Selbstverlag 1976, 116 S., kart., 6 DM.

In den 12 Referaten beschäftigen die Verfasser sich mit sehr verschiedenen Aspekten aus der hundertjährigen Geschichte der Arbeiterbewegung. Leider läßt sich nicht beurteilen, ob ihre unterschiedlichen theoretischen Positionen auf der Konferenz irgendwie fruchtbar geworden sind, da die mündlichen Diskussionsbeiträge nicht mitveröffentlicht worden sind. In den zwei einleitenden Referaten von *Bernd Henningsen* (Das Problem der skandinavischen Ideologieimmunität, S. 11–21) und *Uffe Østergård* (Die materialistische Geschichtsauffassung in Dänemark, S. 22–27) werden diese unterschiedlichen Positionen besonders deutlich. Während Henningsen – ausgehend von seiner Dissertation »Poul Martin Møller oder die dänische Erziehung des Søren Kierkegaard« – eine inzwischen verlorengegangene Ideologieimmunität feststellt, die auch für die Arbeiterbewegung Bedeutung hatte, bestrei-

wird dessen Genese aus der Aufklärungsphilosophie, religiösen Bewegungen, dem Romanizismus und vor allem aus seiner Verflechtung mit den bürgerlichen Ideologien dargelegt. Dieser methodisch fragwürdigen Prozedur entspricht die noch fragwürdigere Feststellung: »In a society dominated by the middle classes it was natural for working men to look up to them, since they enjoyed higher status, more money, better education and manifold forms of authority. Working men were conditioned to defer to their superiors, emulate their behaviour and manners, and look to them for approval. There was no mistaking the role assigned to them: to work hard, please their boss, accept gratefully the wages offered, and perhaps to strive for slightly better jobs for themselves and their children. There was no place here for genuine working-class independence« (S. 217). Auf schlagende Weise wird diese Aussage durch die Ausführungen über die Gewerkschaften dementiert und durch die Stellen des Buchs, an denen Arbeiter selbst zu Wort kommen (z. B. S. 247 ff.). Auch wenn man einmal davon absieht, daß der gesamte sozio-ökonomische Hintergrund des Radikalismus ausgeblendet wird (vgl. die Kritik von R. Harrison in: TLS, 10. 6. 1977, S. 701), bleibt zu fragen, ob der Autor auf der von ihm gewählten geistesgeschichtlichen Untersuchungsebene zu überzeugenden Resultaten gelangt ist. Auf der einen Seite ist ihm das sicherlich gelungen: Aus seiner guten Kenntnis der (oft entlegenen) Quellen und Literatur zeichnet er ein höchst differenziertes und facettenreiches Bild des Arbeiterradikalismus, das alle diesem innewohnenden Ambiguitäten gebührend betont und insofern ein heilsames Korrektiv zu früherer Schwarz-Weiß-Malerei bildet. Aber entscheidende Probleme bleiben ungelöst: Aus den zahlreichen Einzelbeispielen ist keine Antwort darauf zu entnehmen, ob und in welchem Umfang die Wortführer des Arbeiterradikalismus repräsentativ für die Masse der Arbeiter waren. Der ansprechende Abschnitt über die Friendly Societies z. B. berührt das methodische Problem der »inarticulates« in der Geschichte nicht einmal. Die etwa 4 Millionen Mitglieder der Unterstützungsvereine bleiben nach der Lektüre des Buchs genauso sprachlos und ungreifbar wie vorher. Der Autor ist sich natürlich bewußt, daß es den »typischen« viktorianischen Arbeiter nicht gegeben hat, aber gleichwohl beherrscht diese Abstraktion (neben anderen) seinen ganzen Diskurs. Aus diesem Grund sind alle generalisierenden Aussagen des Buchs über die Transformation des Arbeiterradikalismus und dessen Annäherung an die Ideale der bürgerlichen Ideologie mit größter Behutsamkeit aufzunehmen. Hierüber (und über viele andere Probleme der englischen Arbeitergeschichte jener Zeit) ist mit größerem Gewinn das bemerkenswerte Buch von John Foster, *Class Struggle and the Industrial Revolution* (London 1974), zu lesen, auch wenn ihm von unserem Autor eine »Leninistische Interpretation« unterstellt wird. Volker Hunecke

Arbeiterbewegung in Nord- und Mitteleuropa zwischen nationaler Orientierung und Internationalismus. Referate einer deutsch-dänischen Wissenschaftlerkonferenz in der Akademie Sankelmark im November 1975. Redaktion: Ekkehard Krüger (= Schriftenreihe der Akademie Sankelmark, Neue Folge, H. 30/31), Selbstverlag 1976, 116 S., kart., 6 DM.

In den 12 Referaten beschäftigen die Verfasser sich mit sehr verschiedenen Aspekten aus der hundertjährigen Geschichte der Arbeiterbewegung. Leider läßt sich nicht beurteilen, ob ihre unterschiedlichen theoretischen Positionen auf der Konferenz irgendwie fruchtbar geworden sind, da die mündlichen Diskussionsbeiträge nicht mitveröffentlicht worden sind. In den zwei einleitenden Referaten von *Bernd Henningsen* (Das Problem der skandinavischen Ideologieimmunität, S. 11–21) und *Uffe Østergård* (Die materialistische Geschichtsauffassung in Dänemark, S. 22–27) werden diese unterschiedlichen Positionen besonders deutlich. Während Henningsen – ausgehend von seiner Dissertation »Poul Martin Møller oder die dänische Erziehung des Søren Kierkegaard« – eine inzwischen verlorengegangene Ideologieimmunität feststellt, die auch für die Arbeiterbewegung Bedeutung hatte, bestrei-

tet Østergård diese und stellt – korrekt – fest, daß für die dänische Arbeiterbewegung »die marxistische Theorie eine bedeutende Tradition war« (S. 22), die seiner Einschätzung nach »eine der Komponenten in der Gestaltung einer konsequenten reformistischen Taktik und Strategie« war (S. 24).

Dies wird in dem Referat von *Søren Federspiel* (Die dänische Arbeiterbewegung und der Internationalismus 1870–1900, S. 28–35) exemplifiziert. Federspiel faßt hier die Ergebnisse seiner eigenen und anderer Untersuchungen zusammen und betont den aktiven Internationalismus der dänischen Partei vor allem in der ersten Periode (1871–1878), in der die Partei auch im internationalen Zusammenhang eine nicht unwesentliche Rolle spielte. Der Internationalismus hatte aber auch später in seiner institutionalisierten Form eine wichtige Bedeutung. Am Schluß stellt Federspiel einige zentrale Fragen, deren Beantwortung noch offensteht.

Die beiden folgenden Referate von *Martin Grass* (Die Friedenspolitik der dänischen Sozialdemokratie 1914–1917, S. 36–44) und *Agnes Blänsdorf* (Die Stockholmer Konferenz vom Sommer 1917, S. 45–51) sind eine Art Kurzfassungen größerer Arbeiten der Verfasser, die auf Deutsch vorliegen.

Während Federspiel in seinem Beitrag die Schleswig-Frage mit einbezog, steht dieses Problem im Mittelpunkt der Beiträge von *Dorrit Andersen* (Die dänische Arbeiterbewegung und die Schleswig-Frage in den Jahren 1900–1924, S. 52–60), *Jörn-Peter Leppien* (Marxistischer Internationalismus und sozialdemokratische Schleswig-Politik in wilhelminischer Zeit. Ein Beitrag zur historischen Friedensforschung, S. 61–69), *Ernst Beier* (Die Haltung der Flensburger Arbeiterschaft im Nationalitätenkampf, S. 70–77), *Karl-Friedrich Nonnenbroich* (Der Nationalismus Kurt Schumachers und die Spaltung der Flensburger Arbeiterbewegung 1945–1954, S. 78–91) und *Gerhard Beier* (Der große Metallarbeiterstreik von 1956/57 und die Transformation der nationalen Frontstellung in eine soziale, S. 92–103). Diese Beiträge sind in der Aufarbeitung historischer Fakten, die für die dänische Arbeiterbewegung zeitweise eine nicht unwesentliche Rolle spielten, für die deutsche aber immer nur am Rande lagen, gute Einführungen. In der Interpretation dieser Fakten sind nicht alle gleich gut. Sie sollten aber nicht nur unter dem Faktenaspekt gelesen werden, sondern auch bei der Beurteilung der Frage des Verhältnisses von Klassenkampf und nationaler Frage herangezogen werden, wobei besonders Gerhard Beiers Beitrag beachtet werden sollte.

Das abschließende Referat von *Bernt Aroid Schiller / Martin Peterson* (The Scandinavian and International Labour Movement after 1945, S. 104–113) diskutiert einige zentrale Probleme der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Europas im Zusammenhang mit der Entwicklung der skandinavischen Parteien und Gewerkschaften. Das kann auf dem gegebenen Raum nur sehr kursorisch sein. Gerd Callesen

Jakov Goldstein, *Mifleget Poalei Erez Israel. Gormim Lehakamata* (Die Partei der Mapai. Gründe für ihr Entstehen), Tel-Aviv 1975, 190 S.

Ein sehr wichtiger Beitrag zur Geschichte der Arbeiterparteien in Palästina ist das hier zu besprechende Buch von Jakov Goldstein, das die bereits im Archiv für Sozialgeschichte<sup>1</sup> rezensierten Abhandlungen von Josef Gorni und Jehonatan Schapiro über die »Achdut Haavoda« (Vereinigung der Arbeit) ergänzt, die von 1919 bis 1930 als selbständige Partei existierte und sich 1930 mit einer anderen Partei, dem Hapoel Hazair (Der junge Arbeiter), zur Mapai (Mifleget Poalei Erez Israel, d. h. Die Partei der Arbeiter Palästinas) vereinigte. Die Mapai wurde sehr bald zum zentralen Faktor im politischen Spektrum des Zionismus und vor allem innerhalb der jüdischen Gemeinde Palästinas. Goldsteins Buch behandelt primär die Ursachen und Zusammenhänge für diese Vereinigung zweier Par-

<sup>1</sup> Siehe Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XVI, 1976, S. 581–585.

tet Østergård diese und stellt – korrekt – fest, daß für die dänische Arbeiterbewegung »die marxistische Theorie eine bedeutende Tradition war« (S. 22), die seiner Einschätzung nach »eine der Komponenten in der Gestaltung einer konsequenten reformistischen Taktik und Strategie« war (S. 24).

Dies wird in dem Referat von *Søren Federspiel* (Die dänische Arbeiterbewegung und der Internationalismus 1870–1900, S. 28–35) exemplifiziert. Federspiel faßt hier die Ergebnisse seiner eigenen und anderer Untersuchungen zusammen und betont den aktiven Internationalismus der dänischen Partei vor allem in der ersten Periode (1871–1878), in der die Partei auch im internationalen Zusammenhang eine nicht unwesentliche Rolle spielte. Der Internationalismus hatte aber auch später in seiner institutionalisierten Form eine wichtige Bedeutung. Am Schluß stellt Federspiel einige zentrale Fragen, deren Beantwortung noch offensteht.

Die beiden folgenden Referate von *Martin Grass* (Die Friedenspolitik der dänischen Sozialdemokratie 1914–1917, S. 36–44) und *Agnes Blänsdorf* (Die Stockholmer Konferenz vom Sommer 1917, S. 45–51) sind eine Art Kurzfassungen größerer Arbeiten der Verfasser, die auf Deutsch vorliegen.

Während Federspiel in seinem Beitrag die Schleswig-Frage mit einbezog, steht dieses Problem im Mittelpunkt der Beiträge von *Dorrit Andersen* (Die dänische Arbeiterbewegung und die Schleswig-Frage in den Jahren 1900–1924, S. 52–60), *Jörn-Peter Leppien* (Marxistischer Internationalismus und sozialdemokratische Schleswig-Politik in wilhelminischer Zeit. Ein Beitrag zur historischen Friedensforschung, S. 61–69), *Ernst Beier* (Die Haltung der Flensburger Arbeiterschaft im Nationalitätenkampf, S. 70–77), *Karl-Friedrich Nonnenbroich* (Der Nationalismus Kurt Schumachers und die Spaltung der Flensburger Arbeiterbewegung 1945–1954, S. 78–91) und *Gerhard Beier* (Der große Metallarbeiterstreik von 1956/57 und die Transformation der nationalen Frontstellung in eine soziale, S. 92–103). Diese Beiträge sind in der Aufarbeitung historischer Fakten, die für die dänische Arbeiterbewegung zeitweise eine nicht unwesentliche Rolle spielten, für die deutsche aber immer nur am Rande lagen, gute Einführungen. In der Interpretation dieser Fakten sind nicht alle gleich gut. Sie sollten aber nicht nur unter dem Faktenaspekt gelesen werden, sondern auch bei der Beurteilung der Frage des Verhältnisses von Klassenkampf und nationaler Frage herangezogen werden, wobei besonders Gerhard Beiers Beitrag beachtet werden sollte.

Das abschließende Referat von *Bernt Aroid Schiller / Martin Peterson* (The Scandinavian and International Labour Movement after 1945, S. 104–113) diskutiert einige zentrale Probleme der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Europas im Zusammenhang mit der Entwicklung der skandinavischen Parteien und Gewerkschaften. Das kann auf dem gegebenen Raum nur sehr cursorisch sein. Gerd Callesen

Jakov Goldstein, *Mifleget Poalei Erez Israel. Gormim Lehakamata* (Die Partei der Mapai. Gründe für ihr Entstehen), Tel-Aviv 1975, 190 S.

Ein sehr wichtiger Beitrag zur Geschichte der Arbeiterparteien in Palästina ist das hier zu besprechende Buch von Jakov Goldstein, das die bereits im Archiv für Sozialgeschichte<sup>1</sup> rezensierten Abhandlungen von Josef Gorni und Jehonatan Schapiro über die »Achdut Haavoda« (Vereinigung der Arbeit) ergänzt, die von 1919 bis 1930 als selbständige Partei existierte und sich 1930 mit einer anderen Partei, dem Hapoel Hazair (Der junge Arbeiter), zur Mapai (Mifleget Poalei Erez Israel, d. h. Die Partei der Arbeiter Palästinas) vereinigte. Die Mapai wurde sehr bald zum zentralen Faktor im politischen Spektrum des Zionismus und vor allem innerhalb der jüdischen Gemeinde Palästinas. Goldsteins Buch behandelt primär die Ursachen und Zusammenhänge für diese Vereinigung zweier Par-

<sup>1</sup> Siehe Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XVI, 1976, S. 581–585.

teien, die in Anschauungen, politischer Orientierung und Haltung in wesentlichen Fragen voneinander abwichen.

Der Zeitraum, den er behandelt, sind die Jahre 1919–1930. In diesen Jahren hatte der zionistische Kongreß größere Bedeutung als in späteren Jahren. Palästina war dem Mandatsträger Großbritannien unterstellt. Die jüdische Gemeinde – sie zählte 1931 nur 175 000 Menschen – war klein und zu schwach, um gegenüber der Diaspora ein Machtzentrum zu bilden und für ihre eigenen Bedürfnisse, Siedlungsprojekte etc. selbst zu sorgen. Sie war auf Gedeih und Verderb auf die Gelder, die der zionistische Kongreß und sein Fond, Keren Hajessod, verteilte, angewiesen. Diese Aufteilung erfolgte u. a. nach parteipolitischen Kriterien, und das war einer der Gründe, warum die Haltung der Arbeiterparteien innerhalb des Kongresses für sie von essentieller Bedeutung war. Die Mehrheit im zionistischen Kongreß stellten – bis etwa 1935 – die bürgerlichen Parteien. Präsident war jedoch der parteilose Chaim Weizmann (1920–1931 und dann 1935–1946)<sup>2</sup>.

Während die Partei des Hapoel Hazair, die 1906 in Palästina gegründet wurde, keine ideologischen Bedenken gegenüber einer Mitarbeit im zionistischen Kongreß hatte und bis 1927 auch in der Exekutive saß, lehnte die Achdut Haavoda, vor allem aber ihre »Schwesterpartei« in der Diaspora, die Poalei Zion (Die Arbeiter Zions), die eine sehr linke Position bezog, eine echte Beteiligung am Kongreß prinzipiell ab. Dies erschien der Achdut Haavoda als eine Art »Kooperation mit der jüdischen Bourgeoisie«. Die Achdut Haavoda war zwar an den Kongressen mit beteiligt, stand jedoch in scharfer Opposition zur Exekutive und vor allem zu Weizmann, während der Hapoel Hazair sich als »kongreßtragende Partei« verstand.

Die Achdut Haavoda ging davon aus, daß Palästina primär durch die Arbeiterschaft aufgebaut werde. Sie lehnte also den »Mittelstandscharakter« des jüdischen Volkes in der Diaspora aus prinzipiellen Gründen ab. Sie träumte von einem sozialistischen, ja fast auf kommunistischer Grundlage, auf der Basis der Kooperativen, aufgebauten Palästina. Neue Impulse in dieser Richtung brachten zudem die Einwanderer der dritten Alijah (1919–1923), Pioniere, die infolge des Bürgerkrieges Rußland verließen, jedoch mit recht »linken Vorstellungen« nach Palästina kamen. Sie organisierten sich in Arbeitsbataillonen und in Kommunen und drängten die neu gegründete Gewerkschaft Histadrut (1919) in eine bewußt klassenkämpferische Position.

Zu scharfen innenpolitischen Spannungen kam es, als die Welle der vierten Alijah einsetzte. Goldstein streift zwar dieses Problem, geht allerdings nicht tiefer und detaillierter auf die Struktur und soziale Zusammensetzung der »vierten Einwanderung« ein. Er beschränkt sich statt dessen auf die Reaktion der Arbeiterparteien auf diese. Die Einwanderer der vierten Alijah waren verarmte Angehörige des jüdischen Mittelstandes, die in Polen infolge der diskriminierenden Erlasse des Wirtschaftsministers Grabski ihre Positionen in der Wirtschaft eingebüßt und daher Polen verlassen hatten. Da die Tore Amerikas seit 1924 verschlossen waren, gingen die meisten »Grabski-Einwanderer«, wie sie oft in etwas abfälliger Form genannt wurden, 1925–1928 nach Palästina. Sie brachten kleine, viel zu kleine, wie sich herausstellte, »Anfangskapitalien« mit und hofften in Palästina dieselben Berufe ausüben zu können wie in Polen<sup>3</sup>. Das Ziel der Arbeiterparteien – Hinwendung zur

2 Ein sehr interessantes Buch, das thematisch nicht direkt mit dem hier besprochenen Buch in Beziehung steht, ist die neue Untersuchung von *Josef Gorni*, *Schutafut umaavak*. Chaim Weizmann Utnuat Hapoalim Beerez Israel (Partnerschaft und Konflikt. Chaim Weizmann und die Arbeiterparteien in Erez Israel), Tel-Aviv 1976. Dieses Buch befaßt sich primär mit den Beziehungen zwischen Ben Gurion und Weizmann, die oft getrübt und manchmal eher persönlich als sachlich motiviert waren, und dies – wie Gorni aufzeigt – vor allem bezüglich des Verhaltens Ben Gurions. Gorni scheut sich nicht – trotz Anerkennung –, auch die unangenehmen Züge in der Persönlichkeit Ben Gurions aufzuzeigen.

3 Siehe über die vierte Alijah: *Alex Bein*, *Return to the Soil. A History of Jewish Settlement in Palestine*, Jerusalem 1952, S. 330–423.

produktiven Arbeit und zur Landwirtschaft – lehnten die neuen Einwanderer ab und entwickelten Haßgefühle gegenüber der Gewerkschaft, den Kibbuzim und Genossenschaften, die ihnen als »kommunistische Zellen« und als »Gefahr für die Privatinitiative« erschienen<sup>4</sup>.

Die Arbeiterparteien haben die vierte Alijah bzw. ihre gesellschaftlichen Vorstellungen abgelehnt, nicht so sehr wegen ihres »kapitalistischen« oder »unternehmerischen« Charakters, vielmehr sahen sie – wie Berl Kaznelsohn es formulierte – in dieser Einwanderung kein »echtes kapitalistisches Element«, wohl aber verarmte Menschen mit »kapitalistischer Mentalität« und einem starken Gefühl der Zugehörigkeit zum Mittelstand. Auch Arlosoroff, der Führer des Hapoel Hazair, ein Mann, der dem »Klassenkampfgedanken« sehr distanziert gegenüberstand, sah in der vierten Alijah kein schöpferisches kapitalistisches Element, sondern entwurzelte Menschen, die mit der kleinen Habe, die sie mitbrachten, hofften, »eine Hanse von Krämern im Nahen Osten« zu gründen. Arlosoroff bemängelte, daß die neuen Einwanderer in der Regel jeglicher produktiven Arbeit, auch auf Privatbasis wie etwa in der Dorfbewegung, aus dem Wege gingen und sich in den Städten konzentrierten, wo es ohnehin kaum Arbeit für alle gab<sup>5</sup>.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die neue innenpolitische Situation, die infolge der vierten Alijah geschaffen wurde, die beiden Parteien Achdut Haavoda und Hapoel Hazair einander näherbrachte, dies um so mehr, nachdem 1925 der bekannte zionistische Politiker V. Jabotinski (1880–1940) die Revisionistische Partei gegründet hatte. Jabotinski, der bis 1923 selbst Mitglied der zionistischen Exekutive war und als Initiator der jüdischen Legion während des ersten Weltkrieges Hochachtung genoß, entwickelte zusehends die Neigung, gegen die Arbeiterparteien sowohl in der Diaspora als auch in Palästina zu agieren. Er idealisierte in einer sehr emotionsbetonten Weise den jüdischen Mittelstand und forderte die Revision (daher auch der Name der Partei) der zionistischen Politik gegenüber England, aber auch, was die »Innenpolitik« betraf, Eliminierung des Einflusses der Gewerkschaft in Palästina, Reduzierung der Unterstützung seitens des Kongresses für die Kibbuzim und die bewußte Förderung des »jüdischen Mittelstandes«. Die Revisionisten vermochten – das zeigten auch ihre Wahlerfolge für die Institutionen in Palästina – die Enttäuschung der Einwanderer der vierten Alijah zu artikulieren und diese für sich zu gewinnen. Ebenso traten sie entschlossen, ja fast aggressiv gegenüber der jüdischen sozialdemokratischen Partei innerhalb der Diaspora auf, was zur Polarisierung beitrug.

Eine der wesentlichen Thesen von Goldstein ist, daß der Druck der Rechtspartei die beiden Arbeiterparteien einander näherbrachte. Die innerparteiliche Situation war allerdings verworrener. Obwohl die Partei der Achdut Haavoda sehr »links« stand und folglich als Gegenpol zum Revisionismus verstanden wurde, kam es – dies ist vielleicht die Merkwürdigkeit der zionistischen Geschichte – oft zu einem heimlichen gefühlsbetonten Einvernehmen zwischen Achdut Haavoda und den Revisionisten. Beide Parteien waren sehr nationalbewußt und verstanden sich als »Aktivisten«. Sie betonten die Notwendigkeit, eine jüdische Selbstwehr zu schaffen. Ihr Unterschied in diesem Punkt bezog sich auf die Wege, die man einschlagen sollte. So hielt es die Achdut Haavoda unter den damaligen Umständen für realistisch, den Aufbau der halblegalen paramilitärischen Organisation

4 Die vierte Alijah hat in der Tat ein schlechtes Image in der zionistischen Geschichtsschreibung, primär als die Einwanderer des Kleinhandels und der »Soda-Verkäufer«. Das Verdienst der Dissertation von *David Giladi*, *Hajischuv bitkofat haalija hariviit. Bechina politit upolitit* (Die jüdische Gemeinde zur Zeit der vierten Einwanderung. Eine Untersuchung mit sozialem und politischem Aspekt), Tel-Aviv 1973, besteht u. a. darin, gezeigt zu haben, daß diese Einwanderung viele produktive Elemente, vor allem Handwerker, mit sich brachte. Man kann sie kaum pauschal beurteilen.

5 Siehe *Chaim Arlosoroff*, *Leben und Werk. Ausgewählte Schriften*, Berlin 1936, vor allem »Zur Struktur der vierten Alija« und »Konsequenzen«, S. 125–153.

Hagana zu forcieren, während Jabotinski überzeugt war, daß es möglich sein werde, von den Briten die Wiederaufstellung der jüdischen Legion zu »ertrotzen«, wenn man dies nur ultimativ verlange. Auch die Haltung in der Frage der »Erweiterung« der Jewish Agency wirkte sich letztlich auf die Beziehungen der Achdut Haavoda zum Hapoel Hazair nachhaltig aus. Dieser Punkt bedarf, vor allem für die deutschen Leser, einer gewissen Erläuterung des Hintergrundes.

Entsprechend den Bestimmungen des Palästina-Mandates von 1922 sollte in Palästina neben Großbritannien, das praktisch Herrscher im Lande war, auch eine »Jewish Agency« gegründet werden, die quasi als »Nebenregierung« mit beschränkter Kompetenz fungieren und die jüdische Gemeinde gegenüber der Mandatsregierung repräsentieren sollte. Zunächst wurde die zionistische Bewegung als »Jewish Agency« anerkannt. Weizmann war allerdings bestrebt, die »Agency« insofern zu »erweitern«, als ihr auch »nicht-zionistische« jüdische Organisationen beitreten können sollten. Er versprach sich davon vor allem mehr Engagement der jüdischen Kreise in Amerika, aber auch in Deutschland, in Angelegenheiten Palästinas.

Es ist interessant, daß von Anfang an fast ein »Bündnis« zwischen den Revisionisten und der Partei der Achdut Haavoda in der Ablehnung der Pläne Weizmanns bestand. Die Erweiterung, so argumentierten auch Jabotinski und Tabenkin, der links stehende Führer der Kibbuzbewegung innerhalb der Achdut Haavoda, werde zur Etablierung des »Schilton gewirim«, zur Herrschaft der Notabeln, der reichen Juden Amerikas und Deutschlands, über die jüdische Gemeinde Palästinas führen, ohne daß sie überhaupt zionistisch seien. Tabenkin sah in jenen Jahren in den Revisionisten eine echte »anti-oligarchische« Volksbewegung, mit der man unter gegebenen Umständen sogar koalieren könne. Dies ist insofern erwähnenswert, weil es letztlich Tabenkin war, der in den 30er Jahren innerhalb der vereinigten Mapai einen dezidierten antirevisionistischen Kurs einschlug. Tabenkin vertrat am konsequentesten die Meinung, daß Jabotinski und seine Bewegung das Prädikat des »jüdischen Faschismus« durchaus verdienten und folglich bis aufs Messer bekämpft werden sollten. Nach der Wirtschaftskrise in Palästina 1927 änderte allerdings die Achdut Haavoda ihre Meinung, und die Auffassung setzte sich durch, daß die Erweiterung der Jewish Agency, die 1929 vollzogen wurde, letztlich dem Aufbau des Landes dienlich sein könne. Dabei näherte die Achdut Haavoda sich dem Hapoel Hazair an, der von Anfang an dafür war, und geriet in Gegensatz zu den Revisionisten, die konsequent gegen Weizmann waren und die Erweiterung der Agency als nationalen Verrat brandmarkten.

Goldstein erwähnt und erörtert eine Reihe von Grundsatzfragen, die ursprünglich die Achdut Haavoda vom Hapoel Hazair trennten, und kommt zu der Schlußfolgerung, daß nach dem Vollzug der Vereinigung beider Parteien die Achdut Haavoda praktisch die Positionen des Hapoel Hazair übernahm. Diese Schlußfolgerung ist zu vereinfachend, denn der Geist der Achdut Haavoda, vor allem auf dem Sicherheitssektor und der politische Aktivismus, setzte sich in der vereinigten Mapai durch. Ebenso blieben weiterhin gesellschaftliche Vorstellungen der Achdut Haavoda vor allem in der Kibbuzbewegung und auch in der Mapai bestimmend. Goldstein hat allerdings Recht, wenn er betont, daß die Mapai – ganz im Sinne des Hapoel Hazair – auf das Prinzip des »Klassenkampfes« verzichtete. Dies war in der Tat für die Schwesterpartei der Achdut Haavoda in der Diaspora, die »Poalei Zion« (die Achdut Haavoda als solche existierte nur in Palästina), von wesentlicher Bedeutung, nicht zuletzt, weil in dieser Partei der Einfluß der Austromarxisten stark war. Die Poalei Zion zeigte in der Tat ein inneres Widerstreben, sich mit einer so betont »anti-klassenkämpferischen Partei«, wie es der Hapoel Hazair nun einmal war, zu vereinen. Ganz harmonisch ging die Vereinigung, wie Spaltungen späterer Jahre beweisen, doch nicht vor sich. Der Verzicht auf das Prinzip des Klassenkampfes war charakteristisch für den Weg, den die neue Partei, die Mapai, von nun an beschritt. Von einer Partei der Avantgarde, von einer Partei, die utopische Ideen und eine verschwommene Zielset-

zung besaß, wurde sie zu einer pragmatisch orientierten Partei, die über eine Massenbasis verfügte und für viele Volksschichten wählbar war.

Goldsteins Buch ist ein wichtiger Beitrag zum Verständnis der zionistischen Geschichte in den zwanziger Jahren. Er führt dem interessierten Leser vor Augen, inwiefern Prozesse, die damals stattfanden, nachhaltig bis auf den heutigen Tag nachwirken. Nachum Orland

Andrée Andrieux / Jean Lignon avec la collaboration de François Mille, *Le Militant syndicaliste d'aujourd'hui. Ouvriers, cadres, techniciens, qu'est-ce qui les fait agir? Rapport d'une enquête menée avec le concours du Centre National de la Recherche Scientifique. Préface de Pierre Naville (= Collection Grand Format Méditations), Editions Denoël / Gonthier, Paris 1973, 327 S., kart., 23 ff.*

Wenn auch teilweise schon vor dem Mai 1968 entstanden, trägt diese industriesoziologische Untersuchung deutlich die Spuren der Erfahrungen dieses Monats. Denn sie richtet sich weniger gegen die in den Maieignissen nachhaltig erschütterte Annahme, die Arbeiterklasse werde zunehmend in bestehende Wertstrukturen integriert, sondern setzt sich mit der von P. Belleville und S. Mallet schon seit Beginn der 1960er Jahre vertretenen Auffassung auseinander, es bilde sich in den hochtechnisierten Sektoren der Industrie eine »neue Arbeiterklasse« heraus, die für die Zukunft der Arbeitskämpfe, für das »postindustrielle« Zeitalter (A. Touraine), zentrale Bedeutung erhalten werde. Aber die Verfasser beschränken ihre Analyse nicht auf die Techniker und Ingenieure, die Belleville und Mallet behandeln, sondern beziehen auch die sog. traditionellen Arbeiter ein. Schwerpunktmäßig gehen sie auf das Verhältnis zwischen der technischen Intelligenz und den Industriearbeitern und auf die Möglichkeiten der Gewerkschaften ein, durch organisatorische Formen und Parolen unterschiedliche Motivationen, Erfahrungen und Zielsetzungen anzusprechen, zu bündeln und in eine systemverändernde Perspektive einzubringen. Mit dieser Fragestellung stehen sie gleichsam zwischen den Herolden einer »integrierten« und den Verteidigern einer »neuen« Arbeiterklasse.

Die vorliegende Untersuchung stützt sich auf eine breite Materialbasis, die die Verfasser aus Interviews gewonnen haben, die sie mit 275 aktiven Gewerkschaftsmitgliedern teilweise über einen längeren Zeitraum hinweg (1963–1970) geführt und aufgezeichnet haben. Damit kommen zu den Vorteilen der Intensivinterviews über standardisierte Umfragen die der längeren Beobachtung über Momentaufnahmen. Dieser Ansatz privilegiert jedoch die subjektive Bewertung der jeweiligen Arbeits- und Lebensverhältnisse und verzichtet – sieht man von vereinzelt, eher systematischen Bemerkungen ab – darauf, die realen Arbeitsverhältnisse einzubeziehen und sie mit den Selbstdarstellungen zu konfrontieren. Durch die zahlreichen subjektiven Stellungnahmen, die in extenso referiert werden, gewinnt die Analyse zwar an Anschaulichkeit, verliert aber an Erklärungskraft. Diese wird überdies dadurch gemindert, daß das Sample nicht als repräsentativ für die französische Arbeiterklasse gelten kann. Denn die Verfasser befragten allein Gewerkschaftler, die sich für eine radikale Veränderung der französischen Gesellschaft einsetzten. Mit dieser Konzentration erfassen sie sicher die Speerspitzen der französischen Arbeiterbewegung, müssen sich jedoch die Frage gefallen lassen, ob und inwiefern die Lebensgeschichte und die Programme dieser Minderheit Aussagen über andere Gewerkschaftsmitglieder und Arbeiter zulassen. Auch bei der Auswahl der Interviewpartner spielten – wie die Verfasser selbstkritisch feststellen – stärker gewisse Zufälligkeiten als die Absicht eine Rolle, einen repräsentativen Querschnitt zu untersuchen. So entspricht etwa die Befragung von 91 Technikern und 73 Ingenieuren, aber nur von 111 Postarbeitern nicht ihrer nationalen Bedeutung, und auch die Interviews von 126 CFDT-Mitgliedern (125 gehörten der CGT, 13 der CGT-Fc und 11 der CGC an) werten diese Gewerkschaft gegenüber der in Frankreich zahlen-

zung besaß, wurde sie zu einer pragmatisch orientierten Partei, die über eine Massenbasis verfügte und für viele Volksschichten wählbar war.

Goldsteins Buch ist ein wichtiger Beitrag zum Verständnis der zionistischen Geschichte in den zwanziger Jahren. Er führt dem interessierten Leser vor Augen, inwiefern Prozesse, die damals stattfanden, nachhaltig bis auf den heutigen Tag nachwirken. Nachum Orland

Andrée Andrieux / Jean Lignon avec la collaboration de François Mille, *Le Militant syndicaliste d'aujourd'hui. Ouvriers, cadres, techniciens, qu'est-ce qui les fait agir? Rapport d'une enquête menée avec le concours du Centre National de la Recherche Scientifique. Préface de Pierre Naville (= Collection Grand Format Méditations), Editions Denoël / Gonthier, Paris 1973, 327 S., kart., 23 ff.*

Wenn auch teilweise schon vor dem Mai 1968 entstanden, trägt diese industriesoziologische Untersuchung deutlich die Spuren der Erfahrungen dieses Monats. Denn sie richtet sich weniger gegen die in den Maieignissen nachhaltig erschütterte Annahme, die Arbeiterklasse werde zunehmend in bestehende Wertstrukturen integriert, sondern setzt sich mit der von P. Belleville und S. Mallet schon seit Beginn der 1960er Jahre vertretenen Auffassung auseinander, es bilde sich in den hochtechnisierten Sektoren der Industrie eine »neue Arbeiterklasse« heraus, die für die Zukunft der Arbeitskämpfe, für das »postindustrielle« Zeitalter (A. Touraine), zentrale Bedeutung erhalten werde. Aber die Verfasser beschränken ihre Analyse nicht auf die Techniker und Ingenieure, die Belleville und Mallet behandeln, sondern beziehen auch die sog. traditionellen Arbeiter ein. Schwerpunktmäßig gehen sie auf das Verhältnis zwischen der technischen Intelligenz und den Industriearbeitern und auf die Möglichkeiten der Gewerkschaften ein, durch organisatorische Formen und Parolen unterschiedliche Motivationen, Erfahrungen und Zielsetzungen anzusprechen, zu bündeln und in eine systemverändernde Perspektive einzubringen. Mit dieser Fragestellung stehen sie gleichsam zwischen den Herolden einer »integrierten« und den Verteidigern einer »neuen« Arbeiterklasse.

Die vorliegende Untersuchung stützt sich auf eine breite Materialbasis, die die Verfasser aus Interviews gewonnen haben, die sie mit 275 aktiven Gewerkschaftsmitgliedern teilweise über einen längeren Zeitraum hinweg (1963–1970) geführt und aufgezeichnet haben. Damit kommen zu den Vorteilen der Intensivinterviews über standardisierte Umfragen die der längeren Beobachtung über Momentaufnahmen. Dieser Ansatz privilegiert jedoch die subjektive Bewertung der jeweiligen Arbeits- und Lebensverhältnisse und verzichtet – sieht man von vereinzelt, eher systematischen Bemerkungen ab – darauf, die realen Arbeitsverhältnisse einzubeziehen und sie mit den Selbstdarstellungen zu konfrontieren. Durch die zahlreichen subjektiven Stellungnahmen, die in extenso referiert werden, gewinnt die Analyse zwar an Anschaulichkeit, verliert aber an Erklärungskraft. Diese wird überdies dadurch gemindert, daß das Sample nicht als repräsentativ für die französische Arbeiterklasse gelten kann. Denn die Verfasser befragten allein Gewerkschaftler, die sich für eine radikale Veränderung der französischen Gesellschaft einsetzten. Mit dieser Konzentration erfassen sie sicher die Speerspitzen der französischen Arbeiterbewegung, müssen sich jedoch die Frage gefallen lassen, ob und inwiefern die Lebensgeschichte und die Programme dieser Minderheit Aussagen über andere Gewerkschaftsmitglieder und Arbeiter zulassen. Auch bei der Auswahl der Interviewpartner spielten – wie die Verfasser selbstkritisch feststellen – stärker gewisse Zufälligkeiten als die Absicht eine Rolle, einen repräsentativen Querschnitt zu untersuchen. So entspricht etwa die Befragung von 91 Technikern und 73 Ingenieuren, aber nur von 111 Postarbeitern nicht ihrer nationalen Bedeutung, und auch die Interviews von 126 CFDT-Mitgliedern (125 gehörten der CGT, 13 der CGT-Fc und 11 der CGC an) werten diese Gewerkschaft gegenüber der in Frankreich zahlen-

mäßig dominanten CGT auf. Alle diese analytisch nicht unproblematischen Schwerpunktsetzungen spiegeln aber gut den Optimismus wider, der sich nach dem Mai 68 in der Arbeiterbewegung und Teilen der Soziologie in Frankreich ausbreitete, gegenwärtig aber deutlich abgenommen hat. So fallen unter den aktuellen sozialökonomischen Bedingungen der Krise in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion stärker die gewerkschaftliche Aktionen behindernden Faktoren ins Gewicht (industrielle Reservearmee, Spaltung der Arbeiter, Rationalisierung u. a. m.), und die »neue Arbeiterklasse« erscheint rückschauend stärker als Produkt einer sozialwissenschaftlichen Mode denn als ein dauerhaftes, ausgrenzbares Handlungspotential in der Arbeiterklasse. Diese von Sozialwissenschaftlern inzwischen stillschweigend vorgenommenen Kurskorrekturen gehören in eine Geschichte der Sozialwissenschaften, die sich vornehmlich mit der Frage beschäftigen müßte, ob Soziologen und Politologen in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren nicht zu stark dazu geneigt haben, konjunkturelle Erscheinungen vorschnell als Ausdruck struktureller Veränderungen zu interpretieren.

Trotz dieser Einschränkungen und des deutlichen Zeitkolorits ihrer Fragestellungen bieten die Verfasser jedoch so aufschlußreiches und anschauliches Material, daß mit ihm nicht nur Tendenzen unter französischen Arbeitern der Gegenwart, sondern in der Geschichte der Arbeiterbewegung verständlich werden. So arbeiten sie stark den Generationsunterschied heraus. Während ihre älteren Interviewpartner, die noch Erinnerungen an den Beginn des Jahrhunderts haben, durchweg die erlittene materielle Not hervorheben und als entscheidendes Handlungsmotiv den Kampf gegen Armut nennen, hat die neue Generation stärker eine »relative Depravation«, eine Benachteiligung, erfahren, die, von der Arbeit ausgehend, alle Arbeits- und Lebensbereiche erfaßt. Alle Befragten betonen aber die Leere des Arbeitsprozesses, seine Monotonie und Unmenschlichkeit, die sie zum gewerkschaftlichen Engagement getrieben hätten, in dem sie dann Sinn und persönliche Entfaltung finden konnten und können. Aber die Erfahrung der Entbehrungen und zerstörerischen Wirkungen im Produktionsprozeß führt bei den Befragten nicht direkt zur gewerkschaftlichen Aktion, sondern bedarf eines Anlasses, einer »Vermittlung«. Der Kontakt mit der Gewerkschaft, den »Bourses du travail«, vor allem aber die Teilnahme an oder die Folgen von Streiks (vor allem 1919, 1936 und 1953) haben eine Brücke zwischen der Grunderfahrung und der gewerkschaftlichen Arbeit geschlagen. Während dieses Ergebnis erneut die Skepsis an Auffassungen nährt, die allzu leicht aus der objektiven Lage auf subjektive Verhaltensdispositionen schließen, machen die von den Verfassern herausgearbeiteten Motivationen der technischen Intelligenz die Zerklüftung der Arbeiterklasse deutlich. Denn weniger das konkrete Leiden im Arbeitsprozeß als politische und philosophische Faktoren (z. B. der Algerienkrieg) haben Ingenieure zu einem radikalen gewerkschaftlichen Engagement geführt. Auch ohne daß die Verfasser die unterschiedlichen Interessen berücksichtigen, die zwischen Industriearbeitern und Ingenieuren bestehen, können sie doch schon auf der Ebene der individuellen und gesellschaftlichen Erfahrungen deutliche Unterschiede unter den Arbeitern feststellen und Zweifel an pauschalen Aussagen über »die« Arbeiterklasse nähren. Ob und wie die Gewerkschaften diese Differenzen überwinden können, bleibt am Schluß der Studie wie auch in der gewerkschaftlichen Praxis der Gegenwart offen.

Heinz-Gerhard Haupt

Robert S. Wistrich, *Revolutionary Jews from Marx to Trotsky*. With a Foreword by James Joll, George G. Harrap & Co. Ltd., London 1976, XI, 254 S., Ln., £ 6.75.

Die Ankündigung des vorliegenden Buches durch das Vorwort von James Joll (»this book deals with a neglected aspect of the history of Marxist ideas and is an original contribution to European intellectual history in general«) dürfte zu hoch gesteckte Erwartungen beim

mäßig dominanten CGT auf. Alle diese analytisch nicht unproblematischen Schwerpunktsetzungen spiegeln aber gut den Optimismus wider, der sich nach dem Mai 68 in der Arbeiterbewegung und Teilen der Soziologie in Frankreich ausbreitete, gegenwärtig aber deutlich abgenommen hat. So fallen unter den aktuellen sozialökonomischen Bedingungen der Krise in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion stärker die gewerkschaftliche Aktionen behindernden Faktoren ins Gewicht (industrielle Reservearmee, Spaltung der Arbeiter, Rationalisierung u. a. m.), und die »neue Arbeiterklasse« erscheint rückschauend stärker als Produkt einer sozialwissenschaftlichen Mode denn als ein dauerhaftes, ausgrenzbares Handlungspotential in der Arbeiterklasse. Diese von Sozialwissenschaftlern inzwischen stillschweigend vorgenommenen Kurskorrekturen gehören in eine Geschichte der Sozialwissenschaften, die sich vornehmlich mit der Frage beschäftigen müßte, ob Soziologen und Politologen in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren nicht zu stark dazu geneigt haben, konjunkturelle Erscheinungen vorschnell als Ausdruck struktureller Veränderungen zu interpretieren.

Trotz dieser Einschränkungen und des deutlichen Zeitkolorits ihrer Fragestellungen bieten die Verfasser jedoch so aufschlußreiches und anschauliches Material, daß mit ihm nicht nur Tendenzen unter französischen Arbeitern der Gegenwart, sondern in der Geschichte der Arbeiterbewegung verständlich werden. So arbeiten sie stark den Generationsunterschied heraus. Während ihre älteren Interviewpartner, die noch Erinnerungen an den Beginn des Jahrhunderts haben, durchweg die erlittene materielle Not hervorheben und als entscheidendes Handlungsmotiv den Kampf gegen Armut nennen, hat die neue Generation stärker eine »relative Depravation«, eine Benachteiligung, erfahren, die, von der Arbeit ausgehend, alle Arbeits- und Lebensbereiche erfaßt. Alle Befragten betonen aber die Leere des Arbeitsprozesses, seine Monotonie und Unmenschlichkeit, die sie zum gewerkschaftlichen Engagement getrieben hätten, in dem sie dann Sinn und persönliche Entfaltung finden konnten und können. Aber die Erfahrung der Entbehrungen und zerstörerischen Wirkungen im Produktionsprozeß führt bei den Befragten nicht direkt zur gewerkschaftlichen Aktion, sondern bedarf eines Anlasses, einer »Vermittlung«. Der Kontakt mit der Gewerkschaft, den »Bourses du travail«, vor allem aber die Teilnahme an oder die Folgen von Streiks (vor allem 1919, 1936 und 1953) haben eine Brücke zwischen der Grunderfahrung und der gewerkschaftlichen Arbeit geschlagen. Während dieses Ergebnis erneut die Skepsis an Auffassungen nährt, die allzu leicht aus der objektiven Lage auf subjektive Verhaltensdispositionen schließen, machen die von den Verfassern herausgearbeiteten Motivationen der technischen Intelligenz die Zerklüftung der Arbeiterklasse deutlich. Denn weniger das konkrete Leiden im Arbeitsprozeß als politische und philosophische Faktoren (z. B. der Algerienkrieg) haben Ingenieure zu einem radikalen gewerkschaftlichen Engagement geführt. Auch ohne daß die Verfasser die unterschiedlichen Interessen berücksichtigen, die zwischen Industriearbeitern und Ingenieuren bestehen, können sie doch schon auf der Ebene der individuellen und gesellschaftlichen Erfahrungen deutliche Unterschiede unter den Arbeitern feststellen und Zweifel an pauschalen Aussagen über »die« Arbeiterklasse nähren. Ob und wie die Gewerkschaften diese Differenzen überwinden können, bleibt am Schluß der Studie wie auch in der gewerkschaftlichen Praxis der Gegenwart offen.

Heinz-Gerhard Haupt

Robert S. Wistrich, *Revolutionary Jews from Marx to Trotsky*. With a Foreword by James Joll, George G. Harrap & Co. Ltd., London 1976, XI, 254 S., Ln., £ 6.75.

Die Ankündigung des vorliegenden Buches durch das Vorwort von James Joll (»this book deals with a neglected aspect of the history of Marxist ideas and is an original contribution to European intellectual history in general«) dürfte zu hoch gesteckte Erwartungen beim

Leser erwecken. Denn eine Dokumentation der Haltung europäischer Sozialisten zur Judenfrage und zum Antisemitismus stellt keineswegs ein Novum dar: Bereits mit der Studie Edmund Silberners<sup>1</sup> ist eine umfassende Übersicht zu diesem Thema vorgelegt worden, deren Materialreichtum kaum zu überbieten sein dürfte, auch wenn man die Gesamtstruktur des Werkes einer Kritik unterziehen könnte. Neu an Wistrichs Unternehmen allerdings ist die Tatsache, daß er sich einerseits lediglich auf Sozialisten jüdischer Herkunft beschränkt, während Silberner auch nicht-jüdische Sozialisten zu Wort kommen läßt, andererseits aber seine Untersuchung auch mit den Lebensbeschreibungen von Julius Martow und Leo Trotzki auf die russische Arbeiterbewegung ausdehnt. Während Iring Fetscher<sup>2</sup> in seiner Dokumentation jeweils vollständige Zeitungs- und Zeitschriftenartikel bekannter Sozialisten jüdischer und christlicher, westeuropäischer und russischer Herkunft vorstellt, jedoch wenig Interpretation anbietet, beschränkt sich Wistrich zwar weitgehend auf kurze Zitate aus Schriften, Artikeln und Briefen der jüdischen Theoretiker und Politiker, referiert und interpretiert sie aber im Zusammenhang mit einer biographischen Skizze und einigen übergreifenden Fragestellungen: So versucht er anhand der Aufzeichnungen des Lebens und Schaffens von Karl Marx, Ferdinand Lassalle, Eduard Bernstein, Rosa Luxemburg, Viktor Adler, Otto Bauer, Bernard Lazare, Léon Blum, Julius Martow und Leo Trotzki herauszufinden, welche Rolle einzelne Juden – und sodann umfassender das Judentum – im europäischen Sozialismus des 19. und 20. Jahrhunderts spielten, warum ihre Betätigung als Katalysator für sozialen Wandel wirkte, warum sich gerade so viele Juden aktiv an der sozialistischen Bewegung beteiligten und welche Auswirkungen schließlich ihre Beteiligung auf die Einstellung der Sozialisten zur Judenfrage hatten (vgl. S. 1–22).

Mit einer Analyse dieser Fragestellungen stößt Wistrich sicherlich in eine Forschungslücke, denn die einschlägigen Untersuchungen, die sich bislang diesem Problemkreis widmeten, werden durch eine Materialsammlung dominiert, beziehen aber nur am Rande das soziale Umfeld, die Situation des Judentums und der Arbeiterbewegung in Fragestellung und Analyse mit ein. Allerdings gelingt es dem Autor der vorliegenden Untersuchung leider auch nicht immer überzeugend, seinen breit angelegten und neuartigen Ansatz einzulösen. Gleichwohl muß es als sein Verdienst hervorgehoben werden, die aufgezeigten Fragestellungen im Problemfeld Sozialismus und Judentum überhaupt in die Diskussion gebracht zu haben.

Wistrichs Studie ist immer noch weitgehend einer personenorientierten Geschichtsschreibung verhaftet und streift nur kurz die wirtschafts- und sozialgeschichtliche Situation derjenigen Länder, in denen die vorgestellten Politiker aufwuchsen und agierten. Obwohl der Autor jeweils einführende Bemerkungen über die Herkunftsländer (Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Rußland) den biographischen Skizzen vorausschickt, macht er sich doch insgesamt die sozialgeschichtliche Literatur über das europäische Judentum, über die Entwicklung der Arbeiterbewegung und der einzelnen sozialistischen Parteien im Verlauf der Darstellung wenig zunutze und verwertet auch nur selten seine eigenen sozialgeschichtlichen Abrisse. Diese Tatsache erweist sich insofern als Mangel, weil der Verfasser dadurch die Aussagekraft seines dargebotenen Materials schmälert; des öfteren – besonders in den Kapiteln über Marx und Lassalle (S. 26–58) – werden die aus Silberners oder Na'amans<sup>3</sup> Studien bekannten Äußerungen zur Judenfrage erneut angeführt, aber nicht zu weiterführenden Aussagen interpretiert, was dem Autor durch eine breiter angelegte psychologische Analyse in seiner Dissertation<sup>4</sup> durchaus gelungen ist, hier aber nur gelegentlich anklingt (vgl. Marx-Kapitel, S. 36).

1 Edmund Silberner, *Sozialisten zur Judenfrage*, Berlin 1962.

2 Iring Fetscher (Hrsg.), *Marxisten gegen Antisemitismus*, Hamburg 1974.

3 Shlomo Na'aman, *Lassalle*, Hannover 1970.

4 Robert S. Wistrich, *Socialism and the Jewish Question in Germany and Austria (1880–1914)*, phil. Diss. London 1974.

Die Beantwortung der aufgeworfenen Fragen kann ohnehin nur geleistet werden, wenn nicht nur die persönlichen Lebensumstände, die Sozialisation und Motivation zur politischen Betätigung der jüdischen Sozialisten ausgebreitet werden. Wistrich legt auf diesen Bereich großen Wert und erläutert demzufolge ausführlich die familiäre Herkunft, die Kindheits- und Jugenderlebnisse sowie den Bildungsweg, während dagegen die Erörterung der politischen Entwicklung und der Position der jeweiligen Partei zur Judenfrage vergleichsweise kurz ausfällt, obgleich die Partei als Wirkungsfeld und unmittelbare soziale Umwelt von großer Bedeutung für die Meinungsbildung war. Hier drängt sich fast die Frage auf, ob nicht Passagen des Buches dem Rotstift eines Lektors zum Opfer fallen mußten, weil der Verfasser in seiner Dissertation sehr viel Wert auf die Einarbeitung der sozialen und politischen Rahmenbedingungen gelegt hat und ihnen durchaus gerecht wird. Aber dieser Gedanke muß natürlich Spekulation bleiben. Die Integration des gesellschaftlichen und parteipolitischen Umfelds, ihre Bedeutung für die Einstellung der jüdischen Sozialisten und umgekehrt der Einfluß ihrer Haltung auf die Position der Arbeiterbewegungen zur Judenfrage sind dem Autor jedenfalls am treffendsten in den Kapiteln über Bernstein, Luxemburg und die beiden Österreicher Adler und Bauer gelungen. Doch leider werden die Gemeinsamkeiten in der Haltung der sozialistischen Parteien zur Judenfrage, die sich aus dem stärkeren Einbeziehen der allgemeinen sozialen und politischen Rahmenbedingungen ergeben hätten, zu wenig herausgearbeitet, so daß sich aus diesem Mangel auch einige Wiederholungen und Überschneidungen – besonders in den Kapiteln über Luxemburg, Martow und Trotzki – ergeben. In diesem Zusammenhang vermißt man auch nach der Lektüre der einzelnen Biographien eine zusammenfassende Betrachtung, die nochmals die Ausgangsfragestellungen aufgreifen und einige Ergebnisse zusammenhängend referieren würde, die sowohl die Gemeinsamkeiten als auch individuelle Differenzierungen in der Position der jüdischen Sozialisten kurz umreißen und miteinander abwägen sollte, nachdem die individuellen Besonderheiten schon durch die etwas plakativen Kapitelüberschriften (Ferdinand Lassalle, the Gladiator; Victor Adler, the Father-figure; Julius Martow, the Revolutionary Conscience etc.) hervorgehoben wurden.

Das Buch eignet sich jedoch sehr gut als Einführung für alle, die sich diesem Themenkomplex widmen möchten. Es vermittelt nicht nur die wichtigsten Stellungnahmen jüdischer Sozialisten zur Judenfrage und einige Hinweise auf die Situation des Judentums in Westeuropa und Rußland, sondern spricht auch den Leser ästhetisch an; denn Porträts der vorgestellten Persönlichkeiten und zwei Karten zur Übersicht über die jüdischen Bevölkerungszentren in Österreich-Ungarn und Rußland (S. 94, 172) lockern die Darstellung auf. Das ausführliche Register erleichtert das Nachschlagen und Auffinden der Zitate und Quellen, und die Auswahlbibliographie bietet schließlich eine Zusammenstellung der wichtigsten Veröffentlichungen zu diesem Themenkomplex. Die Stärke des Buches liegt darin, daß es neue Denkanstöße und Diskussionsgrundlagen vermittelt, an deren Ausführung jedoch noch weiter gearbeitet werden müßte.

Rosemarie Leuschen-Seppel

Hector Zoccoli, *Die Anarchie*, Verlag Karin Kramer, Berlin 1976, XVII, 616 S., kart., 26,50 DM.

Hector Zoccoli's *Die Anarchie*, which first appeared in German translation in 1909, is a massive compilation of information on anarchism and its adherents. Devoted primarily to a survey of anarchist thought, it also traces the history of anarchism as a political movement, taking the story into the early years of the twentieth century. As is generally the case with books that diligently summarize the contents of writings and documents, the work as a whole is somewhat tedious reading. As an introduction to the theory and practice of anarchism at the high-point of its history, however, the book is useful and highly informative.

Die Beantwortung der aufgeworfenen Fragen kann ohnehin nur geleistet werden, wenn nicht nur die persönlichen Lebensumstände, die Sozialisation und Motivation zur politischen Betätigung der jüdischen Sozialisten ausgebreitet werden. Wistrich legt auf diesen Bereich großen Wert und erläutert demzufolge ausführlich die familiäre Herkunft, die Kindheits- und Jugenderlebnisse sowie den Bildungsweg, während dagegen die Erörterung der politischen Entwicklung und der Position der jeweiligen Partei zur Judenfrage vergleichsweise kurz ausfällt, obgleich die Partei als Wirkungsfeld und unmittelbare soziale Umwelt von großer Bedeutung für die Meinungsbildung war. Hier drängt sich fast die Frage auf, ob nicht Passagen des Buches dem Rotstift eines Lektors zum Opfer fallen mußten, weil der Verfasser in seiner Dissertation sehr viel Wert auf die Einarbeitung der sozialen und politischen Rahmenbedingungen gelegt hat und ihnen durchaus gerecht wird. Aber dieser Gedanke muß natürlich Spekulation bleiben. Die Integration des gesellschaftlichen und parteipolitischen Umfelds, ihre Bedeutung für die Einstellung der jüdischen Sozialisten und umgekehrt der Einfluß ihrer Haltung auf die Position der Arbeiterbewegungen zur Judenfrage sind dem Autor jedenfalls am treffendsten in den Kapiteln über Bernstein, Luxemburg und die beiden Österreicher Adler und Bauer gelungen. Doch leider werden die Gemeinsamkeiten in der Haltung der sozialistischen Parteien zur Judenfrage, die sich aus dem stärkeren Einbeziehen der allgemeinen sozialen und politischen Rahmenbedingungen ergeben hätten, zu wenig herausgearbeitet, so daß sich aus diesem Mangel auch einige Wiederholungen und Überschneidungen – besonders in den Kapiteln über Luxemburg, Martow und Trotzki – ergeben. In diesem Zusammenhang vermißt man auch nach der Lektüre der einzelnen Biographien eine zusammenfassende Betrachtung, die nochmals die Ausgangsfragestellungen aufgreifen und einige Ergebnisse zusammenhängend referieren würde, die sowohl die Gemeinsamkeiten als auch individuelle Differenzierungen in der Position der jüdischen Sozialisten kurz umreißen und miteinander abwägen sollte, nachdem die individuellen Besonderheiten schon durch die etwas plakativen Kapitelüberschriften (Ferdinand Lassalle, the Gladiator; Victor Adler, the Father-figure; Julius Martow, the Revolutionary Conscience etc.) hervorgehoben wurden.

Das Buch eignet sich jedoch sehr gut als Einführung für alle, die sich diesem Themenkomplex widmen möchten. Es vermittelt nicht nur die wichtigsten Stellungnahmen jüdischer Sozialisten zur Judenfrage und einige Hinweise auf die Situation des Judentums in Westeuropa und Rußland, sondern spricht auch den Leser ästhetisch an; denn Porträts der vorgestellten Persönlichkeiten und zwei Karten zur Übersicht über die jüdischen Bevölkerungszentren in Österreich-Ungarn und Rußland (S. 94, 172) lockern die Darstellung auf. Das ausführliche Register erleichtert das Nachschlagen und Auffinden der Zitate und Quellen, und die Auswahlbibliographie bietet schließlich eine Zusammenstellung der wichtigsten Veröffentlichungen zu diesem Themenkomplex. Die Stärke des Buches liegt darin, daß es neue Denkanstöße und Diskussionsgrundlagen vermittelt, an deren Ausführung jedoch noch weiter gearbeitet werden müßte.

Rosemarie Leuschen-Seppel

Hector Zoccoli, *Die Anarchie*, Verlag Karin Kramer, Berlin 1976, XVII, 616 S., kart., 26,50 DM.

Hector Zoccoli's *Die Anarchie*, which first appeared in German translation in 1909, is a massive compilation of information on anarchism and its adherents. Devoted primarily to a survey of anarchist thought, it also traces the history of anarchism as a political movement, taking the story into the early years of the twentieth century. As is generally the case with books that diligently summarize the contents of writings and documents, the work as a whole is somewhat tedious reading. As an introduction to the theory and practice of anarchism at the high-point of its history, however, the book is useful and highly informative.

The first part, which takes up one-half of the book, is entitled »The Theorists«. It is an extensive summary of the ideas of five anarchist thinkers whom Zoccoli regarded as the »founding fathers« of anarchism: Stirner (»The Metaphysical Critique«), Proudhon (»The Economic Critique«), Bakunin (»The Political Critique«), Kropotkin (»The Sociological Critique«), and Tucker (»The Individualist Critique«). The somewhat schematic nature of the book becomes apparent here, for anarchist thought cannot be divided up into such neatly labeled packages. The kinds of criticism these theorists levelled against nineteenth century society overlapped and intertwined with one another. By and large, they repeated and elaborated a set of common themes which eventually formed an identifiable political and social theory. A more serious problem is the selection and relative treatment of the five theorists. When even anarchists themselves have disagreed sharply over who their »founding fathers« were, the historian who tries to trace their intellectual ancestry must be particularly cautious. Students of anarchism may well quarrel with Zoccoli's inclusion of Benjamin Tucker, a much more lightweight figure than the other four, among the major theorists of anarchism; and with his very brief and rather exasperated treatment of Proudhon, whose work he found riddled with so many deficiencies and contradictions that he could not bring himself to take it very seriously.

The second part of the book, called »The Ideas«, moves from anarchist theory to the realm of everyday propaganda. Zoccoli sought to determine how anarchism expressed itself in its popular press and other propaganda literature – in other words, how its basic philosophical concepts were »vulgarized« in the literature it produced for mass consumption. This section examines the anarchist viewpoint on the subjects of law, religion, family, education, art and revolution. It is the shortest and also the weakest part of the book, for it singles out a few figures and journals of the turn of the century as authoritative voices of anarchism, and the selection inevitably appears arbitrary. In addition, it goes over much of the same ground as the first section of the book, and overlaps somewhat with the third section, which is devoted to anarchist efforts to put their ideas into practice.

This third section is an admirably detailed survey of the anarchist movement. First it traces the development of the anarchist press, the series of international congresses at which anarchism emerged from the ruins of the First International as a movement distinct from socialism, and the formation of local anarchist groups and federations. Then it takes up the activities of the anarchists, explaining the rise of »propaganda by the deed« and describing the various kinds of public actions, both collective and individual, carried out by anarchists.

Finally, in his conclusion, Zoccoli evaluated anarchism. First, he found its theories woefully lacking in »scientific« rigor, devoid both of logic and of a grasp of social and historical reality. Anarchist doctrine, he maintained, was nothing but a »web of contradictions«. Secondly, he found anarchism deficient on ethical grounds as well: such a seriously misguided theory must inevitably yield morally misguided acts like the bombings and assassinations which had punctuated the history of anarchism. Although he recognized that not all anarchists sanctioned such deeds, he felt that anarchism as a whole, by propagating confused ideas, must assume ultimate moral responsibility for the results those ideas produced. Since Zoccoli regarded the state as the foundation of all civilized life, the essential framework for reconciling the interests of individuals with each other and with society, he necessarily rejected the most basic and distinctive tenet of anarchism, its anti-statism. Hence he concluded that the success of anarchism would lead not to a higher form of human existence, as the anarchists themselves claimed, but to barbarism.

The great strength of this book, and the chief justification for reprinting it so many years after its original publication, is the thoroughness with which the author documented the rise of the anarchist movement. Though hostile to anarchism, he was highly conscientious in tracing its development, and when he wrote in his preface that he felt he had left no

source unturned, he was not making an idle boast. His extensive footnotes identify the primary sources and evaluate the worth of much of the previous literature on anarchism. He used sources in Italian, German, French, Spanish, and English (both British and American), although he apparently lacked Russian. Especially valuable for the present-day student of anarchism are Zoccoli's references to the vast anarchist periodical literature of the late nineteenth and early twentieth centuries, much of it ephemeral and difficult to trace today. The student of anarchism who wants a convenient introduction to the writings of an anarchist theorist, to the origins of a particular anarchist group, or to the work of an international anarchist congress will probably find it here, and the inclusion of an index of names greatly increases the book's value as a reference work. The more serious researcher of the history of anarchism will find the book a very useful bibliographical aid in tracking down the sources of this diffuse and fragmentary movement.

The book's major weakness is its narrow approach to anarchism as an historical phenomenon. Zoccoli weighed anarchist doctrines and activities primarily in terms of how »scientific« they were, and his general implication throughout the book is that no one with any sense could possibly adhere to such a »web of contradictions«. Yet we know that a considerable number of men of good sense did in fact accept the positions of anarchism. While it is important to point out faulty assumptions and unwarranted conclusions in anarchist thought, this kind of abstract philosophical analysis yields only limited results. What is lacking in this book is a broader historical perspective on the rise of anarchism, one that would take into account the political, social, and economic conditions under which it emerged. The correctness or incorrectness of ideas, their intrinsic rationality or absurdity, is not enough to explain their potency or their historical significance. The limitation of Zoccoli's book – perhaps inevitable in a work published at the beginning of the twentieth century, when anarchism was so closely identified with »propaganda by the deed« – is that it is chiefly concerned with disproving anarchism rather than understanding it. A modern scholar hoping to accomplish this larger task, however, would do well to take Zoccoli's book as one of his starting points.

Marshall S. Shatz